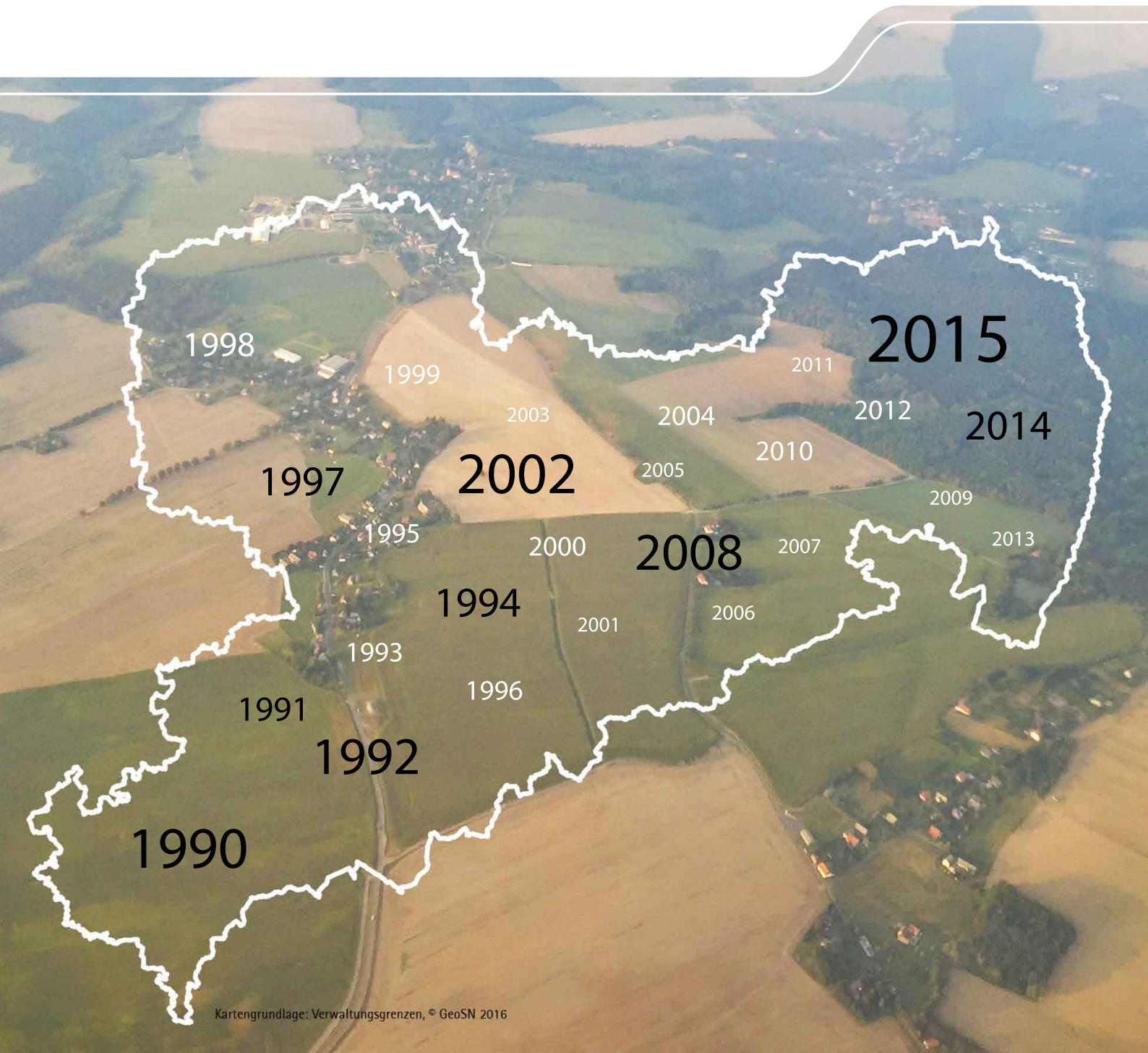


EREIGNISSE ZÄHLEN

Eine statistische Zeitreise
durch den Freistaat Sachsen 1990 - 2015



Inhalt

	Seite
Vorwort	3
1990 Gründung des Freistaates Sachsen am 3. Oktober 1990	4
1991 Letzter Trabant läuft in Zwickau vom Band	6
1992 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen wird zum 1. Januar 1992 neu gegründet	8
1993 Solidarpakt zur Finanzierung der Deutschen Einheit wird am 27. Februar 1993 in Potsdam beschlossen	10
1994 Erste große Kreisgebietsreform im Freistaat Sachsen	12
1995 Einführung der Pflegeversicherung als vierte Säule der Sozialversicherung	14
1996 Verlängerung der Ladenöffnungszeiten und Aufhebung des Sonntagsbackverbotes für Bäcker ab Ende des Jahres	16
1997 Frauenquote im öffentlichen Dienst wird vom Europäischen Gerichtshof grundsätzlich für zulässig erklärt	18
1998 Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich sowie Österreich und Italien entfallen	20
1999 Bologna-Prozess - Startschuss für eine umfassende europäische Studienreform	22
2000 Meldeweg zu statistischen Erhebungen via Internet eröffnet	24
2001 Rekordpreis von 2,23 DM für einen Liter Superbenzin wird erreicht	26
2002 Hochwasser im August 2002 – die „Jahrhundertflut“	28
2003 Jahrhundertssommer folgt auf Jahrhundertflut: Hoch „Michaela“ bringt heißesten Sommer seit 102 Jahren	30
2004 Ausbildungspakt - „Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“	32
2005 Hartz IV - Der vierte Teil der Arbeitsmarktreform tritt zu Jahresbeginn in Kraft	34
2006 Neue Rechtschreibung gilt ab 1. August 2006 verbindlich für alle Schulen in der Bundesrepublik Deutschland	36
2007 Orkantief „Kyrill“ rast im Januar 2007 über Europa hinweg und hinterlässt auch in Sachsen schwere Schäden	38
2008 Sächsisches Nichtrauchererschutzgesetz tritt in Kraft	40
2009 Im März 2009 treten das Konjunkturpaket II und die sog. „Abwrackprämie“ in Kraft	42
2010 Mit Jahresbeginn ist die Haltung von Legehennen in konventionellen Batterie-Käfigen beendet	44
2011 Für Mitgliedsstaaten der EU-Erweiterung von 2004 tritt das Arbeitnehmerfreizügigkeitsrecht in Kraft	46
2012 Internationales Jahr der erneuerbaren Energien für alle	48
2013 Ab 1. August 2013 Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege	50
2014 Trockenster Winter seit 18 Jahren ist im März 2014 vorbei	52
2015 Gesundheitskarte wird alleiniger Nachweis zur Leistungsanspruchnahme der gesetzlichen Krankenversicherung	54
Literatur- und Quellennachweis	56
Abkürzungen	59
Fotonachweis	60

Vorwort



Burkhard Müller,
Präsident des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen

„Ereignisse zählen“ – gibt man dieses Begriffspaar in einer häufig genutzten Suchmaschine im Internet ein, so erhält man Antwortvorschläge zum Anzeigen von bestimmten Ergebnissen bzw. Daten aus einem Tabellenbereich mit Text- oder Zahleninhalten eines Tabellenprogramms. Und genau darum dreht sich auch im weiteren Sinne unser statistisches Tagesgeschäft: empirisch gewonnene Informationen in Form von Daten und Ergebnissen darzustellen. „Ereignisse zählen“ ist somit ureigene Arbeit meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gezählt wird für 280 Bundes- und Landesstatistiken in Form von Monats, Quartals- oder Jahresehebungen. Die Ergebnisse werden aufbereitet, analysiert und veröffentlicht. Zu den stark nachgefragten Statistiken gehören vor allem die Bevölkerungsdaten, der Verbraucherpreisindex und aktuelle Konjunkturdaten. Sie sind Basis für politische Entscheider, wissenschaftliche Untersuchungen, Recherchearbeiten von Medienvertretern oder dienen als Informationsquelle für interessierte Bürger.

Unser Datenschatz ist jedoch um einiges größer. Mit diesem Heft haben wir ihn in einen etwas anderen Kontext gesetzt. Wir bieten Ihnen auf den folgenden Seiten eine statistische Reise durch mehr als zwei zurückliegende Jahrzehnte und den Freistaat Sachsen. Beginnend ab 1990 wurden pro Jahr besondere Ereignisse anhand unserer Zahlen herausgehoben. So entstand eine breite Mischung regionaler, nationaler und internationaler Themen aus den verschiedensten Lebens- und Politikbereichen, aber auch Rechtsänderungen, Wetterkapriolen und Statistik-interne fand Beachtung. Sie lernen auf diese Weise Themengebiete kennen, die sonst nicht so stark im Fokus unserer Veröffentlichungen oder der Anfragen unserer Datennutzer stehen.

Natürlich wird mancher mit dem einen oder anderen Jahr auch ganz persönliche Erinnerungen verbinden. Es würde uns freuen, wenn Sie beim Schmökern in diesem Heft erstaunt zurückblicken und sich erinnern. In diesem Sinne: Eine kurzweilige „statistische Zeitreise von 1990 bis 2015 durch den Freistaat Sachsen“ wünscht Ihnen

JLM
Burkhard Müller

1990

Gründung des Freistaates Sachsen am 3. Oktober 1990

Wesentliche Zentren der friedlichen Revolution von 1989 lagen in Sachsen. Noch bevor das Thema deutsche Einheit ins Gespräch kam, kamen Rufe nach Wiederherstellung der Länder auf. Auch hier war treibende Kraft die demonstrierende Bevölkerung in Sachsen, die die Wiederherstellung des Landes unter der weiß-grünen Flagge forderte. [1] Zur letztlichen Errichtung des Landes Sachsen wurde am 12. Juli 1990 die Bildung des Sächsischen Forums beschlossen. Dieses galt als Fortsetzung der Runden Tische der drei ehemaligen DDR-Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig. [2] Am 3. Oktober 1990 um 0:00 Uhr trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei, wodurch laut Ländereinführungsgesetz automatisch die „neuen“ Länder gebildet wurden. [3] Die Wahl des ersten Sächsischen Landtages ist auf den 14. Oktober 1990 datiert. Die historische Bezeichnung „Freistaat Sachsen“ erhielt das Land am 27. Oktober 1990 in der 1. Sitzung des ersten Sächsischen Landtages zurück. [4]

Mit einem Festakt am 3. Oktober 1990 in der Meißner Albrechtsburg wurde das Land Sachsen neu gebildet. Das Meißner Architekturdenkmal ist das älteste Schloss Deutschlands und Ausgangspunkt der sächsischen Geschichte. Im Jahre 929 ließ König Heinrich I. auf einem Felsen über der Elbe eine hölzerne Wehranlage errichten. Meißen wurde zum Mittelpunkt der gleichnamigen Grenzmark gegenüber den noch slawischen Gebieten des Ostens. Der Markgraf herrschte über die gesamte Mark Meißen und residierte im Vorgängerbau der Albrechtsburg. Diese ist als „Wiege Sachsens“ in die Geschichte eingegangen. [5]

Die Bildung des Landes Sachsen erfolgte 1990 weitgehend unter Beachtung der historischen Grenzen durch die Zusammenlegung der Kreise Hoyerswerda und

Weißwasser des ehemaligen Bezirkes Cottbus (heute Land Brandenburg) sowie der drei Bezirksterritorien Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Leipzig. Die Kreise Schmölln und Altenburg des Bezirkes Leipzig wurden in das Land Thüringen eingegliedert.

Seit seiner Neugründung hat sich der Freistaat Sachsen gewandelt und wirtschaftlich stark weiterentwickelt. Systematisch und zahlenmäßig nachvollziehbar werden diese Entwicklungen durch Beobachtung und Dokumentation. Zahlen über gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lebensbereiche sammeln, aufbereiten, analysieren und veröffentlichen sind Aufgaben, die durch die amtliche Statistik wahrgenommen werden. Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen als Teil der amtlichen Statistik im föderativ gegliederten System der



Albrechtsburg Meissen

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung zu den Landtagswahlen im Freistaat Sachsen von 1990 bis 2014

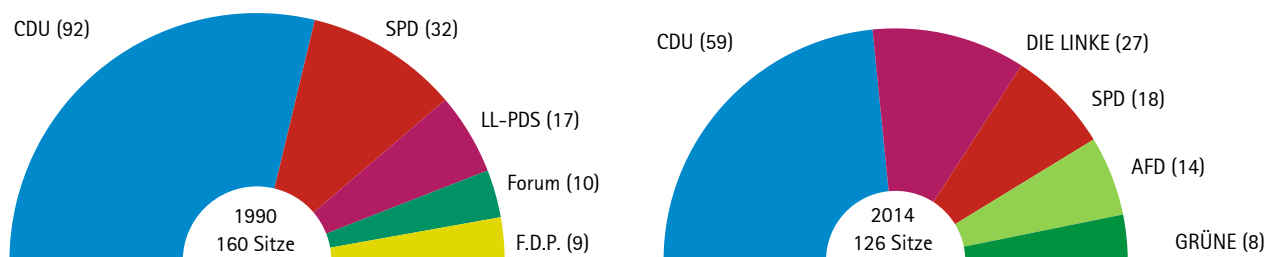
Merkmal	Landtagswahl					
	1990	1994	1999	2004	2009	2014
Wahlberechtigte	3 709 210	3 586 160	3 592 456	3 554 542	3 510 336	3 376 627
Wähler	2 699 724	2 093 815	2 196 282	2 118 792	1 830 819	1 659 497
ungültige Listenstimmen	66 302	30 033	32 210	38 657	33 470	21 998
gültige Listenstimmen	2 633 422	2 063 782	2 164 072	2 080 135	1 797 349	1 637 499
	Prozent					
Wähler	72,8	58,4	61,1	59,6	52,2	49,1
ungültige Listenstimmen	2,5	1,4	1,5	1,8	1,8	1,3
gültige Listenstimmen	97,5	98,6	98,5	98,2	98,2	98,7

Datenquelle: Wahlstatistik

Bundesrepublik erfüllt diese per gesetzlichen Auftrag. Dabei gilt zu beachten, dass ein 1:1-Vergleich von statistischen Daten aus den ersten 1990er Jahren mit den aktuell vorliegenden statistischen Ergebnissen in einer langen Zeitreihe nur bedingt und eingeschränkt möglich ist. Veränderungen der Rechtsgrundlagen, methodische Anpassungen in den letzten 25 Jahren sowie umfangreiche Gebietsänderungen erschweren vergleichbare merkmalsbezogene und regionale Aussagen. Anhaltspunkte zur Beurteilung der Entwicklungen im Freistaates Sachsen werden seit seiner Neuerrichtung gefunden und dargestellt. Zur Wahl des ersten Sächsischen Landtags am 14. Oktober 1990 waren insgesamt 160 Abgeordnete zu wählen, davon 80 direkt, die übrigen nach dem Prinzip der Verhältniswahl. In 5 106 Wahlbezirken und 80 Briefwahlvorständen der 80 Landtagswahlkreise konnte jeder Wähler zwei

Stimmen vergeben. 526 Direktbewerber von 24 Parteien und anderen Wahlvorschlagsträgern sowie 595 Listenbewerber von 12 Parteien und anderen Wahlvorschlagsträgern standen zur Wahl. Viele Bürgerinnen und Bürger im Freistaat nahmen an diesem Tag von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die Wahlbeteiligung lag bei 72,8 Prozent. Im Vergleich dazu gingen zur letzten Landtagswahl am 31. August 2014 noch 49,1 Prozent aller Wahlberechtigten an die Wahlurne. Nach den Grundsätzen der Personenwahl waren 60 Abgeordnete direkt und die übrigen nach dem Prinzip der Verhältniswahl zu wählen. In 3 615 Wahlräumen und bei 569 Briefwahlvorständen der insgesamt 60 Landtagswahlkreise konnten die Stimmen auf 537 Direktbewerber von 12 Parteien und 5 anderen Wahlvorschlagsträgern sowie auf 371 Listenbewerber von 14 Listenparteien verteilt werden.

Verteilung der Sitze im Sächsischen Landtag nach den Wahlen am 14. Oktober 1990 und 31. August 2014 nach Parteien



Datenquelle: Landeswahlleitung

1991

Letzter Trabant läuft in Zwickau vom Band

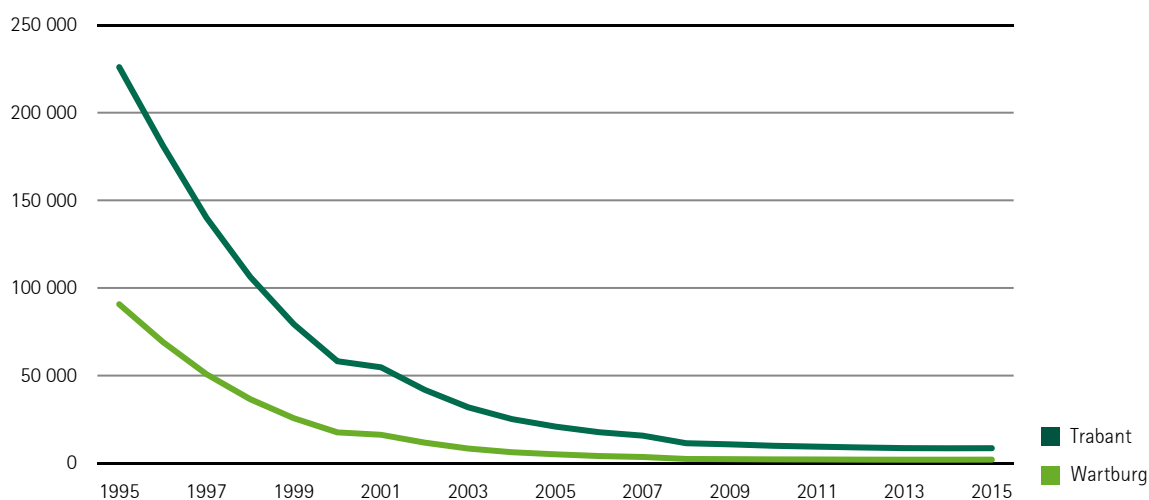
Man wartete lange auf ihn – in der Regel bis zu 15 Jahre: den Trabant, auch Trabi/Trabbi genannt. Er kam in verschiedenen Farben daher, u. a. „Gletscherblau“, „Delphingrau“, „Panamagrün“, „Papyrusweiß“ oder „Ahornengelb“. [6] Hergestellt wurde der Trabant in der sog. „Automobilbaustadt Zwickau“. Hier werden seit mehr als 100 Jahren erfolgreich Kraftfahrzeuge entwickelt und produziert. Den Grundstein legte August Horch 1904, 1909 gründete er hier mit Audi sein zweites Unternehmen. Heute wird in Zwickau u. a. der VW Golf und Passat produziert. [7] Das erste Modell des Trabants, der Trabant P50, wurde ab 1957 in Zwickau hergestellt. [8] Genau 3 069 099 der ‚legendären‘ Autos liefen im Zwickauer Werk in 34 Jahren vom Band. Am 30. April 1991 um 14.51 Uhr rollte dann der letzte Trabi aus der in die Jahre gekommenen Montagehalle. [9] Design und Technik veränderten sich im Laufe der Zeit kaum. Nach der Wiedervereinigung konnte sich der Trabant bei den Kunden gegen die Konkurrenzprodukte der am Automobilmarkt international agierenden Konzerne nicht mehr durchsetzen. Trotzdem ‚lebt‘ er noch, wie heutige Bestandszahlen aufzeigen.

Für einen Autokauf mussten sich die Bürgerinnen und Bürger der DDR voranmelden. Nach geduldigem Warten und mit dem Einlösen der dann viele Jahre alten Autobestellung – dem einzigen „Wertpapier“ in der DDR – bezahlten DDR-Bürger vergleichsweise viel Geld für den Kauf eines „Trabis“. [10] Der Preis für den Kleinwagen sollte zu Produktionsbeginn in den 50ern bei einer geplanten Jahresmenge von 12 000 Stück nicht mehr als 4 000 (DDR) Mark betragen. Das letzte 1989 vorgestellte Modell wurde mit rd. 19 000 (DDR) Mark angesetzt. [11] Doch die Nachfrage ging rasant zurück aufgrund der sich auf den Markt drängenden Automarken anderer renommierter Hersteller.



Trabant Logo

Bestand* an Personenkraftwagen der Marken Trabant und Wartburg in Sachsen 1995 bis 2015



* Bestand bis 2000 jeweils zum 1. Juli, ab 2001 jeweils zum 1. Januar
Datenquelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg

Ist der Trabi heute ein Kultobjekt? Die Statistikzahlen lassen ein „ja“ vermuten: zum Stand 1. Januar 2015 waren noch 8 589 Fahrzeuge vom Typ Trabant im Freistaat Sachsen gemeldet. Bei einer Gesamtzahl von 2 094 414 registrierten Personenkraftwagen mit einem amtlichen Kennzeichen im Freistaat Sachsen lag der Anteil damit bei 0,4 Prozent. 20 Jahre zuvor waren es noch 225 982 Trabis. Bei insgesamt 2 055 289 Personenkraftwagen zum Stand 1. Januar 1995 entsprach dieser Wert einem Anteil von knapp 11 Prozent der in Sachsen gemeldeten Pkw. Bundesweit waren zur Jahresmitte 1995 noch 663 631 Trabis gemeldet. Zum Jahresbeginn 2015 ging die Bestandszahl in der Bundesrepublik auf 32 832 zurück. Sowohl 1995 als auch 2015 waren im Ländervergleich im Freistaat Sachsen die meisten Trabis gemeldet. Ähnlich dem Trabant erging es dem im thüringischen Eisenach hergestellten Wartburg. Dieser konnte sich auch nicht gegen die westliche Konkurrenz durchsetzen. Weitaus geringer war dabei die Bestandszahl der bis April 1991 im Nachbarbundesland produzierten Fahrzeuge dieses Typs. Zum Stand 1. Januar 2015 gab es 2 068 Stück im Freistaat Sachsen, 90 755 waren es noch 1995. Bundesweit lag die Bestandszahl 1995 bei 284 047, 20 Jahre später bei 7 244. [12]

Der Gesamtbestand an Pkw insgesamt im Freistaat Sachsen zeigt ein sehr deutliches Bild: am weitesten verbreitet waren 2015 Personenkraftwagen des Herstellers Volkswagen.



Trabant 601 Kombi

Jeder fünfte registrierte Pkw in Sachsen kam von diesem Hersteller. Mit ein wenig Abstand folgten dann Fabrikate der Hersteller Opel/GM (10,4 Prozent), Ford (8,3 Prozent) und Renault/Dacia (6,9 Prozent). Im Zentralen Fahrzeugregister des Kraftfahrtbundesamtes sind alle Kraftfahrzeuge und -anhänger (ausschließlich der außer Betrieb gesetzten Fahrzeuge) zum angegebenen Zählzeitpunkt gespeichert. Statistische Auswertungen hierzu spiegeln also die tatsächlichen Zulassungen und somit den Straßenverkehr wider. [13]

Bestand an Wartburg und Trabant nach Ländern 1995 und 2015

	1. Juli 1995		1. Januar 2015	
	Wartburg	Trabant	Wartburg	Trabant
Baden-Württemberg	378	2 112	96	819
Bayern	723	3 593	132	1 295
Berlin	15 196	23 959	226	959
Brandenburg	52 018	113 397	1 384	5 401
Bremen	51	221	7	45
Hamburg	82	471	15	99
Hessen	504	1 919	60	623
Mecklenburg-Vorpommern	29 311	63 436	497	2 557
Niedersachsen	965	4 921	87	1 041
Nordrhein-Westfalen	883	5 654	142	1 305
Rheinland-Pfalz	179	1 123	26	356
Saarland	23	251	3	67
Sachsen	90 755	225 982	2 068	8 589
Sachsen-Anhalt	46 670	109 864	1 190	4 573
Schleswig-Holstein	312	1 754	29	331
Thüringen	45 812	104 453	1 278	4 755
Bundesrepublik Deutschland	284 047	663 631	7 244	32 832

Datenquelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg

1992

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen wird zum 1. Januar 1992 neu gegründet

Hinter den Ereignissen steht eine lange Tradition der sächsischen amtlichen Statistik. Diese reicht bis ins Jahr 1474 zurück. Aus diesem Jahr sind Feststellungen der Regierung über das im Land vorhandene Vermögen und über die Zahl der ansässigen Einwohner überliefert. Im August 1850 wurde das „Statistische Bureau des Ministeriums des Innern“ errichtet. Dieses Statistische Büro war die Fortsetzung des „Statistischen Vereins für das Königreich Sachsen“, der im Jahre 1831 ins Leben gerufen worden war. In den Vorjahren sind statistische Erhebungen in größerem Umfang in Sachsen vorgenommen worden. Aber erst mit der Einrichtung des Statistischen Vereins begann die systematische, zahlenmäßige Beobachtung des Landes, so dass das Jahr 1831 als Geburtsstunde der amtlichen Statistik in Sachsen angesehen werden kann. [14] Das Amt blickt folglich im Jahr 2016 auf eine 185-jährige Tradition zurück.

Mit dem 3. Oktober 1990, dem Tag der Deutschen Einheit, galt das Bundesstatistikgesetz (BStatG) auch für den Freistaat Sachsen. Um den Übergang von zentralistisch organisierten Statistiken der DDR schnell auf die dezentral, föderalistisch organisierte Bundesstatistik vollziehen zu können, war bereits im März 1990 die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR in Statistisches Amt der DDR umbenannt worden. Im Oktober 1990 wurde das Gemeinsame Statistische Amt der neuen Länder (GeStAL) mit Sitz in Berlin gegründet. Der Einigungsvertrag legte sodann die Überführung des GeStAL in entsprechende Einrichtungen der Länder fest. Bereits seit Mitte 1990 wurden weitgehend übereinstimmende Eckzahlen für die Bevölkerungsstatistiken genutzt. Ab Januar 1991 wurden dann für alle Statistiken die Konzepte und Methoden der Bundesstatistik angewandt. Im Frühjahr 1991 beschloss

das Sächsische Staatsministerium des Innern das Einsetzen eines Aufbaustabes zur Einrichtung eines statistischen Landesamtes. Im Juni 1991 nahm der Aufbaustab seine Arbeit auf. Zuerst wurde den bis dahin ca. 900 Beschäftigten in der Statistik gekündigt und alle zukünftig zu besetzenden Stellen ausgeschrieben. Ab Oktober 1991 fand die Personalauswahl aus rund 3 000 Bewerbungen statt. [14] Zeitgleich entschied die Sächsische Staatsregierung am 15. Oktober 1991, dass das zukünftige Statistische Landesamt seinen Sitz nicht in Dresden haben sollte. Gründe waren die zu der Zeit hohen Immobilienkosten in Dresden sowie die sich bereits abzeichnende Strukturschwäche in Ostsachsen. Außerdem gehörte das leer gezogene Kasernengelände, zuletzt Sitz der Offiziersschule der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung der DDR, zum Bundes- bzw. Landesbesitz. [15]

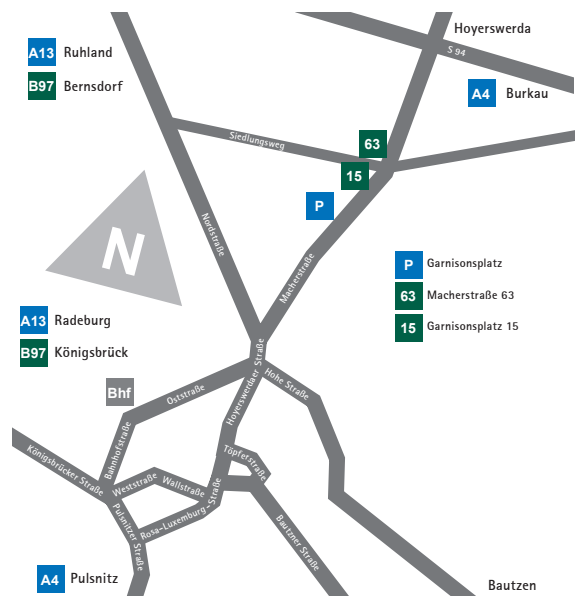


Bauarbeiten Gebäude Macherstraße 63 (Zwischenbau und Südflügel), 1995



Gebäude Macherstraße 63 (Zwischenbau mit Nord-/Südflügel), 2016

Am 1. Januar 1992 nahm das Statistische Landesamt seine Arbeit auf. Die Außenstellen in Chemnitz und Leipzig wurden noch im gleichen Jahr zum 30. Juni geschlossen. Die Außenstelle Dresden zog bis Mitte 1993 vollständig in die im Verwaltungszentrum Kamenz liegenden Gebäude. Bis Ende 2004 erfolgten hier umfangreiche Bau- und Renovierungsmaßnahmen, die bei laufendem Betrieb vorstatten gingen. Heute gehören die Gebäude Macherstraße 63 und Garnisonsplatz 15 zum Statistischen Landesamt.



Lageplan bzw. Anfahrtsskizze zum Statistischen Landesamt in Kamenz

Die Organisationsstruktur des Statistischen Landesamtes veränderte sich seit 1992 in größeren Abständen. Mehrere Strukturanpassungen, bedingt durch Veränderung in den laufenden Statistiken, Übertragung neuer gesetzlicher Aufgaben, Großprojekte in mehrjährigem Abstand (bspw. die Jahre um 1995 mit der Gebäude- und Wohnungszählung und um 2011 mit dem Zensus 2011) sowie Personalabbauvorgaben der Landesregierung wirkten sich auf die Mitarbeiterzahl und die Anzahl der Abteilungen aus. Heute besteht das Statistische Landesamt aus 3 Abteilungen:

- Abteilung 1: Allgemeine Verwaltung und Wahlen
- Abteilung 2: Bevölkerung, Soziales, öffentliche Haushalte
- Abteilung 3: Wirtschaft

Zum 1. Januar 1992 wurden insgesamt 339 Beschäftigte eingestellt. Zum 31. Dezember 2000 lag die Mitarbeiterzahl dann bei 551 Männern und Frauen. Dazu kamen 6 Auszubildende. [16] Zum 20-jährigen Jubiläum im Jahr 2012 war die Zahl der Beschäftigten auf 320 gesunken. Aktuell sind im Statistischen Landesamt 338 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, darunter 5 Auszubildende. Maßgebliche Grundlage für die Arbeit des Statistischen Landesamtes ist der gesetzliche Auftrag. Das Sammeln statistischer Daten erfolgt dabei niemals willkürlich,



Gebäude Macherstraße 63 (Südflügel) mit Armeefahrzeugen der ehem. Offizierschule Kamenz, 1994

sondern ausschließlich, wenn der Gesetzgeber einen bestimmten Datenbedarf festgestellt hat. In einem Einzelstatistikgesetz wird genau festgelegt, welche Angaben erfragt werden dürfen. Die Ergebnisse der statistischen Erhebungen sind nach Abschluss der Arbeiten der breiten Öffentlichkeit unter Wahrung des Statistikgeheimnisses zugänglich zu machen. Jährlich werden alle Publikationen in einem Veröffentlichungsverzeichnis aufgeführt. In der Ausgabe für 1992 sind 102 Statistische Berichte, 11 Verzeichnisse und das Statistische Jahrbuch zu finden. Erwähnenswert ist an dieser Stelle, dass das Statistische Jahrbuch 1991 insgesamt 253 Seiten zählte und 20,00 DM kostete. Die Ausgabe 2015 umfasste 535 Seiten und war für 24,90 € als gebundenes Exemplar erhältlich.

Im aktuellen Veröffentlichungsverzeichnis 2016 sind 214 Statistische Berichte, 7 Verzeichnisse, 54 Faltblätter und Statistisch betrachtet sowie Sonderhefte und das Statistische Jahrbuch gelistet. Lag der Schwerpunkt der Publikationen 1992 noch auf gedruckten Exemplaren, ist heute weitgehend das Angebot an Veröffentlichungen im Internet kostenfrei elektronisch verfügbar.



Gebäude Garnisonsplatz 15, 1994

1993

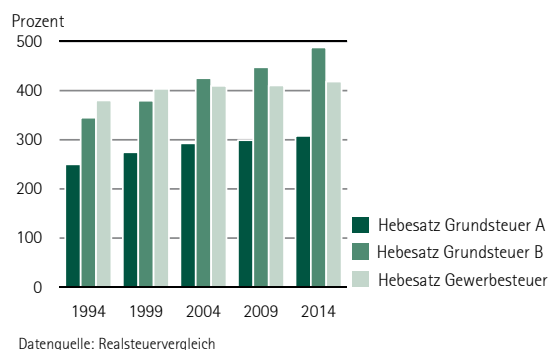
Solidarpakt zur Finanzierung der Deutschen Einheit wird am 27. Februar 1993 in Potsdam beschlossen

Der Solidarpakt beinhaltet besondere Transferleistungen, die im Rahmen des Länderfinanzausgleichs an die neuen Länder und Berlin bis heute gezahlt werden. Bereits 2001 wurde der Solidarpakt II beschlossen, der von 2005 bis 2019 weitere 156 Milliarden Euro bereithält. [17] Das System des Länderfinanzausgleichs dient auf Bund-Länder-Ebene dem Ausgleich von Finanzkraftunterschieden zwischen den Ländern. [18] Parallel dazu gibt es den kommunalen Finanzausgleich, mit dessen Hilfe die Finanzkraft der Kommunen zumindest angeglichen werden soll. Die zugewiesenen Mittel sollen es ermöglichen, ihre Aufgaben ordnungsgemäß und eigenverantwortlich zu erfüllen. Grundlage für das komplexe Berechnungsverfahren des Finanzausgleichs sind neben Einwohner- und Schülerzahlen auch Daten zu den Einnahmen der Gemeinden. Will man die finanzielle Lage einer Gemeinde beurteilen, so können als wichtige Indikatoren u. a. die Steuereinnahmen aus der Jahresrechnungsstatistik herangezogen werden.

Die Jahresrechnungsstatistik spiegelt die Ist-Einnahmen der Kommunen wider, gegliedert nach Aufgabenbereichen und gruppiert nach Einnahmearten. Bedeutendste kommunale Einnahmearten sind dabei die Steuern, die Schlüsselzuweisungen vom Land und die Zuweisungen für Investitionen vom Land.

Die Steuereinnahmen setzen sich aus Realsteuern, Gemeindeanteilen an Gemeinschaftssteuern, anderen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen zusammen, die von 1994 bis 2014 kontinuierlich angestiegen sind. Zu den steuerähnlichen Einnahmen zählen u. a. die Fremdenverkehrsabgabe und die Abgaben von Spielbanken. Andere Steuern, die die Kommunen erheben dürfen, sind z. B. die Vergnügungssteuer, die Hundesteuer und die Zweitwohnungssteuer. Von ihrer Höhe her weitaus bedeutender sind die nach einem festgelegten Schlüssel an die Gemeinden gezahlten Anteile an der Einkommenssteuer sowie an der Umsatzsteuer. Die höchsten Einnahmen werden jedoch mit den Realsteuern erzielt. Diese setzen sich aus den Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer zusammen.

Entwicklung der gewogenen Durchschnittshebesätze in Sachsen



Mit der selbständigen Festlegung der Hebesätze haben die Gemeinden die Möglichkeit, die Höhe ihrer Realsteuereinnahmen unmittelbar zu beeinflussen. Am niedrigsten blieben im betrachteten Zeitraum von 1994 bis 2014 die gewogenen Durchschnittshebesätze der Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke. Am stärksten stiegen die gewogenen Durchschnittshebesätze der Grundsteuer B für bebaute und bebaubare Grundstücke.

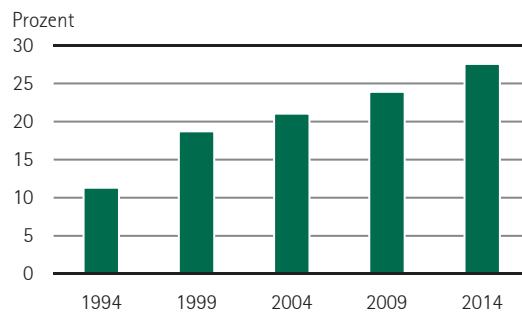
Steuern und Steuerähnliche Einnahmen in Sachsen 1994 bis 2014

Jahr	Realsteuern		Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern		Andere Steuern		Steuerähnliche Einnahmen	
	Gr 00		Gr 01		Gr 02		Gr 03	
	absolut	je Einwohner	absolut	je Einwohner	absolut	je Einwohner	absolut	je Einwohner
	1 000 Euro	Euro	1 000 Euro	Euro	1 000 Euro	Euro	1 000 Euro	Euro
1994	617 316	134,32	548 584	119,36	10 176	2,21	534	0,12
1999	940 164	210,03	580 209	129,62	15 940	3,56	434	0,10
2004	1 187 275	275,68	494 255	114,76	17 084	3,97	544	0,13
2009	1 487 449	356,07	787 483	188,51	16 964	4,06	654	0,16
2014	1 873 025	462,98	1 093 481	270,29	23 551	5,82	638	0,16

Datenquelle: Jahresrechnungsstatistik

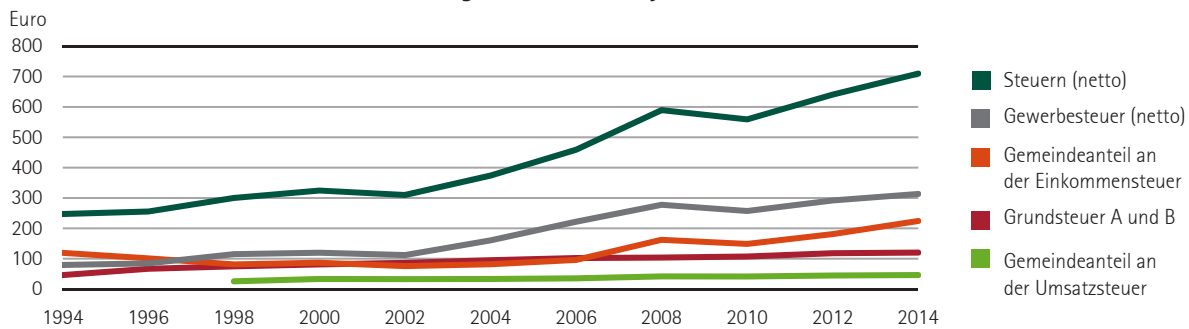
Im Unterschied dazu nahm die Erhöhung der gewogenen Durchschnittshebesätze für die Gewerbesteuer einen deutlich gedämpften Verlauf. Dennoch stellt das Aufkommen an der Gewerbesteuer nach wie vor den höchsten Anteil an den Realsteuereinnahmen. Die Gemeinden müssen vom Gewerbesteueraufkommen (brutto) eine Umlage für Bund und Länder an das Finanzamt abführen. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage vom Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer liegen die Gewerbesteuereinnahmen (netto) vor. Als Ausgleich für die Gewerbesteuerumlage erhalten die Gemeinden einen Anteil an der Einkommensteuer.

Steuerdeckungsquoten der Gemeinden in Sachsen



Datenquelle: Jahresrechnungsstatistik

Einnahmen der Gemeinden in Sachsen aus ausgewählten Steuern je Einwohner



Datenquelle: Jahresrechnungsstatistik

Der seit 1998 als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer gezahlte Anteil an der Umsatzsteuer bildet nach den Grundsteuern die vierte Säule der kommunalen Steuereinnahmen. [19] Die Gewerbesteuereinnahmen (netto) je Einwohner haben sich in Sachsen von 1994 bis 2014 nahezu vervierfacht. Die Kommunen konnten 2014 mehr als ein Viertel (27,6 Prozent) ihrer Gesamtausgaben mit Steuereinnahmen (netto) finanzieren. Im Vergleich

dazu belief sich der Anteil der steuerfinanzierten Ausgaben im Jahr 2004 auf 21,0 Prozent und lag im Jahr 1994 erst bei 11,3 Prozent. Damit erreichte der von zwischenzeitlichen Unterbrechungen gekennzeichnete positive Wachstumstrend der Steuerdeckungsquote seinen bisherigen Höhepunkt.

Gewerbesteuereinnahmen (netto) in EURO je Einwohner in Sachsen für die Jahre 1994 bis 2014

Kreisfreie Stadt Kreisgebiet Land	1994	1996	1998	2000	2002	2004	2006	2008	2010	2012	2014
Chemnitz, Stadt	140	110	150	143	106	211	281	282	332	392	396
Dresden, Stadt	121	156	207	236	240	273	356	402	389	359	365
Leipzig, Stadt	133	150	214	202	182	224	343	355	309	351	464
Erzgebirgskreis	48	36	59	64	79	117	156	193	171	197	202
Mittelsachsen	51	61	80	94	86	164	227	300	297	259	274
Vogtlandkreis	45	42	61	90	62	130	176	263	205	244	268
Zwickau	87	84	113	119	135	134	167	279	212	393	391
Bautzen	61	74	110	80	77	125	165	222	218	242	255
Görlitz	50	46	57	59	57	94	137	244	191	250	255
Meißen	57	71	77	94	85	150	215	278	255	287	258
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	49	48	73	78	73	107	168	190	200	243	232
Leipzig	80	88	99	101	68	120	163	239	230	241	277
Nordsachsen	58	70	108	106	81	138	175	207	193	226	238
Sachsen	79	85	115	119	112	160	222	278	257	292	313

Datenquelle: Jahresrechnungsstatistik

1994

Erste große Kreisgebietsreform im Freistaat Sachsen

Rechtliche Grundlage für die Bildung der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen war das Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990. Der laut Gesetz vorgesehene Termin für die Bildung der sog. „Neuen Länder“, wie diese 5 Flächenländer bis weit in die 2000er Jahre bezeichnet wurden, war der 14. Oktober 1990. Mit dem Einigungsvertrag wurde dieser Termin auf den 3. Oktober 1990 vorgezogen. Die regionale Gliederung der Landkreise und Kreisfreien Städte blieb zunächst bestehen. Am 25. Mai 1993 beschloss der Sächsische Landtag das Kreisgebietsreformgesetz. Klagen mehrerer Kreise vor dem Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen verhinderten vorerst die vollständige Umsetzung dieser Reform zum 1. August 1994. Nach einem entsprechenden Gesetzgebungsverfahren traten am 1. Januar 1996 das 1. und 2. Kreisgebietsreformänderungsgesetz in Kraft. Eine weitere Neugliederung der Landkreise des Freistaates Sachsen erfolgte per Gesetz am 1. August 2008. [20]

Die seit 1952 in der DDR bestehende Gliederung der Landkreise und Kreisfreien Städte wurde 1990 zur Bildung des Freistaates Sachsen übernommen. Demnach gab es im Landesgebiet sechs Kreisfreie Städte und 48 Landkreise mit 1 620 kreisangehörigen Gemeinden. Die drei Regierungsbezirke Chemnitz, Dresden und Leipzig wurden erst zum 1. Januar 1991 per Kabinettsbeschluss gebildet. 1993 beschloss der Sächsische Landtag das „Sächsische Gesetz zur Kreisgebietsreform – Kreisgebietsreformgesetz“. Mit dessen Inkrafttreten am 1. August 1994 sollte das Landesgebiet des Freistaates Sachsen neu in sieben Kreisfreie Städte und 23 Landkreise gegliedert werden. Klagen mehrerer Kreise vor dem Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen verhinderten diese Reform vorerst.

Am 1. August 1994 gliederte sich das Gebiet des Freistaates Sachsen deshalb in sechs Kreisfreie Städte und 28 Landkreise. 1995 folgten das „Erste und Zweite Gesetz zur Änderung des Kreisgebietsreformgesetzes und anderer kommunaler Vorschriften“. Beide Gesetze traten zum 1. Januar 1996 in Kraft. Der Freistaat Sachsen gliederte sich ab diesem Zeitpunkt in die drei Regierungsbezirke Dresden, Chemnitz und Leipzig, sieben Kreisfreie Städte und 22 Landkreise. Erst 1999 fand die 1993 begonnene Gemeindegebietsreform ihren Abschluss. 545 selbständige Gemeinden gab es zum 1. Januar 1999 nach Inkrafttreten der Gesetze zur Gemeindegebietsreform.

Die Kreisstruktur änderte sich in den darauffolgenden Jahren geringfügig jeweils am 1. Januar 2000 und 2005 durch Gemeindeeingliederungen. [20]

Eine einschneidende Änderung in der Gebietsgliederung erfolgte zum 1. August 2008. Im Freistaat Sachsen traten das Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen und zur Änderung anderer Gesetze (Sächsisches Kreisgebietsneugliederungsgesetz – SächsKrGebNG) und das Gesetz zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung (Sächsisches Verwaltungsneugliederungsgesetz – SächsVwNG) in Kraft. Durch die Neu-

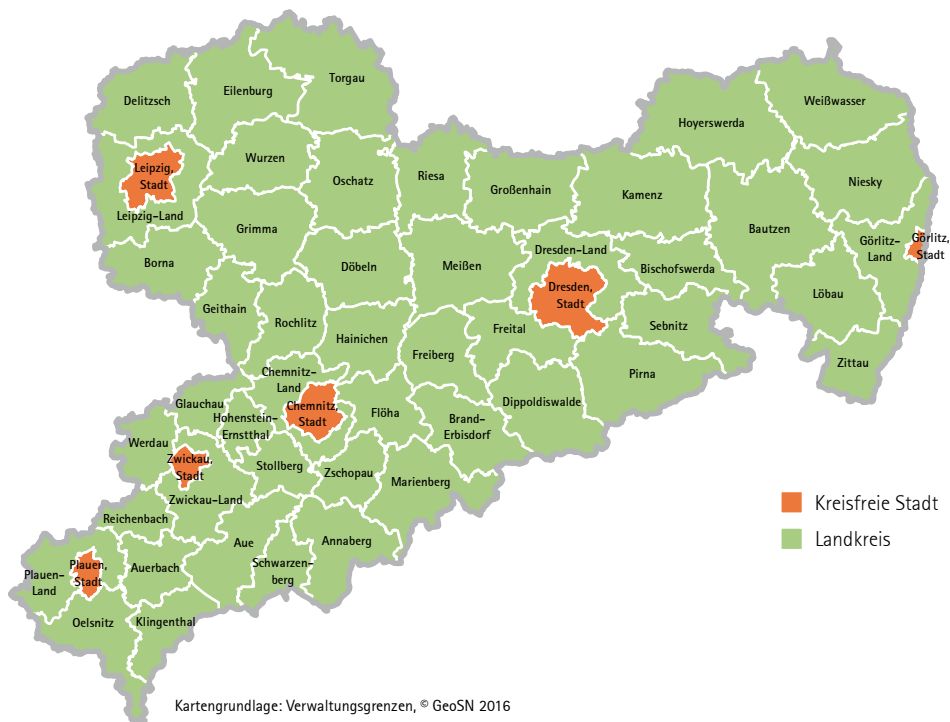
gliederung des Freistaates Sachsen verringerte sich die Anzahl der Landkreise und Kreisfreien Städte auf zehn Landkreise und drei Kreisfreie Städte. Die neuen Landkreise wurden durch Zusammenlegung bestehender Landkreise und Kreisfreier Städte gebildet. Vier Kreisfreie Städte wurden in die neuen Landkreise eingegliedert. Die drei Regierungsbezirke blieben weiterhin bestehen. Durch die Neubildung des Landkreises Mittelsachsen veränderte sich jedoch der Zuschnitt der Regierungsbezirke Leipzig und Chemnitz. Entsprechend dem Sächsischen Verwaltungsneugliederungsgesetz wurde das Gebiet des Freistaates Sachsen in die drei Direktionsbezirke (früher: Regierungsbezirke) Chemnitz, Dresden und Leipzig eingeteilt. Die räumliche Gliederung der Direktionsbezirke (umfasste Landkreise und Kreisfreie Städte) war in der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur räumlichen Gliederung der Direktionsbezirke vom 16. Juli 2008 bestimmt. Diese wurde mit Inkrafttreten des Sächsischen Standortgesetzes am 1. März 2012 aufgehoben, so dass die Ebene der Direktionsbezirke als räumliche Gliederung entfiel.

Der Freistaat Sachsen besteht seit 1. August 2008 aus den drei Kreisfreien Städten Chemnitz, Dresden und Leipzig sowie den Landkreisen Bautzen, Erzgebirgskreis, Görlitz, Leipzig, Meißen, Mittelsachsen, Nordsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Vogtlandkreis und Zwickau.

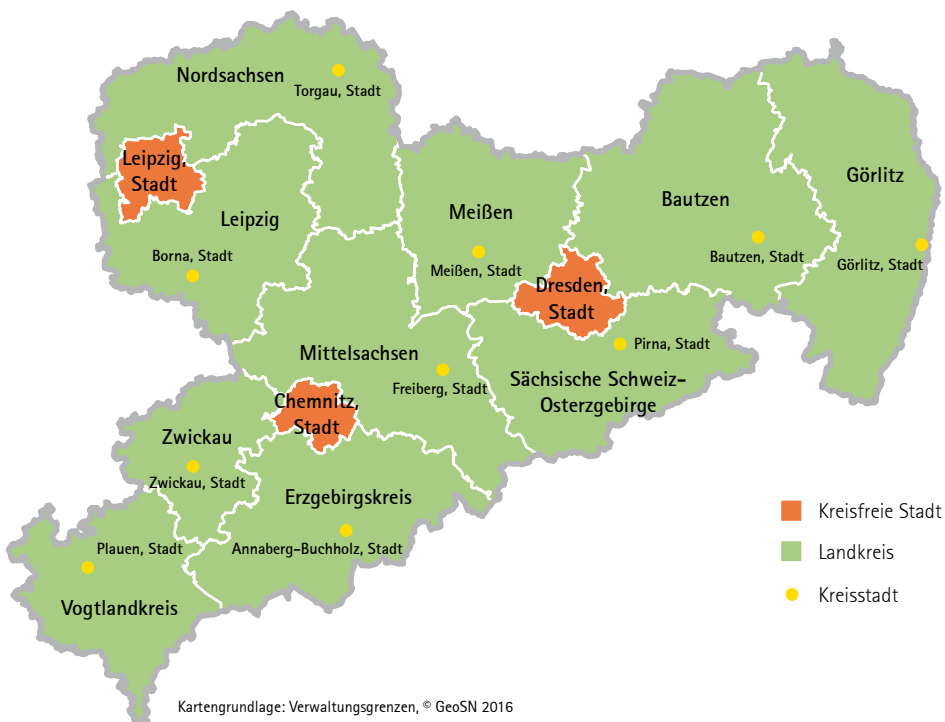
Durch weitere freiwillige Gemeindeeingliederungen und -zusammenschlüsse verringerte sich die Zahl der selbständigen Gemeinden auf 426 am 1. Januar 2016.

Aktuell besteht der Freistaat Sachsen aus drei Kreisfreien Städten und zehn Landkreisen mit 423 kreisangehörigen Gemeinden.

Kreisfreie Städte und Landkreise im Freistaat Sachsen am 3. Oktober 1990
Gebietsstand: 3. Oktober 1990



Kreisfreie Städte und Landkreise im Freistaat Sachsen mit dem zuständigen Verwaltungssitz am 1. Januar 2016
Gebietsstand: 1. Januar 2016



1995

Einführung der Pflegeversicherung als vierte Säule der Sozialversicherung

Am 1. Januar 1995 wurde die Pflegeversicherung als eigenständiger Zweig der Sozialversicherung eingeführt. Damit wurde die letzte große Lücke der sozialen Versorgung geschlossen. Die Versicherungspflicht gilt für alle gesetzlich, freiwillig und privat Krankenversicherten. Die Finanzierung erfolgt durch Beiträge, die auf ein Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen festgelegt wurden. Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragen den Beitrag jeweils zur Hälfte. Als finanzieller Ausgleich für die Arbeitgeber wurde in allen Bundesländern bis auf Sachsen der Buß- und Betttag als gesetzlicher Feiertag gestrichen. In Sachsen wurde der Beitrag zur Pflegeversicherung damit zunächst von den Arbeitnehmern allein getragen. Spätere Beitragserhöhungen wurden je zur Hälfte auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgeteilt. Der Beitragssatz für sächsische Arbeitnehmer ist jedoch bis heute ein Prozent höher als der der Arbeitgeber. Zum 1. Januar 2005 wurde zusätzlich ein Beitragszuschlag für Kinderlose eingeführt. [21]

Seit Einführung der im 2-jährigen Turnus zu erhebenden Pflegestatistik im Jahr 1999 hat sich die Zahl der Pflegebedürftigen, die Leistungen der Pflegeversicherung bezogen, im Freistaat Sachsen von 118 123 auf 149 461 im Jahr 2013 erhöht. Das entspricht einem Anstieg um mehr als ein Viertel. Die steigende Zahl der Leistungsempfänger ist vor allem von der demografischen Entwicklung Sachsens abhängig, die durch die Alterung der Bevölkerung gekennzeichnet ist. Das Durchschnittsalter der sächsischen Bevölkerung erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 4,0 Jahre auf 46,6 Jahre in 2013. Die Anzahl der Einwohner, die 65 Jahre und älter waren, stieg in diesem Zeitraum um 209 321 Personen bzw. 26,4 Prozent. Die kontinuierliche Erhöhung der Zahl der zu pflegenden Personen spiegelt sich auch bei der Betrachtung der

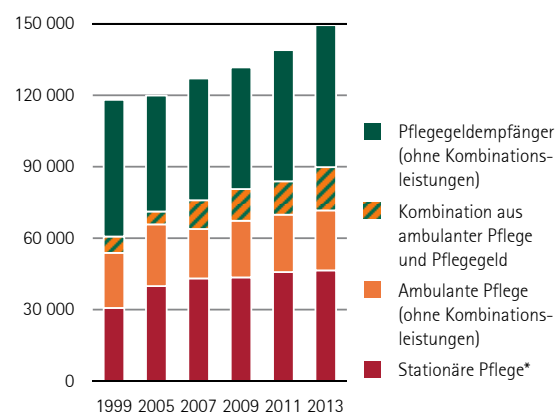
verschiedenen Hilfearten wider. Die Zahl der stationär betreuten Leistungsempfänger stieg von 1999 bis 2013 um mehr als die Hälfte an. Um sogar mehr als das 1,5-fache erhöhte sich die Zahl der Personen, die einen ambulanten Pflegedienst in Kombination mit Pflegegeldleistungen in Anspruch nahmen. Wesentlich geringere Erhöhungen gab es bei ausschließlich ambulanter Pflege. Hier wurden knapp 9 Prozent mehr Leistungsempfänger betreut. Nach einem zwischenzeitlichen Rückgang der Pflegegeldempfänger wurden 2013 nur rund 4 Prozent mehr festgestellt als 14 Jahre zuvor. Unter den Pflegebedürftigen sind nach wie vor deutlich mehr Frauen als Männer. Der Anteil der Männer stieg jedoch von 29,0 Prozent 1999 auf 34,5 Prozent im Jahr 2013. Der Anteil der Leistungsempfänger, die professionelle

Veränderung der Leistungsempfänger der Pflegeversicherung in Sachsen 2005 bis 2013 gegenüber 1999 nach Leistungsart (in Prozent)

Leistungsart	2005	2007	2009	2011	2013
Leistungsempfänger insgesamt	1,5	7,6	11,5	17,7	26,5
davon					
Stationäre Pflege	29,8	40,3	41,7	49,0	51,2
Ambulante Pflege*	12,0	-10,2	2,9	4,2	8,9
Kombination aus ambulanter Pflege und Pflegegeld	-21,0	75,9	94,0	104,4	165,3
Pflegegeldempfänger*	-15,2	-11,0	-11,0	-4,0	3,8

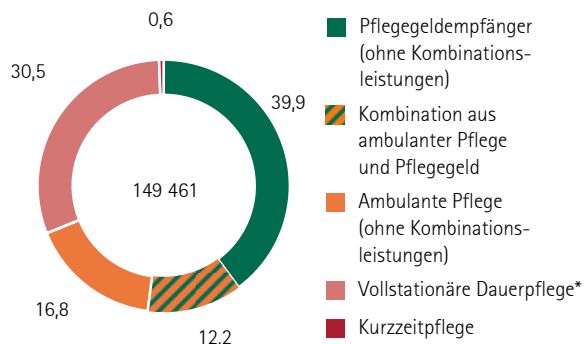
* ohne Kombinationsleistungen
Datenquelle: Pflegestatistik

Leistungsempfänger der Pflegeversicherung in Sachsen nach der Leistungsart



* ab 2009 ohne teilstationäre Pflege
Datenquelle: Pflegestatistik

Leistungsempfänger der Pflegeversicherung in Sachsen im Dezember 2013 nach Leistungsart (in Prozent)



* ohne teilstationäre Pflege
Datenquelle: Pflegestatistik

Pflege nutzen, lag im Freistaat mit 60,1 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 52,6 Prozent. Die stationäre Pflege hat in den letzten Jahren gegenüber der ambulanten Betreuung an Bedeutung gewonnen. Ihr Anteil stieg deutlich von 26,0 Prozent 1999 auf 31,1 Prozent für 2013.

Die professionelle stationäre Pflege wurde 2013 von 866 stationären Pflegeeinrichtungen durchgeführt, fast doppelt so viele wie 1999. Mit 501 Einrichtungen wurde der größte Teil von freigemeinnützigen Trägern betrieben. Privat wurden 325 Einrichtungen geführt und nur 40 Einrichtungen hatten einen öffentlichen Träger.

29,0 Prozent der Pflegebedürftigen wurden durch ambulante Pflegedienste betreut. Reichlich zwei Fünftel der Fälle erhielten dabei eine Teilleistung als Pflegegeld, da sie zusätzlich von Angehörigen oder anderen Privatpersonen pflegerisch versorgt wurden.

Der Anteil der ambulanten Betreuung einschließlich der Gewährung von Pflegegeld hat sich in den letzten Jahren stark erhöht. 1999 nahmen lediglich 25,4 Prozent der Pflegebedürftigen diese Leistungsart in Anspruch, davon

Anteil der Leistungsempfänger der Pflegeversicherung in Sachsen 1999 sowie 2005 bis 2013 nach Leistungsart (in Prozent)

Leistungsart	1999	2005	2007	2009	2011	2013
Leistungsempfänger insgesamt	100	100	100	100	100	100
davon						
Stationäre Pflege	26,0	33,3	34,0	33,1	33,0	31,1
Ambulante Pflege*	19,6	21,6	16,3	18,1	17,3	16,8
Kombination aus ambulanter Pflege und Pflegegeld	5,8	4,5	9,5	10,1	10,1	12,2
Pflegegeldempfänger*	48,6	40,6	40,2	38,8	39,6	39,9

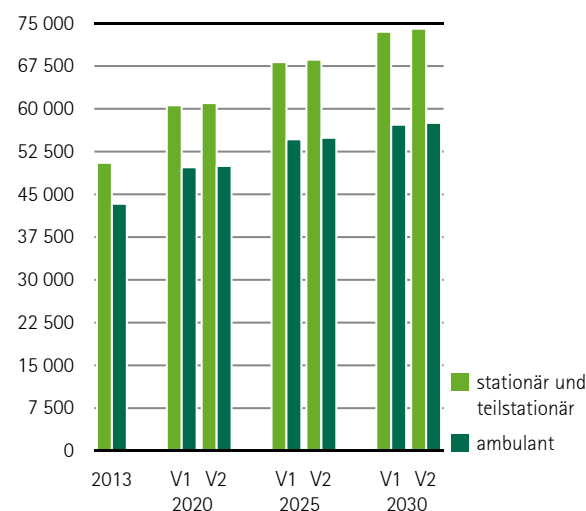
* ohne Kombinationsleistungen
Datenquelle: Pflegestatistik

reichlich ein Fünftel in Kombination mit der Gewährung von Pflegegeld. Insgesamt wurde die ambulante Pflege von 1 052 Pflegediensten ausgeführt. Gegenüber 1999 erhöhte sich deren Anzahl um fast ein Viertel. Der größte Teil der ambulanten Pflegedienste wird privat betrieben. 2013 waren das 728 Einrichtungen, was einem Anteil von mehr als zwei Dritteln entsprach. Mit 312 Einrichtungen hatten mehr als ein Viertel einen freigemeinnützigen Träger, nur 12 Einrichtungen wurden durch die öffentliche Hand betrieben.

Der Anteil der Leistungsempfänger, die lediglich Pflegegeld erhielten, also ausschließlich von Angehörigen oder anderen Privatpersonen betreut wurden, lag 2013 bei 39,9 Prozent. Hier zeigt sich im zeitlichen Verlauf eine sinkende Tendenz. 1999 bezog noch fast die Hälfte alle Leistungsempfänger ausschließlich Pflegegeld.

Infolge des demografischen Wandels und der damit verbundenen Alterung der Bevölkerung wird die Anzahl der Pflegebedürftigen in Zukunft stark ansteigen. Das wird eine verstärkte Nachfrage nach ambulanten und stationären Pflegeleistungen zur Folge haben. Nahmen 2013 noch etwa 90 000 Pflegebedürftige die Leistungen eines ambulanten Pflegedienstes oder einer stationären Pflegeeinrichtung in Anspruch, so werden es 2030 voraussichtlich mehr als 130 000 sein. 2013 kamen auf 1 000 Einwohner noch 22 Pflegebedürftige, die stationär oder ambulant betreut wurden. 2030 werden es zwischen 36 und 38 je 1 000 Personen sein. Um die Versorgung der steigenden Anzahl Pflegebedürftiger durch die stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen sicher zu stellen, werden in den nächsten Jahren mehr Pflegekräfte benötigt.

Leistungsempfänger der Pflegeversicherung in ambulanten sowie stationären Einrichtungen Sachsens 2013, 2020, 2025 und 2030



Datenquellen:
Werte für 2013: Pflegestatistik
Werte für 2020, 2025 und 2030: Vorausberechnung auf der Basis der beiden Varianten der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen; Stand: 2013

1996

Verlängerung der Ladenöffnungszeiten und Aufhebung des Sonntagsbackverbotes für Bäcker ab Ende des Jahres

Gesetze über Ladenöffnungszeiten bzw. -schließzeiten gibt es in Deutschland seit dem Jahr 1900. In der Bundesrepublik Deutschland wie auch in der Deutschen Demokratischen Republik wurden entsprechende Regelungen seit den 1950er Jahren fortgeführt, die im Laufe der Zeit mehrfach gelockert wurden. 1989 kam der „lange Donnerstag“. 1996 folgte die Öffnung bis 20 Uhr, die seit 2003 auch samstags gilt. Am 1. Juni 2003 wurden die Ladenöffnungszeiten letztmalig bundesweit verlängert: wochentags und sonntags von 6 bis 20 Uhr. Seit Inkrafttreten der Föderalismusreform zum 1. September 2006 regeln die einzelnen Bundesländer die Ladenöffnungszeiten selbst. Das Sonntagsbackverbot war zunächst eine ernährungswirtschaftliche Maßnahme aus der Zeit des Ersten Weltkrieges. Aus sozialpolitischen Gründen wurde diese Regelung beibehalten und hatte bis 1996 in Deutschland Bestand. Die ausgedehnten Ladenöffnungszeiten werden von einem Großteil der Bevölkerung angenommen. [22]

Bis ins Jahr 1900 konnten in Deutschland Läden an sieben Tagen in der Woche zwischen 5 und 23 Uhr geöffnet sein. Nach und nach griffen Regelungen, die die Ladenöffnung an Sonntagen einschränkten bzw. die Länge der Ladenöffnungszeiten an Wochentagen. Diese Entwicklung ist in erster Linie damit zu erklären, dass sich der Charakter der Läden veränderte. Neben dem bis dahin dominierenden „familiengeführten“ Laden entstanden die ersten Kaufhäuser mit zahlreichen angestellten Verkäufern. Die gesetzlichen Regelungen zur Ladenöffnungszeiten hatten natürlich auch sozialpolitische Ziele (Achtstundentag). Im Laufe der Zeit gab es in der Bundesrepublik zahlreiche Veränderungen im Hinblick auf den „Ladenschluss“ und viele Ausnahmeregelungen. [23]

Das sogenannte Sonntags- bzw. Nachtbackverbot wurde in Deutschland 1915 eingeführt und war eigentlich ernährungswirtschaftlich begründet. Es sollte weniger gebacken werden, damit die Getreidevorräte länger reichen. Daneben hatte es auch ein sozialpolitisches Ziel. Mit der Einführung des Achtstundentages wurden die Beschäftigten in den Bäckereien vor zu langen und gesundheitsschädlichen Nachtarbeitszeiten geschützt. Über zahlreiche Änderungen hinweg hatte die Regelung zum Ladenschluss und zum Sonntagsbackverbot in der Bundesrepublik bis November 1996 Bestand. [24]

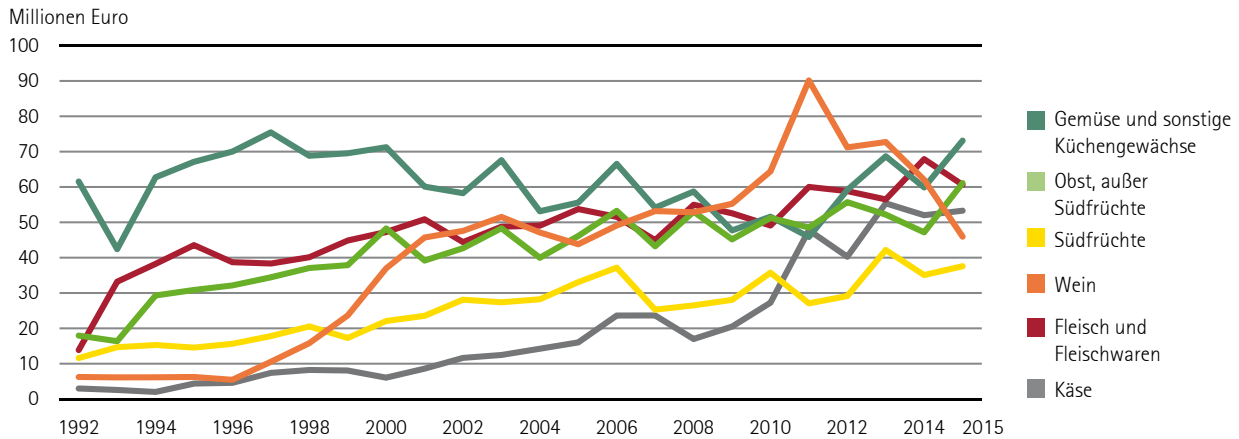
Nach Gründung der DDR bestanden hier ähnliche Regelungen über die Ladenöffnungszeiten. Bäcker und Fleischer hatten montags meist geschlossen, dafür sonntags geöffnet. Die meisten Geschäfte öffneten ab 9 Uhr, die Bäcker bereits früher. 18 Uhr war allgemeiner Ladenschluss. Und mittags waren die meisten (kleineren) Geschäfte ebenfalls geschlossen. Sonntags war ursprünglich bis 15:30 Uhr geöffnet, ohne Mittagspause. Mit der schrittweisen Einführung der Fünftagewoche verringerten sich auch die Ladenöffnungszeiten an Sonntagen. In größeren Städten waren sie weiter



Einkaufszentrum

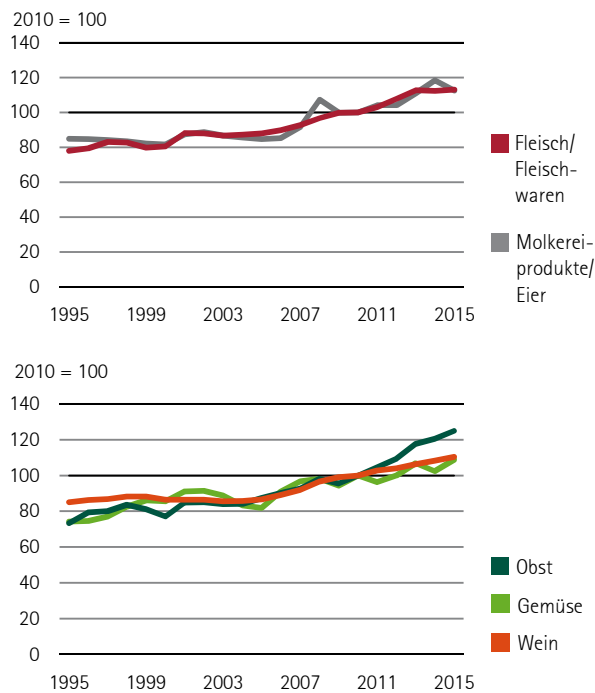
gestreut, nach und nach wurden auch längere Ladenöffnungszeiten üblich („Spätverkauf“ von Lebensmitteln). [25] Die letzte Handels- und Gaststättenzählung in Deutschland erbrachte für 1993 eine Zahl von rund 23 800 Arbeitsstätten im Einzelhandel Sachsens mit einer Geschäftsfläche von 5,5 Millionen Quadratmetern. Die rund 95 700 Beschäftigten hatten für 1992 einen Umsatz von umgerechnet 10,8 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Einfuhr ausgewählter Produkte des Ernährungsgewerbes in den Freistaat Sachsen 1992 bis 2015



Datenquelle: Außenhandelsstatistik

Verbraucherpreisindizes ausgewählter Warengruppen 1995 bis 2015



Datenquelle: Verbraucherpreisstatistik

Eine große Anzahl von Waren in den Geschäften des Freistaates Sachsen wird im Ausland erzeugt. Für einige ausgewählte Warengruppen ist die Entwicklung der Einfuhren in der Abbildung oben ersichtlich. Darunter befinden sich beispielsweise die Südfrüchte, die vollständig aus anderen Ländern eingeführt werden. Selbst Tafelwein wird in Deutschland nicht angebaut. Beim Gemüse schwanken die jährlichen Einfuhren zwar beträchtlich, es ist aber keine wirkliche Tendenz zu beobachten. Stark gestiegen ist dagegen der Import von Käse.

Die Umsätze im Handel hängen zum einen von den verkauften Warenmengen ab, zum anderen auch von den Verbraucherpreisen. Für einige ausgewählte Warengruppen ist die Entwicklung der Verbraucherpreise in der linken Abbildung dargestellt. Bei Obst und Gemüse zum Beispiel zeigen sich deutliche Schwankungen im Zeitverlauf, langfristig steigen die Preise jedoch deutlich an. Bei der Position Fleisch und Fleischwaren gab es zwar auch Jahre mit leicht rückläufigen Verbraucherpreisen, insgesamt gesehen ist die steigende Tendenz jedoch sehr ausgeprägt erkennbar.



Geschäftsöffnungszeiten

1997

Frauenquote im öffentlichen Dienst wird vom Europäischen Gerichtshof grundsätzlich für zulässig erklärt

Ein nationales Gesetz zur bevorzugten Beförderung von Frauen im öffentlichen Dienst ist gem. des im November 1997 gefällten Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) unter bestimmten Voraussetzungen mit EU-Recht vereinbar. Der EuGH billigte damit entsprechende Passagen des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen. [26] Die Entscheidung des EuGH untersetzte den bereits allgemein in Deutschland im öffentlichen Dienst eingeschlagenen Weg zur gleichberechtigten Stellenbesetzung mit Frauen und Männern. Seit 1996 dienen die Ergebnisse der jährlich durchgeführten Sächsischen Frauenförderungsstatistik den Dienststellen/Einrichtungen des öffentlichen Dienstes des Freistaates Sachsen als Kontrollinstrument bei der Feststellung von Frauenquoten sowie als Basis für die Erstellung, Aktualisierung und Überprüfung der Frauenförderpläne und bilden damit die Grundlage für Maßnahmen zur Förderung von Frauen, um ihre Unterrepräsentanz in den Führungspositionen einzelner Bereiche zu verbessern. [27]

Am 24. Februar 1994 beschloss der Sächsische Landtag das Gesetz zur Förderung von Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen (Sächsisches Frauenförderungsgesetz - SächsFFG). Geregelt werden darin u. a. grundsätzlich die Einstellung und der berufliche Aufstieg von Frauen in Bereichen des öffentlichen Dienstes mit geringem Frauenanteil. Benannt werden zudem Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der Frauenquote in Führungs- und Leitungsfunktionen beitragen können. [28]

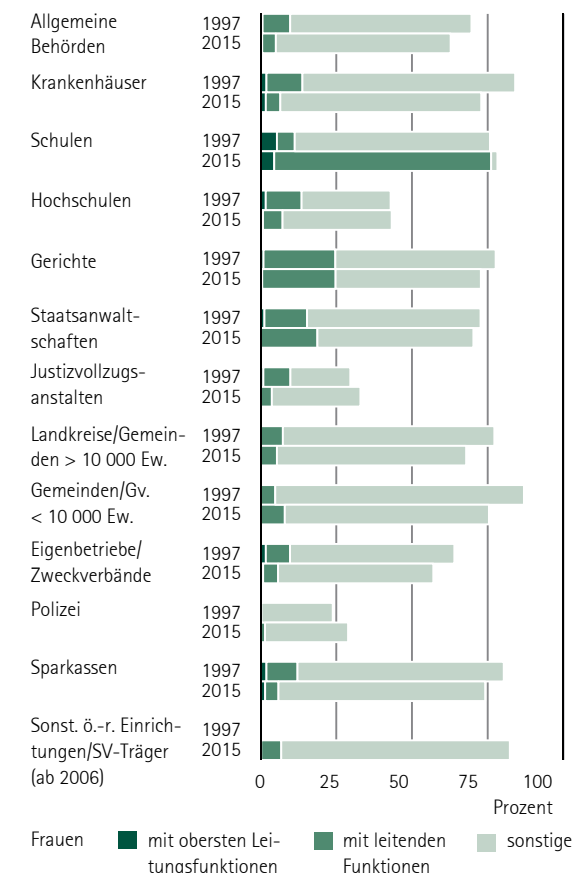
Voraussetzung für die Feststellung von Veränderungs- und Einflussmöglichkeiten auf die Situation der Frauen sowie die Entwicklung von Frauenförderungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst ist die Durchführung einer jährlichen Bestandsaufnahme zur Beschäftigungssituation in Form der Sächsischen Frauenförderungsstatistik.

Ein ebenfalls wichtiges Anliegen der Sächsischen Frauenförderungsstatistik ist die Darstellung von Ergebnissen, die einerseits den hohen Frauenanteil im öffentlichen Dienst im Verhältnis zu anderen Wirtschaftszweigen erkennen lassen und andererseits das Aufzeigen von Defiziten hinsichtlich der Chancengleichheit von Frauen in Führungspositionen ermöglichen. Darüber hinaus werden fundierte Angaben geliefert, die die Berücksichtigung von Frauen bei Einstellungen, Beförderungen und Höhergruppierungen sowie der Beteiligung an Fortbildungsmaßnahmen im Berufsleben veranschaulichen.

Einer differenzierten Analyse des Anteils der Frauen mit obersten Leitungsfunktionen und leitenden Funktionen in den Bereichen des öffentlichen Dienstes kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Beamte und Arbeitnehmer werden im Rahmen der Sächsischen Frauenförderungsstatistik nach 13 Bereichen unterschieden. Für jeden Bereich liegt jeweils eine für ihn gültige funktionelle Gliederung vor, auf deren Grundlage die Beschäftigten bestimmten Funktionen zuzuordnen sind. Der Frauenanteil

an den Beschäftigten im öffentlichen Dienst lag 2015 bei 65,5 Prozent, das waren 130 699 Frauen. Ein sehr hoher Frauenanteil war Ende Juni 2015 in den Bereichen „Sonstige öffentlich-rechtliche Einrichtungen/ Sozialversiche-

Frauenanteil im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1997 und 2015 nach Bereichen und Funktionsebenen



Datenquelle: Sächsische Frauenförderungsstatistik

Frauenanteil an den Beschäftigten mit obersten Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst am 30. Juni des jeweiligen Jahres nach Bereichen

Bereich (funktionelle Gliederung)	Frauenanteil in Prozent				
	1997	2000	2005	2010	2015
Insgesamt	38,3	40,8	44,2	44,5	45,1
Allgemeine Behörden	20,9	24,9	26,1	27,9	28,4
Krankenhäuser	33,8	34,3	32,7	32,9	33,8
Schulen	62,2	60,9	64,3	65,8	66,9
Hochschulen	10,4	10,0	14,1	16,2	20,7
Gerichte	21,3	22,2	24,4	25,2	29,1
Staatsanwaltschaften	23,4	13,7	14,5	15,4	10,0
Justizvollzugsanstalten	21,6	18,6	19,4	11,8	5,9
Landkreise/Gemeinden mit 10 000 u. mehr Ew.	16,9	17,2	18,3	24,5	35,1
Gemeinden/Gv. mit unter 10 000 Ew.	x	x	x	x	x
Eigenbetriebe/ Zweckverbände	32,8	27,6	32,5	34,7	41,8
Polizei	2,7	5,7	3,9	4,7	7,5
Sparkassen	41,7	40,4	37,5	35,2	36,1
Sonst. öffentl.-rechtl. Einrichtung/SV-Träger (ab 2006)	-	-	-	37,0	32,9

Datenquelle: Sächsische Frauenförderungsstatistik

„Sparkassen“ (82,3 Prozent), „Schulen“ (78,2 Prozent), „Gemeinden/Gemeindeverbände mit unter 10 000 Einwohnern“ (75,4 Prozent) und „Sparkassen“ (74,2 Prozent) zu finden. In den meisten Bereichen verringerte sich ihr Anteil gegenüber 1997. In den traditionellen Männerdomänen „Polizei“ und in „Justizvollzugsanstalten“ stieg dagegen der Anteil an Frauen. Dennoch arbeiteten in diesen Bereichen zur Jahresmitte 2015 verhältnismäßig wenige weibliche Beschäftigte. Auch im Bereich Hochschulen sind seit Jahren mehr Männer als Frauen tätig.

Die differenzierte Betrachtung der 13 Bereiche nach Funktionsebenen verdeutlicht, dass sich mit steigender Funktionsebene der Frauenanteil an den Beschäftigten verringert. Die durchschnittliche Frauenquote an den Beschäftigten mit obersten Leitungsfunktionen von 45,1 Prozent (2 251 Frauen) wurde Ende Juni 2015 in fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes Sachsens unterschritten. Lediglich im Bereich „Schulen“ wurden mit 66,9 Prozent (1 386 weibliche Personen) überdurchschnittlich viele Frauen mit einem Spitzenamt betraut. Am Erhebungstichtag 2015 war der Anteil von Frauen in der obersten Führungsebene bei den Bereichen „Justizvollzugsanstalten“, „Polizei“, „Staatsanwaltschaften“ und „Hochschulen“ besonders unterrepräsentiert. Während im „Polizeibereich“ und bei den „Hochschulen“ der Frauenanteil gegenüber 1997 um 4,8 bzw. 10,3 Prozentpunkte stieg, verringerte er sich bei den „Justizvollzugsanstalten“ um 15,7 und den „Staatsanwaltschaften“ um 13,4 Prozentpunkte von allen Bereichen am stärksten.

Den größten Anstieg an weiblichen Führungskräften um 18,2 Prozentpunkte verzeichneten gegenüber 1997 die „Landkreise (LRÄ) und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern“. Von allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst übten Ende Juni 2015 nur 2,5 Prozent (4 992 Frauen und Männer) eine Spitzenfunktion aus.

Die hohe Frauenquote von 66,1 Prozent an den Beschäftigten mit leitenden Funktionen im öffentlichen Dienst (31 886 weibliche Beamte und Arbeitnehmer) schwankte in den einzelnen Bereichen zum Teil beträchtlich. Auch in dieser Funktionsebene verzeichnete der Bereich „Schulen“ Ende Juni 2015 den höchsten Frauenanteil von 78,8 Prozent (22 089 Frauen, einschl. Lehrerinnen). Obwohl ein anhaltender Personalrückgang an Frauen in diesem Bereich registriert wurde, stieg ihr Anteil im Vergleich zum Jahr 1997. Im Bereich „Sparkassen“ fand ein überdurchschnittlicher Personalabbau zu Lasten der Frauen in Leitungsfunktionen statt. Hier reduzierte sich die Frauenquote am stärksten. Weniger Frauen als Männer nahmen wiederum in den Bereichen „Polizei“ und „Hochschulen“ eine Leitungsfunktion wahr. Gegenüber 1997 zeigt sich dennoch in beiden Bereichen eine positive Entwicklung. Der größte Anstieg in dieser Funktionsebene um 17,4 Prozentpunkte wurde bei den „Eigenbetrieben und Zweckverbänden“ ermittelt, wie die untere Tabelle zeigt. 24,1 Prozent aller Beamten und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst (48 207 Personen) hatten Ende Juni 2015 eine leitende Funktion inne.

Frauenanteil an den Beschäftigten mit leitenden Funktionen im öffentlichen Dienst am 30. Juni des jeweiligen Jahres nach Bereichen

Bereich (funktionelle Gliederung)	Frauenanteil in Prozent				
	1997	2000	2005	2010	2015
Insgesamt	52,9	62,2	62,0	66,4	66,1
Allgemeine Behörden	44,1	42,9	44,0	43,4	44,6
Krankenhäuser	64,8	60,5	57,3	60,4	63,3
Schulen*	76,3	75,7	77,0	79,0	78,8
Hochschulen	27,3	25,6	28,3	26,7	28,6
Gerichte	64,7	64,2	65,4	63,8	63,1
Staatsanwaltschaften	42,1	46,6	45,0	46,2	47,9
Justizvollzugsanstalten	44,3	51,9	50,4	31,8	39,1
Landkreise/Gemeinden mit 10 000 u. mehr Ew.	57,3	55,1	55,2	57,8	57,0
Gemeinden/Gv. mit unter 10 000 Ew.	55,1	57,1	56,8	69,9	70,2
Eigenbetriebe/ Zweckverbände	39,5	51,6	52,5	55,4	56,9
Polizei	9,0	6,4	9,1	9,4	11,4
Sparkassen	81,4	75,9	68,2	64,0	61,3
Sonst. öffentl.-rechtl. Einrichtung/SV-Träger (ab 2006)	-	-	-	68,7	67,6

* ab 1999 einschließlich Lehrern;
bis 1998 bei den sonstigen Beschäftigten erfasst
Datenquelle: Sächsische Frauenförderungsstatistik

1998

Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich sowie Österreich und Italien entfallen

Das Abkommen von Schengen wurde am 14. Juni 1985 von der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet. Schengen ist ein Ort in Luxemburg an den Grenzen zu Deutschland und Frankreich. Zwischen den Vertragsparteien wurde festgelegt, dass der schrittweise Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen erfolgen soll. Für die Umsetzung des Schengener Abkommens wurde fast genau 5 Jahre später am 19. Juni 1990 das Übereinkommen zur Durchführung des Schengener Abkommens (Schengener Durchführungsübereinkommen – SDÜ) unterzeichnet. Darin wurden sog. Ausgleichsmaßnahmen geregelt, die infolge der Abschaffung der Binnengrenzkontrollen einen einheitlichen Raum der Sicherheit und des Rechts gewährleisten sollten. [29] Zum 1. April 1998 entfielen dann die Grenzkontrollen zwischen Deutschland und dem Nachbarland Österreich sowie zwischen Österreich und Italien. [30] Ohne Passkontrolle und theoretisch auch ohne Zwischenstopp war damit das Reisen nach Italien möglich. Und wie attraktiv ist Sachsen bei ausländischen Gästen?

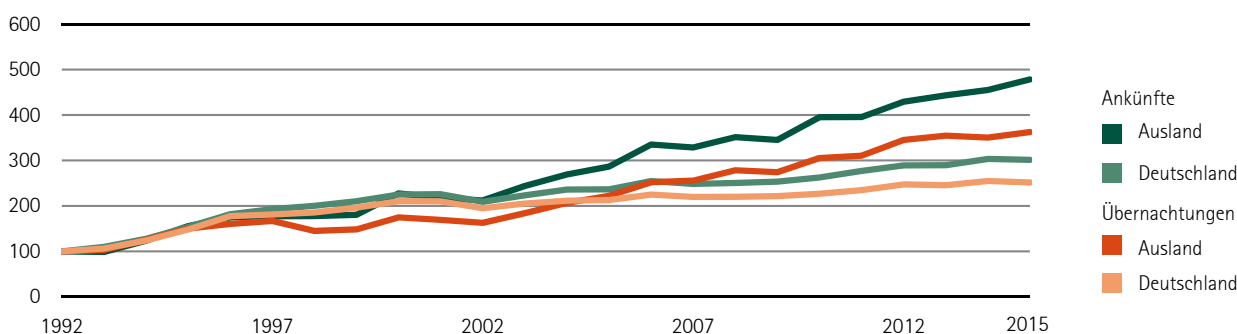
Reiseland Sachsen – die sächsischen Städte und Gemeinden haben in den letzten 25 Jahren viel investiert, um den Freistaat für Besucher aus dem In- und Ausland attraktiv zu machen. Und es sind immer mehr Gäste gekommen. Waren es im Jahr 1992 noch weniger als 2,5 Millionen Besucher, so zählte die Statistik 2015 bereits mehr als dreimal so viele – lässt man die methodischen Veränderungen in der Beherbergungsstatistik einmal außer Betracht.* Bei den ausländischen Besuchern erhöhte sich die Zahl sogar von 182 000 im Jahr 1992 auf mehr als das Viereinhalbfache (868 000) im Jahr 2015. Dabei ist jedoch kein sprunghafter Anstieg der Anzahl der Gäste aus dem Ausland nach Wegfall der Grenzkontrollen im Jahr 1998 zu beobachten, der Zuwachs erfolgte kontinuierlich. Im Jahr 2002 gab es einen Rückgang der Gästezahlen infolge des schweren Hochwassers, als viele Beherbergungseinrichtungen schließen mussten. Im Jahr 2006 bescherte die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland auch den sächsischen Beherbergungseinrichtungen einen besonders

großen Besucheransturm. Das trifft aber sowohl auf die Zahl der deutschen, als auch der ausländischen Gäste zu. Auch die Übernachtungszahlen sind seit Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich gestiegen, allerdings nicht so stark wie die Gästezahlen. Die Zahl der gesamten Übernachtungen stieg seit 1992 auf etwa das Zweieinhalbfache, die der ausländischen Besucher auf circa das Dreieinhalbfache. Damit hat sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer deutscher Gäste von 3,1 Tagen 1992 auf 2,6 Tage 2015 reduziert. Ausländische Besucher blieben 1992 durchschnittlich 2,9 Tage in einer Beherbergungseinrichtung, zuletzt nur noch 2,2 Tage. Etwa drei Viertel aller Besucher mit ständigem Wohnsitz außerhalb Deutschlands waren in einem europäischen Land beheimatet. Dieser Wert hat sich seit Anfang der 1990er Jahre nur unwesentlich verändert.

*) Methodische Änderungen: bis 2011 Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten sowie Campingplätze mit drei und mehr Stellplätzen; ab 2012 Beherbergungsstätten und Campingplätze mit zehn und mehr Betten bzw. Stellplätzen

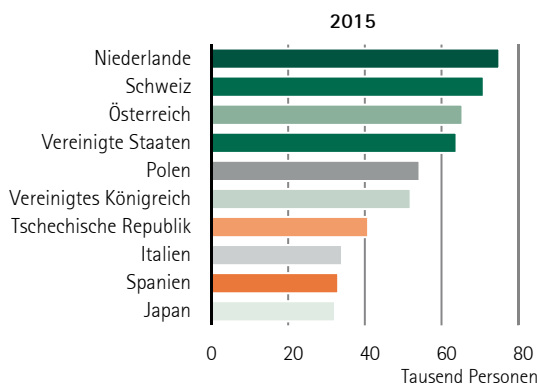
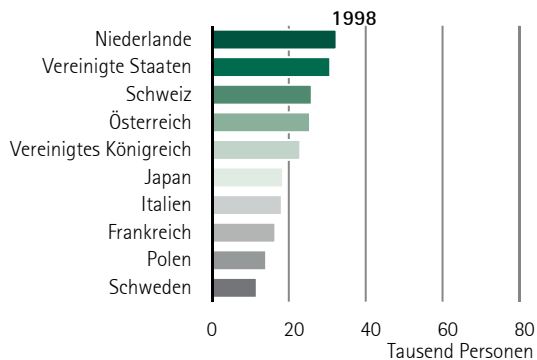
Entwicklung der Gästezahlen in Sachsen aus der Bundesrepublik Deutschland und aus dem Ausland 1992 bis 2015

Messzahl
1992 = 100



Datenquelle: Beherbergungsstatistik

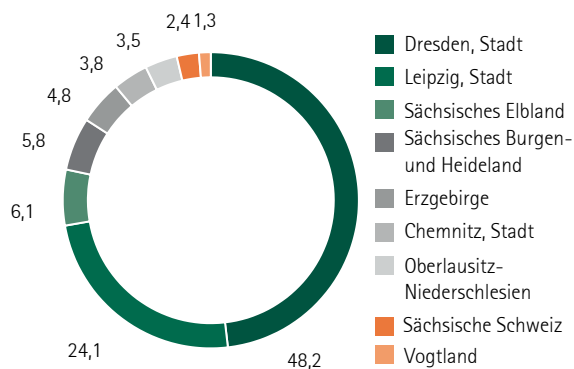
Die zehn wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Gäste 1998 und 2015



Datenquelle: Beherbergungsstatistik

Dagegen stieg der Anteil der Gäste aus Asien stetig an und beträgt seit der Jahrtausendwende rund elf Prozent. In dieser Größenordnung liegt aktuell auch der Anteil der Gäste vom amerikanischen Kontinent, nachdem er 2008 bis 2010 schon einmal bei 13 bis 14 Prozent gelegen hatte. Im betrachteten Zeitraum von 1992 bis 2015 hat in den meisten Jahren die Niederlande das Ranking der Herkunftsländer ausländischer Gäste in sächsischen Beherbergungseinrichtungen angeführt.

Ausländische Gäste 2015 nach Reisegebieten (Anteil in Prozent)



Datenquelle: Beherbergungsstatistik



Wandergruppe am Grenzübergang Schmilka

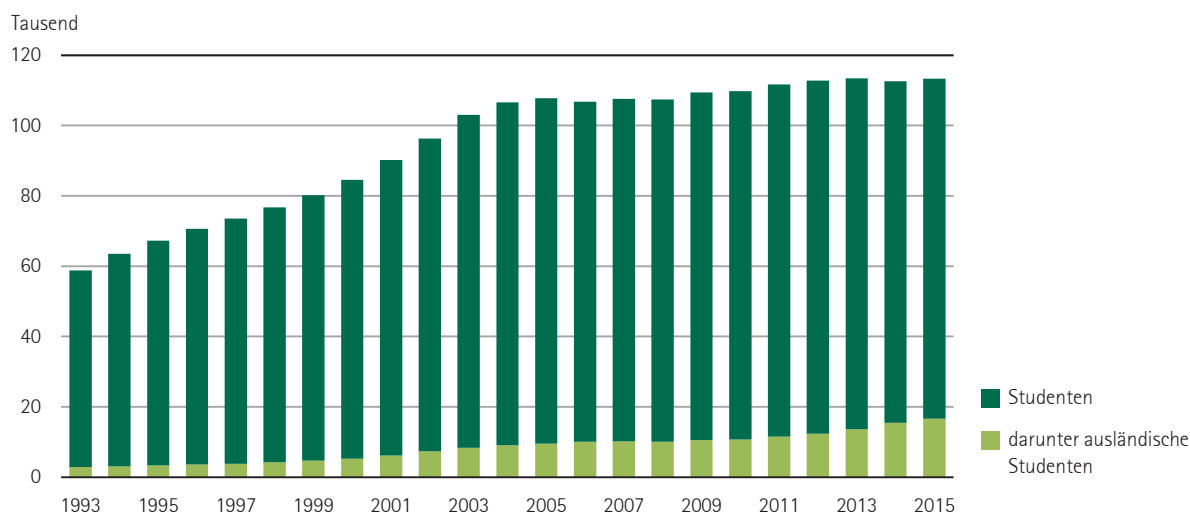
Vom Spitzenplatz verdrängt werden konnte die Niederlande nur durch die Vereinigten Staaten in den Jahren um die Jahrtausendwende und dann noch einmal 2009/2010. Auf den Plätzen zwei und drei befanden sich außerdem noch die Schweiz, Österreich und das Vereinigte Königreich. Japan war lediglich in den Jahren 2004/2005 unter den drei wichtigsten Herkunftsländern ausländischer Gäste des Freistaates zu finden. Auch wenn die Spitzenpositionen nur unter wenigen Ländern vergeben wurden, so gibt es doch bei einigen anderen Ländern beachtliche Entwicklungen der Gästezahlen. So kamen im Jahr 2015 mehr als 31 000 Gäste aus der Volksrepublik China und aus Hongkong. Anfang der 1990er Jahre zählte man weniger als 1 000 Besucher aus diesen Ländern, vor zehn Jahren waren es noch keine 5 000. Auch spanische Gäste haben in den letzten Jahren den Freistaat für sich entdeckt. 33 000 konnten 2015 in Sachsen begrüßt werden, 2009 waren es noch nicht einmal halb so viele. Unsere tschechischen und polnischen Nachbarn kannten das Territorium des heutigen Sachsen eventuell schon aus Zeiten vor der politischen Wende. Deren Gästezahlen entwickelten sich in den 1990er Jahren nur langsam, aktuell sind sie etwa auf das Zehnfache der Anfangsjahre der Erhebung gestiegen. Besonders attraktiv für ausländische Gäste ist die Landeshauptstadt Dresden. Fast jeder zweite ausländische Gast wurde im Jahr 2015 in einer Beherbergungseinrichtung der Stadt Dresden registriert. Im Jahr 1998 lag dieser Anteil bei 40 Prozent. Damals wie heute war Dresden bei den Gästen aus den Vereinigten Staaten und der Schweiz besonders beliebt. Knapp ein Viertel der ausländischen Gäste machten im letzten Jahr in der Messestadt Leipzig Station. Auch hier waren Besucher aus den Vereinigten Staaten am häufigsten vertreten, gefolgt vom Vereinigten Königreich und der Schweiz. Unter den Flächenreisegebieten konnte das Sächsische Elbland die meisten Besucher aus dem Ausland begrüßen. Drei Prozent aller ausländischen Gäste verbringen ihren Urlaub in Sachsen auf einem Campingplatz. Hier waren erwartungsgemäß die Niederländer absolut in der Überzahl.

1999

Bologna-Prozess - Startschuss für eine umfassende europäische Studienreform

Am 19. Juni 1999 unterzeichneten die Hochschulministerinnen und -minister aus 30 europäischen Staaten in der italienischen Stadt Bologna eine gemeinsame Erklärung, die einen Reformprozess in Gang setzte. Der sog. Bologna-Prozess, eine transnationale Hochschulreform, wurde zunächst in 29 europäischen Staaten eingeleitet. Diese Reform zielte auf eine Harmonisierung und Internationalisierung der Studiengänge sowie die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums ab, der stetigen Wandlungen unterliegt. Wichtigste Veränderung für die Studenten war die zweistufige Studienstruktur mit den berufsqualifizierenden Studienabschlüssen Bachelor und Master. Zudem wurden die Studienabschlüsse verschiedener Einrichtungen vergleichbarer und bei Hochschulwechsel anrechenbar. Insbesondere die Hochschulausbildung in Deutschland sollte dadurch praxisorientierter erfolgen und die Studenten auf den späteren beruflichen Einsatz besser vorbereiten. Mittlerweile sind 47 europäische Staaten am Bologna-Prozess beteiligt. [31]

Studenten an sächsischen Hochschulen 1993 bis 2015

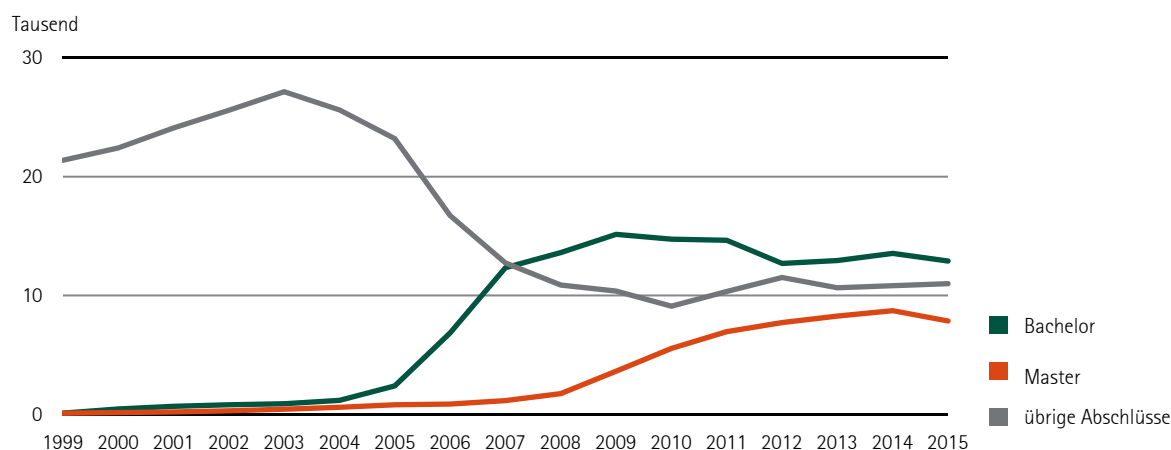


Datenquelle: Hochschulstatistik

Im Wintersemester 2015/2016 gab es im Freistaat Sachsen 6 Universitäten, 6 Kunsthochschulen, 12 Fachhochschulen und 2 Verwaltungsfachhochschulen. An diesen Einrichtungen waren insgesamt 113 281 Studenten immatrikuliert, fast 55 000 bzw. knapp 93 Prozent mehr als 1993. 16 611 hatten eine ausländische Staatsbürgerschaft (1993: 2 917). Im Jahr 1993 betrug der Anteil ausländischer Studenten 5 Prozent. Er erhöhte sich seitdem um fast 10 Prozentpunkte auf knapp 15 Prozent im Jahr 2015. Im Wintersemester 2015/16 waren 15 277 Studenten immatrikuliert, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht in der Bundesrepublik Deutschland erworben hatten (Bildungsausländer). Im Vergleich zum Jahr 1993 (2 799) hat sich die Anzahl der Bildungsausländer mehr als verfünffacht. 2015 schrieben sich 21 104 Studienanfänger an Sachsens Hochschulen ein, 9 005 bzw. 74 Prozent mehr als 1993. Unter ihnen waren 5 846 bzw. rund 28 Prozent, die

ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben hatten. Im Jahr 1993 betrug der Anteil der Bildungsausländer unter den Studienanfängern etwas über 6 Prozent. Die meisten Studienanfänger schrieben sich 2015 in einem Studienfach der Fächergruppe „Ingenieurwissenschaften“ ein. Mehr als ein Drittel aller Studienanfänger (7 675 bzw. 36 Prozent) wählten ein Studienfach dieser Fächergruppe. 6 248 Studienanfänger entschieden sich für die Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“, 2 413 für die Geisteswissenschaften und 2 038 für ein Fach der Mathematik, Naturwissenschaften. Im Wintersemester 2015/16 studierten insgesamt 49 968 Studenten (44 Prozent) in einem Fach der Mathematik-, Natur- oder Ingenieurwissenschaften. Einen ähnlich hohen Anteil wie bei den Studenten wiesen auch die Abschlussprüfungen in den Fächergruppen Mathematik-, Natur- und Ingenieurwissenschaften auf. 2015 wurden von insgesamt 22 303 Abschlussprüfungen

Studenten im 1. Fachsemester an den Hochschulen in Sachsen nach angestrebtem Abschluss



Datenquelle: Hochschulstatistik

9 542 in einem Studienfach dieser Fächergruppen erfolgreich absolviert (43 Prozent). Damit erreicht Sachsen nicht nur im Vergleich der Bundesländer eine Spitzenposition, sondern erweist sich im internationalen Vergleich als Technikhochburg.

Im Wintersemester 1999/2000 schrieben sich an den sächsischen Hochschulen erstmals 105 Studenten für einen Bachelor-Studiengang ein. 96 Studenten begannen ein Masterstudium. Zehn Jahre später erreichte die Zahl der Bachelorstudenten im ersten Fachsemester mit 15 149 den bisherigen Höchststand. Das waren 52 Prozent aller Studenten im ersten Fachsemester. Die meisten Studenten im ersten Fachsemester in Masterstudiengängen wurden vorerst 2014 mit 8 724 registriert (26 Prozent). Von den insgesamt 22 303 bestandenen Abschlussprüfungen im

Jahr 2015 waren 8 704 Bachelor- und 6 735 Masterabschlüsse. Somit stieg der Anteil Bachelor- und Masterabschlüsse von 0,3 Prozent im Jahr 2000 auf 69 Prozent im Jahr 2015. Die höchste Anzahl Bachelorabschlüsse gab es bisher 2014 mit 9 349. Das waren 41 Prozent aller bestandenen Prüfungen. Die meisten Masterabschlüsse wurden 2015 mit 6 735 registriert (30 Prozent).

Die Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften hatte unter den stark besetzten Fächergruppen mit 48 Prozent den höchsten Anteil an Bachelorabschlüssen gefolgt von den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit einem Anteil von 46 Prozent. In den medizinischen Fächern dominiert nach wie vor das Staatsexamen mit 50 Prozent in der Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften und 78 Prozent in der Veterinärmedizin.

Bestandene Abschlussprüfungen an sächsischen Hochschulen nach ausgewählten Prüfungsgruppen in den Prüfungsjahren 2000 bis 2015

Prüfungsjahr	Insgesamt	Darunter			
		Bachelor		Master	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent
2000	9 898	-	-	29	0,3
2001	10 275	8	0,1	37	0,4
2002	10 890	63	0,6	100	0,9
2003	11 705	147	1,3	150	1,3
2004	12 223	296	2,4	193	1,6
2005	12 928	470	3,6	283	2,2
2006	13 995	510	3,6	381	2,7
2007	15 789	949	6,0	642	4,1
2008	16 580	1 457	8,8	643	3,9
2009	18 063	2 630	14,6	865	4,8
2010	19 828	5 107	25,8	1 114	5,6
2011	21 995	7 311	33,2	1 766	8,0
2012	21 853	8 013	36,7	3 030	13,9
2013	22 568	8 950	39,7	4 744	21,0
2014	22 602	9 349	41,4	5 773	25,5
2015	22 303	8 704	39,0	6 735	30,2

2000

Meldeweg zu statistischen Erhebungen via Internet eröffnet

Das Internet bietet Unternehmen, Bürgern und der amtlichen Statistik einen modernen Weg, Daten zu erheben. Das Statistische Bundesamt hat mit dem Pilotprojekt w3stat im März 2000 den Meldeweg via Internet zunächst nur für die zentral durchgeführte Intrahandelsstatistik eröffnet. Ein Großteil der Statistischen Ämter der Länder hat in den Folgejahren dieses Erhebungsmedium ebenfalls erfolgreich erprobt. Zwischenzeitlich wurden die in den Ämtern vorhandenen Ansätze und Verfahren gebündelt und in ein deutschlandweit einheitliches und technisch hochwertiges System erarbeitet. Dieses wird seit 1. Januar 2005 deutschlandweit unter dem Namen IDEV (Internetdatenerhebung im Verbund) eingesetzt. [32]

Das neue Datenerfassungsprogramm namens "w3stat-Datenerfassungsprogramm" für die zentral durchgeführte Intrahandelsstatistik wurde Ende des Jahres 2000 vom Statistischen Bundesamt fertiggestellt und ausgeliefert. Ein wichtiger Schritt in Richtung medienbruchfreier Statistikproduktion war getan. Im Vorfeld mussten Abläufe neu überarbeitet und durchdacht, Schnittstellen geschaffen und vor allem bestehende Sicherheitskonzepte erweitert und angeboten werden. [33] Im November 2000 berichtete das Statistische Bundesamt über den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien bei der Datenerhebung. Die Amtsleiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unterstrichen seinerzeit die Notwendigkeit, die Abgabe statistischer Meldungen per Internet so schnell und so weit wie möglich anzubieten. [34]

w3stat hatte wesentliche Vorteile gegenüber dem bisherigen Aufbereitungsprozess: Qualität und Aktualität wurden gesteigert, da bereits bei der Erfassung der Daten unmittelbar bei der Eingabe die Daten hinsichtlich Fehlern geprüft werden konnte. Dieser Prozess ist auch als sog. Plausiprüfung bzw. Plausibilisierung in der amtlichen Statistik bekannt. Damit war bereits in der Anmeldephase im Dialogverfahren die Möglichkeit gegeben, fehlerhafte Daten direkt durch richtige Angaben zu ersetzen. [33] Bereits 2001 folgten erste Überlegungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, für Interneterhebungen ein einheitliches Internetportal mit leichtem Zugang für die Nutzer einzurichten. Notwendige Investitionen in Hard- und Software wurden erforderlich, die technischen, organisatorischen aber auch rechtlichen Rahmenbedingungen mussten geschaffen, Personal qualifiziert werden. Zur weiteren Modernisierung und Rationalisierung der amtlichen Statistik sollten Verbundstandards für Internet-Erhebungen entwickelt werden. Unter dem Begriff „E-Statistik 2005“ wurde strategisch von Bund und Ländern

darauf hingearbeitet, den Weg zur E-Statistik zu forcieren und den Bezug zum E-Government herauszuarbeiten. Die Bedeutung des Internets für die weitere Modernisierung und Rationalisierung war bereits Anfang der 2000er Jahre nicht mehr von der Hand zu weisen.

Ein weiterer Meilenstein wurde mit dem „Masterplan der amtlichen Statistik“ im Jahr 2003 gesetzt. Ein besonderer Schwerpunkt bei der Reform des statistischen Systems wurde im umfassenden Einsatz modernster Informations- und Kommunikationstechnik gesehen. Die im Masterplan festgelegten Maßnahmen sollten in den Folgejahren einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung von Unternehmen, zur Entbürokratisierung und zum effizienten Ressourceneinsatz leisten. [35]

Im nächsten Schritt galt es, bundesweit Erhebungen für die Berichterstattung per Internet anzubieten, spätestes Ziel war Jahresende 2003. Folgende Statistiken wurden hierzu festgelegt:

- Monatsbericht im Tourismus,
- Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung für Betriebe im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden,
- Vierteljährliche Dienstleistungsstatistik.

Zur CeBIT in Hannover im Jahr 2004 informierte die amtliche Statistik im Rahmen von „Deutschland Online – eStatistik“ zum Masterplan und den Zielen zur Erweiterung der IT-Verfahrensentwicklung im statistischen Verbund. Bis zur Zielerreichung des einheitlichen Internetportals vergingen dann noch einige Jahre.

Mittlerweile ist mit Inkrafttreten der Novelle des Bundesstatistikgesetzes (§ 11 a BStatG) zum 1. August 2013 die Nutzung von Online-Meldewegen für öffentliche Verwaltungen sowie für Betriebe und Unternehmen verpflichtend. Bis dato bot die amtliche Statistik zur

Online-Datenerhebung bereits ein breites Angebot. Um die Online-Meldezugänge wie auch die Informationen zu den Meldewegen zusammenzufassen, wurde am 30. Januar 2014 unter <https://erhebungsportal.estatistik.de> das Erhebungsportal als gemeinsame Plattform der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder für die Melder im Internet freigeschaltet.

Der Statistische Verbund präsentiert sich damit gegenüber seinen Auskunftgebenden in einem einheitlichen Auftritt und bietet einen zentralen Zugang zu den Online-Verfahren in den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder. Im Fokus des Erhebungsportals steht die Unterstützung der Meldungsabgabe. Es bietet zentral Informationen zu den Erhebungen sowie einen schnellen und zentralen Zugang auf die von den Statistischen Ämtern angebotenen Online-Meldeverfahren IDEV und .CORE. Daneben gab es seit 2003 die sächsische Lösung XIMA.

IDEV

Mit IDEV können Auskunftgebende über das Internet Meldungen zu verschiedenen amtlichen Statistiken an die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder übermitteln. IDEV ist ein einheitlicher Meldeweg, der seit 2005 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder angeboten wird. Zurzeit sind bereits über 50 Statistiken bundesweit online verfügbar. Darüber hinaus werden die Angebote der Statistischen Ämter ständig erweitert. Die statistischen Daten können direkt über elektronische Online-Formulare gemeldet werden. Darüber hinaus bietet IDEV vielfältige Unterstützungsfunktionen, die den Meldeaufwand erheblich reduzieren. Alle über IDEV angebotenen Statistik-Fragebögen haben das gleiche Layout und die gleiche einheitliche Bedienoberfläche. [36]

.CORE

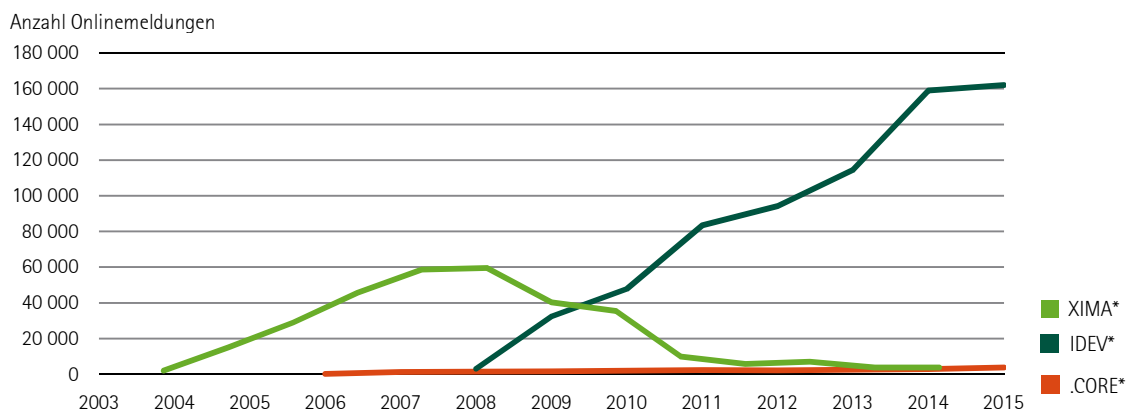
.CORE bzw. eSTATISTIK.core ist ein innovatives Online-Meldeverfahren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, das seit 2005 für Datenlieferungen an die amtliche Statistik angeboten wird und eine bequeme Alternative zum Papierfragebogen und zum Onlinefragebogen darstellt.

Anders als bei Meldungen mittels Fragebogen können die von der Statistik erfragten Daten von den auskunftspflichtigen Unternehmen oder öffentlichen Stellen mit eSTATISTIK.core automatisiert aus ihrem jeweiligen Softwaresystem in elektronischer Form gewonnen werden. Vor der Übermittlung können in der Regel die Daten am Bildschirm daraufhin überprüft werden, ob sie vollständig und richtig sind. Im Anschluss daran übermittelt der Anwender das Datenpaket (XML) über eine sichere Internetverbindung an den zentralen Dateneingang der amtlichen Statistik. Von dort wird die Datenlieferung umgehend an das jeweils zuständige Statistische Amt weitergeleitet. [36]

XIMA

Bereits 2003 wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen und der Firma xima media GmbH geschlossen. Auf dieser Basis konnten die vorliegenden Ergebnisse einer Diplomarbeit, die an der TU Dresden in Zusammenarbeit mit der xima media GmbH geschrieben wurde, zu einer leistungsstarken Anwendung „xima-forms“ weiterentwickelt werden. Diese Anwendung zum Dateneinzug mit Onlineformularen wurde 2003 erstmalig im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen für die Vierteljährliche Konjunkturstatistik in bestimmten Dienstleistungsbereichen eingesetzt.

Entwicklung der Onlinemeldungen über IDEV, .CORE und XIMA im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen



*.CORE: Statistiken die über EMSy gesteuert werden; IDEV: 138 Onlinestatistiken; XIMA: 86 Onlinestatistiken (Stand 2016)

Datenquelle: Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste (SID)

2001

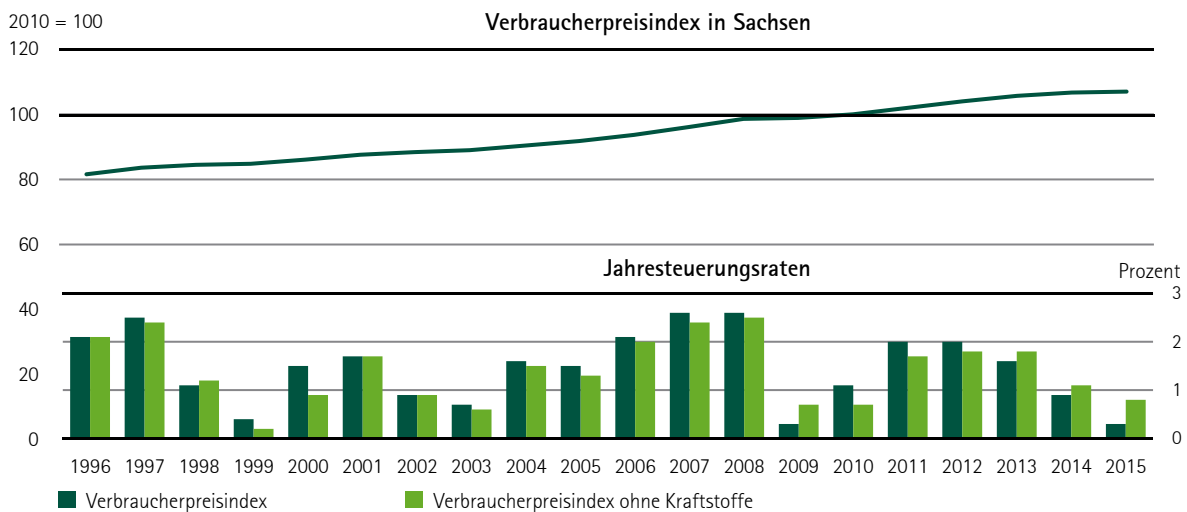
Rekordpreis von 2,23 D-Mark für einen Liter Superbenzin wird erreicht

Im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 wurde die Auseinandersetzung zum Thema „5 Mark pro Liter Benzin“ Inhalt der öffentlichen und politischen Diskussion. 3 Jahre danach erreichte kurz vor Einführung des Euro der Benzinpreis am 8. Mai 2001 mit 2,23 D-Mark den bis dato höchsten D-Mark-Betrag für einen Liter Superbenzin. [37] Eine 2014 veröffentlichte Studie zur „Bedeutung und Nutzung des Autos“ stellt dar, dass es 55 Prozent der befragten Personen sehr wichtig sei, ein eigenes Auto zu besitzen. Bezieht man hierbei die Größe einer Ortschaft mit ein, lag dieser Wert bei Personen aus Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern bei 65 Prozent. [38] „Des Deutschen liebstes Kind“, so wird das Öfteren das Auto in den Medien bezeichnet, verursacht Kosten. Neben diversen Unterhaltskosten belasten insbesondere die laufenden Ausgaben für Kraftstoffe die persönliche Haushaltskasse.

Der tägliche Blick auf die Preisanzeigen an den Tankstellen ist für eine Vielzahl sächsischer Verbraucher schon routinemäßig. Besonders Pendler und Vielfahrer beobachten kritisch die Entwicklungen. Mittlerweile wissen Sie, dass es früh und abends am teuersten ist. Wie sah es allerdings im historischen Zeitabriss aus? Antwort auf diese Frage gibt die Verbraucherpreisstatistik. Mit einem Wägungsanteil von rund 38 Promille bestimmen „Kraftstoffe“ den sächsischen Verbraucherpreisindex nicht unerheblich. 2015 dämpften die günstigen Preise an den Tankstellen die Jahreststeuerung um 0,5 Prozentpunkte auf nur 0,3 Prozent. Ohne diesen positiven Einfluss hätte der jährliche Preisanstieg bei 0,8 Prozent gelegen. In den beiden Jahren zuvor (2013 und 2014) zeigte sich ein ähnliches Bild, allerdings betrug die abschwächende Wirkung jeweils nur 0,2 Prozentpunkte. Seit 1995 drückten nur noch 1998 sowie 2009 die Preise an den Zapfsäulen die Jahreststeuerung - damals um 0,1 bzw. 0,4 Prozentpunkte.

Es gab jedoch auch eine andere Entwicklung, bei der sich steigende Kraftstoffpreise negativ auf den Verlauf des Verbraucherpreisindex auswirkten - am stärksten bisher 2000 sowie 2010. Die Jahreststeuerung betrug in diesen beiden Jahren 1,5 bzw. 1,1 Prozent. Ohne die Berücksichtigung der Positionen „Diesel, Super und Co“ hätte der jährliche Preisanstieg bei nur 0,9 bzw. 0,7 Prozent gelegen. Diese Ausführungen zeigen bereits, dass die Preise für „Kraftstoffe“ sehr viel Dynamik besitzen. Ein entscheidender Faktor sind die Notierungen an der Rohölbörse. Neben dem Dollarkurs spielen auch politische Gegebenheiten (z. B. Kriege) oder wirtschaftliche Entscheidungen (z. B. Embargos, Förderbegrenzungen, Nachfrage) eine große Rolle. 1995 kostete das Barrel Rohöl für den OPEC-Korb knapp 17 Dollar. Drei Jahre später zahlte man sogar nur rund 12 Dollar. Dies war in den zurückliegenden 20 Jahren der bisherige Tiefpreis. Der höchste Preis im Betrachtungszeitraum wurde mit fast 110 Dollar für das

Entwicklung des Verbraucherpreisindex und der Jahresteuerrate in Sachsen 1996 bis 2015

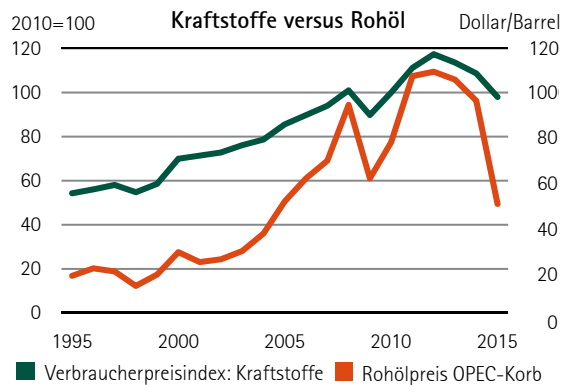


Datenquelle: Verbraucherpreisstatistik

Fass im Jahr 2012 registriert. Hintergrund war u. a. die verstärkte Nachfrage speziell im asiatischen Raum verbunden mit der Verhängung des Ölembargos gegen den Iran als Folge des umstrittenen Atomprogramms. Zuvor hatte bereits der „Arabische Frühling“ und die damit gerade in Libyen verbundene Unsicherheit den Preis von 61 (2009) auf 77 (2010) und 107 (2011) Dollar ansteigen lassen. In den Folgejahren zog die neue Schieferölfördertechnologie (Fracking) in den USA ein Überangebot an Öl auf dem Weltmarkt nach sich, das auch durch Förderbeschränkungen nicht begrenzt wurde. Ein rapider Preisverfall setzte ein, der im Jahr 2015 bei nur 49 Dollar je Barrel Öl seinen momentanen Endpunkt fand. [39]



Kraftstoffpreisanzeige an einer Tankstelle



* Datenquellen: Verbraucherpreisstatistik, Rohölpreis OPEC-Korb: MWV Mineralölwirtschaftsverband e. V.

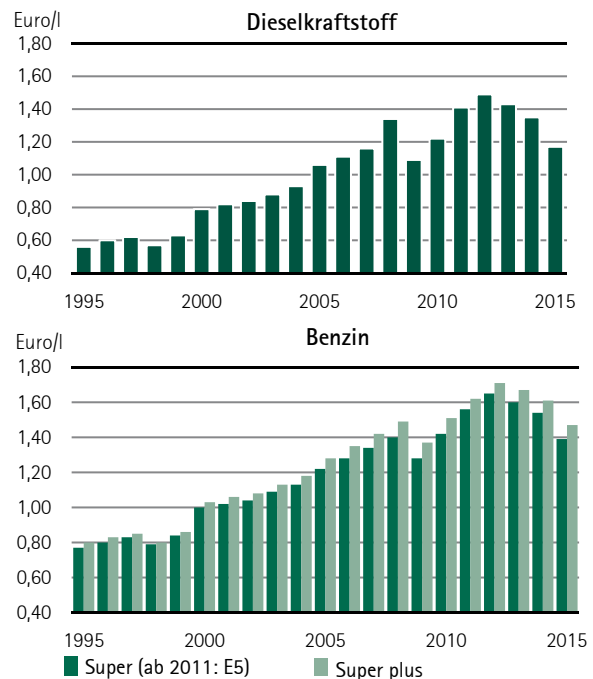
Die Höhe der Kraftstoffpreise definiert sich nicht nur über die Produktions-/Rohstoffkosten, sondern auch über Steuern und den Deckungsbeitrag. Dieser trägt zum Gewinn der Mineralölwirtschaftsunternehmen bei, umfasst jedoch nur einen kleineren Teil des Endpreises. Ein großer Nutznießer im Mineralölhandel bleibt der Staat. Er kassiert bei jeder Tankfüllung kräftig mittels Mineralöl- und Mehrwertsteuer mit. In den vergangenen 20 Jahren erhöhten sich beide Steuersätze mehrfach, was sich letztendlich auf die Kraftstoffpreise auswirkte.

Zum 1. April 1998 stieg zwar die Mehrwertsteuer von 15 auf 16 Prozent, die Kraftstoffpreise sanken jedoch im Vergleich zu 1997 um fast sechs Prozent, da 1998 mit nur zwölf Dollar pro Barrel Rohöl das billigste Öljahr im betrachteten Zeitverlauf war. Die weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer auf die immer noch gültigen 19 Prozent am 1. Januar 2007 ging mit Teuerungen am Rohölmarkt (ca. 13 Prozent) einher. Sächsische Verbraucher zahlten in der Gesamtbetrachtung des Jahres 2007 somit knapp fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Das Nachsehen hatten Kraftfahrer auch in Bezug auf die Ökologische Steuerreform, kurz Öko-Steuer genannt. In fünf Stufen änderten sich ab 1. April 1999 dann jährlich zum 1. Januar die Steuersätze. Für „Benzin“ war der Ausgangspunkt 50,1 Cent. Momentan behält der Staat 65,4 Cent je Liter als Steuer ein. Der für „Dieselkraftstoff“ generell niedrigere Steuerersatz, ein Ausgleich erfolgt hier über die Kfz-Steuer, erhöhte sich bis zum 1. Januar 2003 von 31,7 auf 47,0 Cent.

Gleichzeitig verdoppelte sich der Rohölpreis in diesem Zeitabschnitt, sodass sich „Kraftstoffe“ innerhalb dieser fünf Jahre um fast 40 Prozent verteuerten. Zahlte man 1998 noch 57 Cent für den Liter „Diesel“ waren es 2003 im Schnitt 88 Cent. Das entsprach einem Plus von rund 54 Prozent. Etwas moderater sah es bei „Super“ (38 Prozent) und „Super Plus“ (41 Prozent) aus. Wiesen die Zapfsäulen 1998 noch 79 bzw. 80 Cent aus, kostete der Liter für diese Sorten 2003 bereits mehr als einen Euro (1,09 bzw. 1,13 Euro).

Bündnis 90/Die Grünen forderten im Bundestagswahlkampf 1998: „5 DM für den Liter Benzin“! Davon blieben Autofahrer zum Glück selbst im Jahr 2012 verschont, als die Kraftstoffpreise mit 1,65 Euro für „Super“, 1,70 Euro für „Super plus“ und 1,49 Euro für „Diesel“ ihr bisheriges Hoch erreichten. Mittlerweile sanken sie wieder auf 1,39 Euro, 1,47 Euro bzw. 1,17 Euro (Stand: 2015).

Entwicklung der Preise für Dieseldieselkraftstoff und Benzin



Datenquelle: Verbraucherpreisstatistik

2002

Hochwasser im August 2002 – die „Jahrhundertflut“

Unwettertief „Ilse“ erreicht am 11. August 2002 Ost- und Südostdeutschland und sorgte in den folgenden Tagen für immense Regenmengen. Am Erzgebirgsnordrand stauten sich immer wieder die Regenwolken und lösten starken Dauerregen aus. Dadurch kam es örtlich zu noch nie aufgetretenen Wasserständen an Flüssen und Strömen. [40] Regenrekorde gab es öfter in den letzten Jahrzehnten. Im August 2002 werden jedoch neue Marken gesetzt: binnen 24 Stunden fallen in Zinnwald 312 Liter Wasser pro Quadratmeter, auf dem Fichtelberg regnete es am 12. August 2002 insgesamt 193 Liter, in Dresden 158, in Görlitz 174 Liter. Dies entsprach statistisch gesehen nach Einschätzung des Deutschen Wetterdienstes mindestens der Menge eines halben Jahres. Sachsen wurde von zwei Fluten heimgesucht – einer stürzenden und einer steigenden. Die Schäden der steigenden Flut waren groß, die stürzende verheerend. Die Kraft des Wassers lässt sich rechnerisch beschreiben: stürzen 50 Kubikmeter einen zehn Meter hohen Abhang hinunter, hat dies energetisch eine Kraft/Wirkung eines 20 Tonnen schweren Lastwagens, der mit 80 Stundenkilometern ein Haus rammt. [41]

Im Zusammenhang mit dem Baugeschehen stellte die Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 die erste wichtige Zäsur dar. Den Zeitraum von 1994 bis 1997 kann man als die „Boomjahre“ des sächsischen Baugewerbes bezeichnen. Im Rohbau war der Umsatz 1997 bereits leicht zurückgegangen, im Ausbaugewerbe wurde in diesem Jahr der Spitzenwert erwirtschaftet. Die stärksten Umsatzsteigerungen verbuchten in dieser Zeit der Wohnungsbau und der Wirtschaftsbau (Errichtung neuer Betriebs- und Bürogebäude).

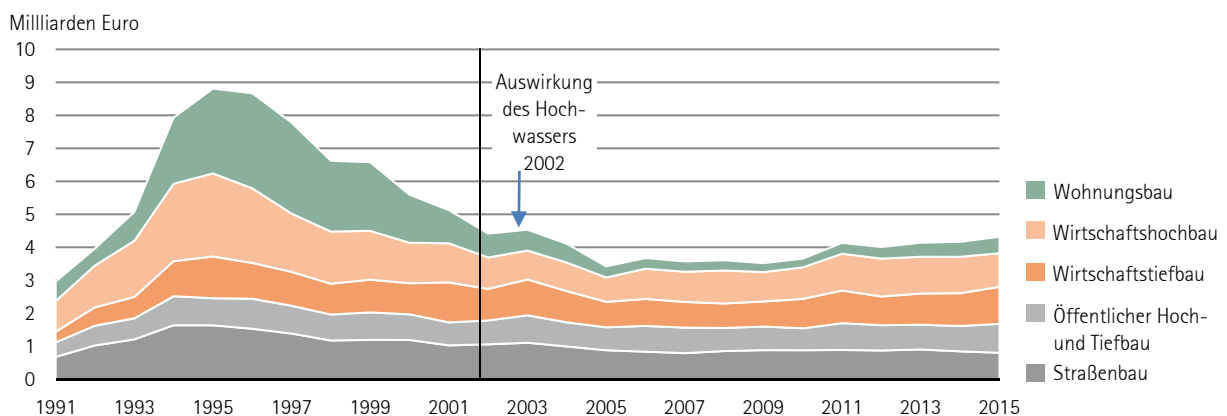
In den Folgejahren, bis in die Mitte der 2000er Jahre, ist der Umsatzrückgang im sächsischen Baugewerbe ein Zeichen des strukturellen Rückbaus. Die Überkapazitäten in der Bauwirtschaft der neuen Länder wurden zurückgefahren. Im Jahr 2003 lag der Umsatz im Bauhauptgewerbe entgegen dem mittelfristigen Trend über dem Vorjahreswert. Das war ganz wesentlich eine Folge des Hochwassers vom August 2002. Die Zerstörungen durch das Hochwasser machten sich beim Wiederaufbau bzw. bei der



Wegen Hochwassers gesperrte Zufahrt zum Diakonissenkrankenhaus Dresden über die Holzhofgasse am 15. August 2002

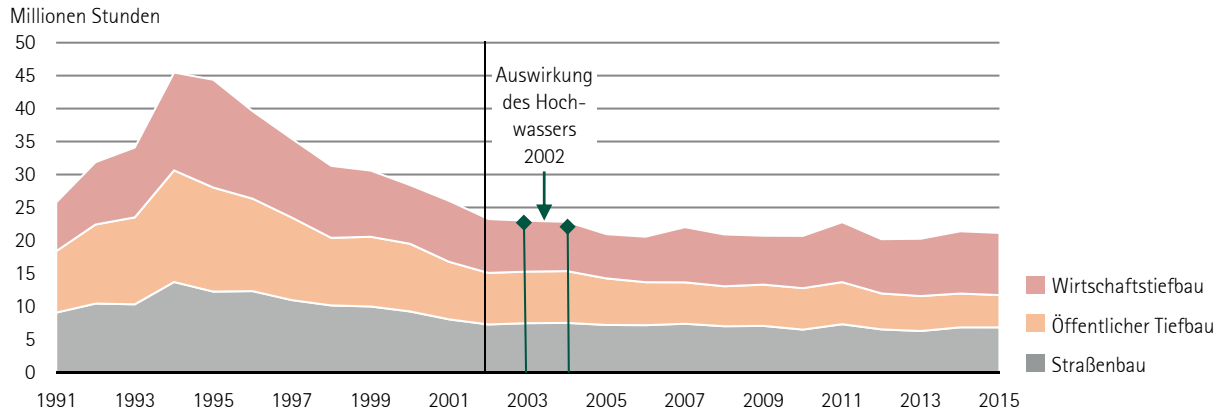
Reparatur besonders in den Bausparten Straßenbau und öffentlicher Tiefbau durch Umsatzsteigerungen bemerkbar. Aber auch im Wohnungsbau wurde der mittelfristige Umsatzrückgang zeitweilig unterbrochen.

Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Sachsen 1991 bis 2015 nach ausgewählten Bauarten



Berichtskreis: Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen
Datenquelle: Baugewerbestatistiken

Geleistete Arbeitsstunden im Tiefbau in Sachsen 1991 bis 2015 nach ausgewählten Bauarten

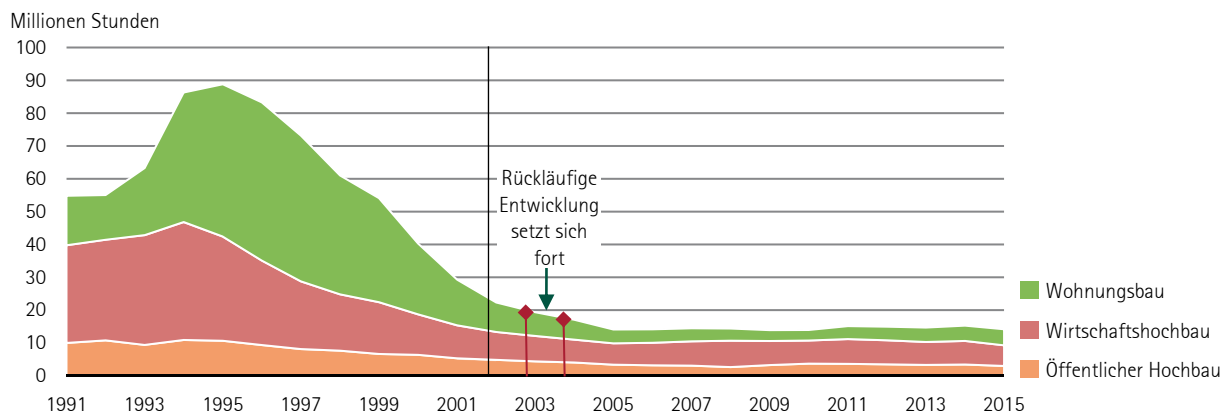


Berichtskreis: Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen
Datenquelle: Baugewerbestatistiken

Im Tiefbau wurden 2003 mehr Arbeitsstunden geleistet als im Vorjahr, besonders im Straßenbau und öffentlichen Tiefbau. Auch 2004 blieben die Stundenumfänge noch auf diesem Niveau. Erst 2005 setzte sich die längerfristige rückläufige Tendenz wieder deutlich durch. Im Hochbau dagegen sind Auswirkungen des Auguthochwassers

von 2002 zwar ebenfalls vorhanden gewesen, statistisch lassen sie sich jedoch nicht erkennen. Die langfristig wirkende, rückläufige Tendenz beim baugewerblichen Umsatz überlagert den kurzfristig infolge der Beseitigung von Hochwasserschäden aufgetretenen Umsatzanstieg.

Geleistete Arbeitsstunden im Hochbau in Sachsen 1991 bis 2015 nach ausgewählten Bauarten



Berichtskreis: Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen
Datenquelle: Baugewerbestatistiken



Morgenstimmung im überfluteten Rosengarten in Dresden am 16. August 2002

2003

Jahrhundertssommer folgt auf Jahrhundertflut: Hoch „Michaela“ bringt heißesten Sommer seit 102 Jahren

Die sog. „Hundstage“ zwischen 23. Juli und 23. August brachten 2003 europaweit eine extreme Hitzewelle. Während das Hochwasser im Vorjahr sich nur auf einzelne Gebiete besonders katastrophal auswirkte, hatten die Temperaturrekorde dieses Jahres großflächige Auswirkungen. Seit Beginn der Wetter- bzw. Temperaturaufzeichnungen wurden noch keine so heißen Temperaturen in Deutschland gemessen. [42] Meteorologisch handelte es sich um eine sogenannte Omega-Lage. Das üblicherweise über den Azoren im Westatlantik liegende Hochdruckgebiet hatte sich nach Osten auf den europäischen Kontinent verlagert. Damit konnte an seiner Westseite trocken-heiße Tropikluft aus dem Sahararum nach Norden strömen. In Europa war die Hitzewelle die zweitstärkste Naturkatastrophe der letzten 100 Jahre nach dem Erdbeben von Messina 1908. Die meteorologischen Messungen in Sachsen seit 1761 belegen, dass der Sommer 2003 ein extremes Ereignis war. Zu einer warmen und sonnenscheinreichen Witterung kam auch noch eine beträchtliche Niederschlagsarmut hinzu. [43]

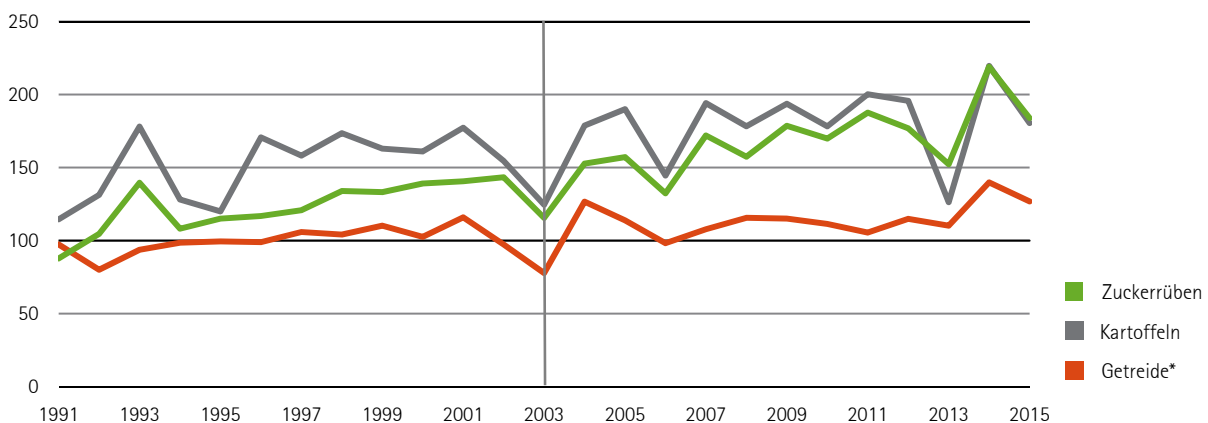
Während in früheren Jahrhunderten Dürren öfter zu katastrophalen Zuständen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln (Ernteaufschläge, Teuerung) oder Trinkwasser (Austrocknung von Brunnen) führten, waren 2003 zumindest Ernteaufschläge zu beobachten. Bei der Betrachtung der Auswirkungen des Hochs „Michaela“ auf die Landwirtschaft muss die Witterung in der gesamten Vegetationsperiode einbezogen werden. [44]

Ernteerträge bei Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben lagen 2003 in Sachsen deutlich unter dem jeweiligen langjährigen mittleren Niveau. Die meisten anderen Feldfrüchte, die im Sommer auf Feuchtigkeit zum Wachstum angewiesen sind, waren ebenso betroffen. Bei Getreide sanken die Erträge 2003 beträchtlich, da die Trockenheit besonders die Monate April bis Juni betraf. Dieser Zeitraum ist ein wichtiger Teil der Vegetationsperiode für Getreide, in der es „wachsen und gedeihen“ muss. Nach

einem etwas feuchteren und kühleren Juli folgte ein alle Rekorde brechender Dürremonat August. Das heißt, Getreide verdorrte auf den Feldern. Für ausgewählte Getreidearten sind die Erträge in der Abbildung rechts dargestellt. Bei Winterweizen erreichte der Ertrag in Sachsen noch 49,3 dt/ha, im Zehnjahresmittel 1996 bis 2005 waren es rund 67,5 dt/ha. Bei Roggen lag der Ertrag 2003 bei 37,4 dt/ha und damit auch sehr deutlich unter dem Zehnjahresmittel von 53,3 dt/ha. Deutschlandweit erzielten die Landwirte bei den durchschnittlichen Ernteerträgen außerordentlich niedrige Ernten, auch im Vergleich zum überschwemmungsgeprägten Vorjahr. Überdurchschnittlich waren insbes. Weizen, Gerste, Roggen und Körnermais betroffen. [45] Der Ausfall bei der Getreideernte wurde durch verstärkte Einfuhren ausgeglichen. 2003 wurde für 2,2 Milliarden Euro Weizen eingeführt, im Jahr davor war es für rund 500 Millionen Euro und im Jahr danach für

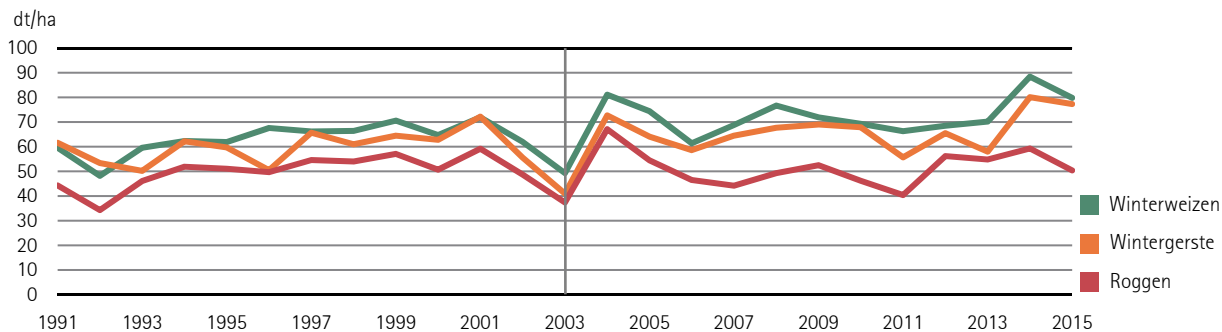
Ernteerträge ausgewählter Feldfrüchte in Sachsen 1991 bis 2015

1990 = 100

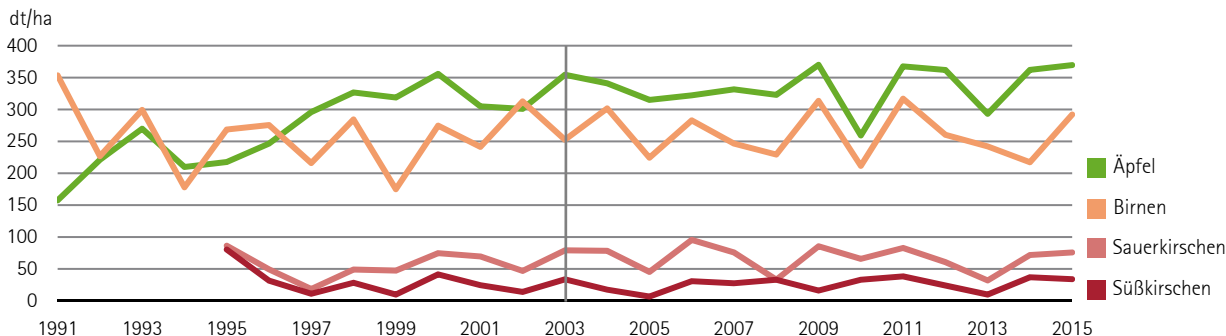


* einschließlich Körnermais und Corn-Cob-Mix (CCM), ein meist in der Schweinemast eingesetztes Futter aus Teilen der Maiskolben
Datenquelle: Agrarstatistiken

Erträge bei ausgewählten Wintergetreidearten in Sachsen 1991 bis 2015



Erträge bei ausgewählten Obstarten in Sachsen 1991 bis 2015



Datenquelle: Agrarstatistiken

reichlich eine Milliarde Euro. Gerste wurde 2003 für einen Betrag von 2,3 Milliarden Euro eingeführt, 2002 war es für gut 700 Millionen Euro und 2004 für 1,8 Milliarden Euro. Bei Roggen spielt der Außenhandel in diesen Jahren keine Rolle.

Die Ernteerträge bei ausgewählten Obstarten machen deutlich, dass sich Hitze und Dürre nicht bei allen Obstarten gleichermaßen auswirken müssen. Bei Kirschen z. B. wirkte sich die Trockenheit nicht ertragsmindernd aus, weil die Ernte bereits im Juni beginnt. Damit lag ein größerer Teil der Trockenphasen des Jahres 2003 im Zeitraum nach der Ernte.

Der Vergleich der Erträge bei Äpfeln und Birnen zeigt, dass neben dem Wasserangebot auch weitere Faktoren eine Rolle spielen. Bei Birnen wirkte sich die Trockenheit ertragsmindernd aus, bei Äpfeln dagegen nicht. Die gute Apfelernte 2003 war auf eine entsprechende Fruchtent-

wicklung im Sommer zurückzuführen, was wiederum durch die Befruchtung der Blüten im Frühjahr möglich wurde. Für die Einfuhr einzelner Obstarten aus dem Ausland stehen keine Angaben zur Verfügung. Frischobst (ausgenommen Südfrüchte) insgesamt wurde 2003 jedoch im Wert von 48,3 Milliarden Euro nach Sachsen eingeführt. Im Jahr davor lag der Betrag bei 42,7 Milliarden Euro und im Jahr danach bei 40,0 Milliarden Euro. Es wird also deutlich, dass im Dürrejahr 2003 mehr Frischobst importiert wurde, als in den Jahren davor und danach. Die Abweichung lag bei plus 13 bis 20 Prozent. Bei Frischgemüse (Gemüse und sonstige Küchengewächse, frisch) zeigte sich eine ähnliche Entwicklung. 2003 wurden hier für 67,6 Milliarden Euro Waren eingeführt, im Jahr davor für 58,3 Milliarden Euro und im Jahr danach für 53,1 Milliarden Euro. Hier lag die Abweichung bei 16 bis 27 Prozent.



Erntegeschehen



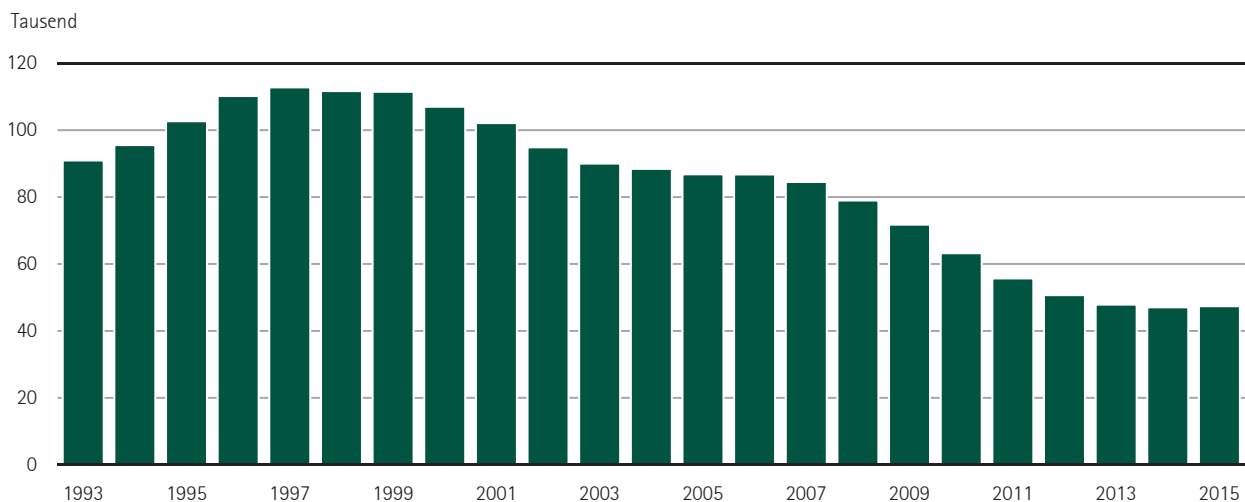
Feld

2004

Ausbildungspakt – „Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“

Dem Beschluss von Bundesregierung und Spitzenverbänden der Wirtschaft am 16. Juni 2004 ging die Verabschiedung eines Gesetzes über eine Ausbildungsplatzabgabe durch den Bundestag am 7. April 2004 und die Ablehnung dieses Gesetzes im Bundesrat am 12. Juni 2004 voraus. Das gemeinsame Ziel von Regierung und Wirtschaft war es, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten. [46] Die ausbildenden Betriebe trugen die Sach- und Personalkosten der Ausbildung, die Bundesagentur für Arbeit gewährte einen Zuschuss zum Unterhalt der Jugendlichen. Der Ausbildungspakt wurde im Februar 2005 mit der Kultusministerkonferenz ins Leben gerufen, galt zunächst bis Ende 2006 und wurde bis 2014 mehrmals verlängert. Im Anschluss schlossen Bund, Länder, Industrie und Gewerkschaften am 12. Dezember 2014 die Allianz für Aus- und Weiterbildung. Maßnahmen zum Abbau von Engpässen im Fachkräftebereich, der Verbesserung der Qualität und Attraktivität der beruflichen Ausbildung und Integration von Flüchtlingen durch Ausbildung und Arbeit wurden ergriffen. [47]

Auszubildende in der dualen Ausbildung in Sachsen 1993 bis 2015



Datenquelle: Berufsbildungsstatistik

Die duale Ausbildung an Berufsschulen stellt nach wie vor mit fast 50 Prozent aller Schüler an berufsbildenden Schulen den quantitativ bedeutsamsten Bereich dar. Das Schulberufssystem mit dem Ausbildungsschwerpunkt Ge-

sundheits- und Sozialberufe an Berufsfachschulen steht mit 28 Prozent aller Schüler an zweiter Stelle. Am 31. Dezember 2015 befanden sich rund 47 400 Auszubildende im dualen System. Davon haben 18 300 Jugendliche ih-

Eckdaten der dualen Ausbildung in Sachsen 1993, 2004 und 2012 bis 2015

Merkmal	1993	2004	2012	2013	2014	2015
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	30 665	31 455	18 516	17 846	18 227	18 322
Auszubildende	90 935	88 416	50 695	47 871	47 064	47 403
männlich	57 295	55 304	31 767	30 287	30 125	30 498
weiblich	33 640	33 112	18 928	17 584	16 939	16 905
Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge	4 927	6 793	6 140	5 767	5 365	5 246
Teilnahmen an Abschlussprüfungen (ohne Externe)	33 659	36 476	20 926	17 700	16 276	15 187
darunter bestandene Abschlussprüfungen	27 719	29 944	17 980	15 382	14 197	13 240
Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen	9 923	6 982	6 472	6 799	6 105	5 732

Datenquelle: Berufsbildungsstatistik

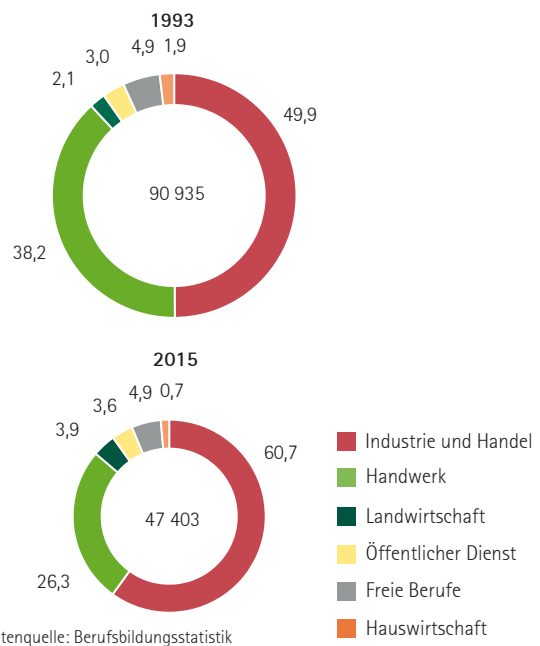
ren Ausbildungsvertrag im Jahr 2015 neu abgeschlossen. Mehr als 13 200 Auszubildende haben 2015 ihre Prüfung erfolgreich absolviert. Gegenüber dem Jahr 1993 ging die Zahl der Auszubildenden um 43 532 bzw. fast 48 Prozent, die der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 12 343 bzw. etwas über 40 Prozent und die der bestanden Abschlussprüfungen um 14 479 bzw. 52 Prozent zurück.

Frauen sind in der dualen Ausbildung unterrepräsentiert, da sie häufiger Dienstleistungsberufe wie z. B. Staatlich anerkannte Erzieherin oder Altenpflegerin wählen, die im Schulberufssystem ausgebildet werden. Der Anteil von Frauen in der dualen Berufsausbildung ging von 37 Prozent im Jahr 1993 auf 36 Prozent im Jahr 2015 leicht zurück.

Vom Rückgang der Zahl der Auszubildenden waren die einzelnen Ausbildungsbereiche unterschiedlich betroffen. Im Ausbildungsbereich Hauswirtschaft hat sich die Zahl der Auszubildenden seit 1993 um fast 82 Prozent verringert, während im Bereich Landwirtschaft lediglich ein Rückgang von etwas unter 5 Prozent zu verzeichnen war. In den zahlenmäßig stärksten Bereichen Industrie und Handel sowie Handwerk verringerte sich die Zahl der Auszubildenden um ein bzw. zwei Drittel.

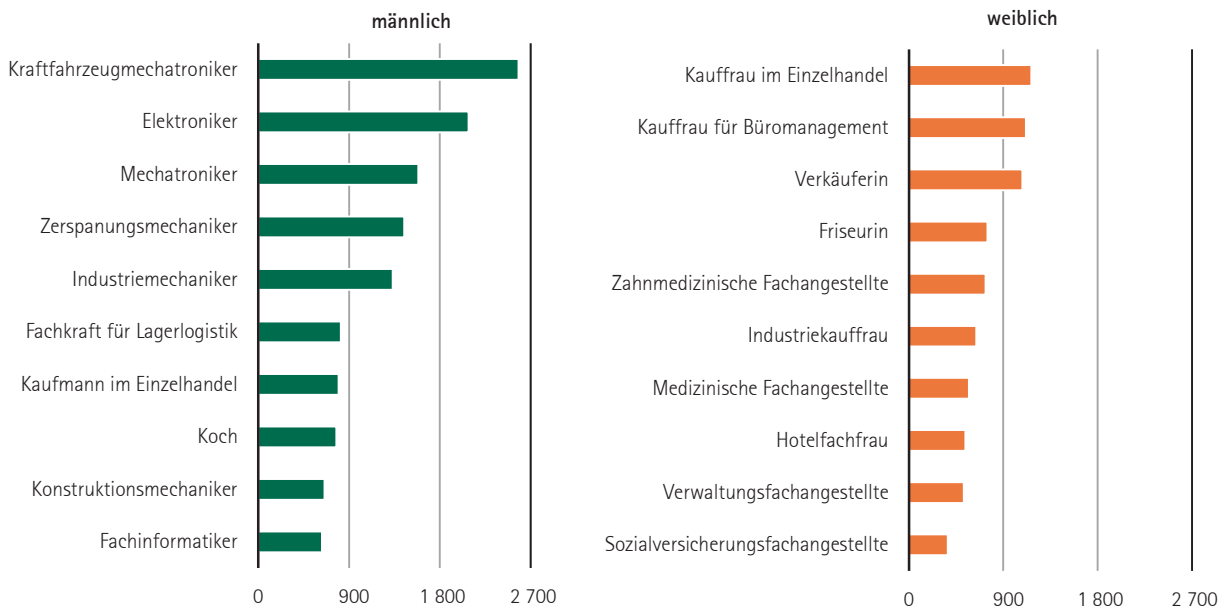
Den Auszubildenden stehen über 300 anerkannte Ausbildungsberufe zur Auswahl. Favorit unter den Ausbildungsberufen war 2015 der Kraftfahrzeugmechatiker. Von den 47 403 Auszubildenden im Jahr 2015 entschieden sich 2 713 Jugendliche und somit fast 6 Prozent aller Auszubildenden für diesen Ausbildungsberuf. Die TOP 10 der am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe fallen bei Frauen und Männern sehr unterschiedlich aus. Während bei den

Auszubildende in Sachsen 1993 und 2015 nach Ausbildungsbereichen (in Prozent)



Frauen die Berufe Kauffrau im Einzelhandel, Bürokauffrau und Verkäuferin dominierten, waren es bei den Männern die Berufe Kraftfahrzeugmechatiker, Elektroniker und Mechatroniker. Etwas über 44 Prozent der weiblichen Auszubildenden konzentrierten sich auf einen Beruf aus der Liste der TOP 10. Bei den männlichen Auszubildenden traf dies auf 42 Prozent zu.

Auszubildende in den 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen in Sachsen 2015 nach Geschlecht



2005

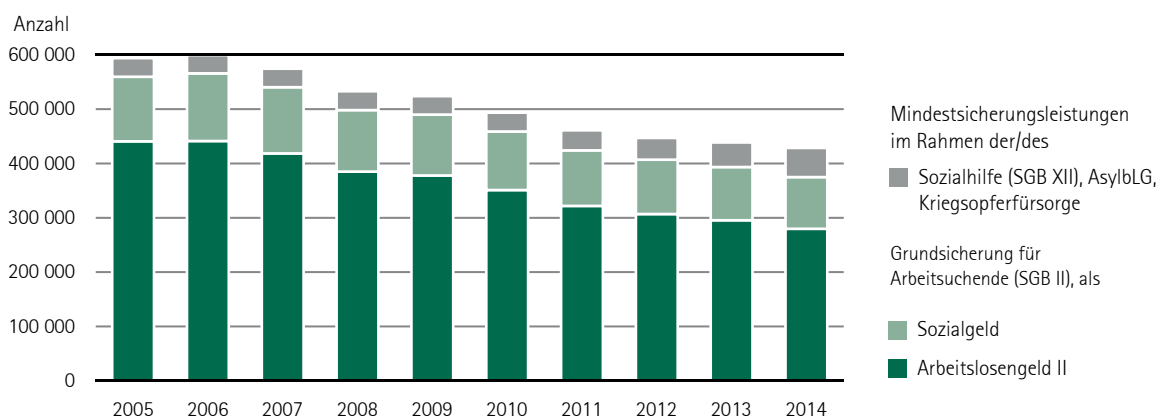
Hartz IV - Der vierte Teil der Arbeitsmarktreform tritt zu Jahresbeginn in Kraft

Am 1. Januar 2005 trat das SGB II (Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende) im Ergebnis des 4. Teiles der Arbeitsmarktreform in Kraft. Das Konzept wurde von einer durch die Bundesregierung eingesetzten Kommission unter Leitung von Peter Hartz erarbeitet. Ziel war, die Eigenverantwortung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zu stärken und Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nur dann zu erbringen, wenn die Hilfebedürftigkeit nicht anderweitig, vor allem durch Eingliederung in den Arbeitsmarkt, beseitigt werden kann. Dazu wurden die Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbstätige zu einer Grundsicherung für Arbeitsuchende zusammengeführt. [48] Mit der sog. „Hartz IV-Reform“ hat sich das gesamte Sozialleistungssystem in Deutschland grundlegend verändert. Leistungen nach dem SGB II sind seitdem die wichtigsten den Lebensunterhalt sichernden Sozialleistungen in Deutschland.

Am Jahresende 2005 lebten 559 693 Menschen in Sachsen in 328 745 Bedarfsgemeinschaften mit Bezug von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Leistungen). Am Jahresende 2006 war ihre Anzahl bis auf 565 924 Personen angestiegen. Nach einem stetigen Rückgang um insgesamt 33,7 Prozent wurden im Dezember 2014 nur noch 375 064 Personen in 221 424 Bedarfsgemeinschaften nachgewiesen. 279 906 der Leistungsberechtigten waren erwerbsfähige Personen im Alter von 15 Jahren bis zur Regelaltersgrenze (2014: 65 Jahre und 3 Monate). Sie bezogen diese Unterstützungsleistung ergänzend oder als alleiniges Einkommen in Form von Arbeitslosengeld II (ALG II). Nicht erwerbsfähige Mitglieder der Bedarfsgemeinschaften erhalten diese Leistung als Sozialgeld. 91 767 (96,4 Prozent) davon waren unter 15-Jährige. Damit machten Kinder fast ein Viertel der insgesamt vom SGB II betroffenen Personen aus. Leistungen nach dem SGB II sind die am häufigsten gewährte Mindestsicherungsleistung. Diese sichern den grundlegenden Lebensunterhalt von Personen, die durch eigenes Einkommen und Vermögen, das ihrer nächsten

Angehörigen sowie durch andere Sozialleistungen dazu nicht in der Lage sind. Die als Mindestsicherung zusammengefassten Leistungen haben verschiedene gesetzliche Grundlagen, die die jeweiligen Leistungsberechtigten und weitere Anspruchsvoraussetzungen definieren. Sie unterscheiden sich vor allem durch ihren Empfängerkreis. Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) erhalten Erwerbsfähige bzw. mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft Lebende. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) setzt das Erreichen der Regelaltersgrenze oder eine anerkannte volle Erwerbsminderung nach § 43 SGB VI voraus. Ohne diese Anerkennung haben nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die auch nicht mit Erwerbsfähigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, Anrecht auf Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII. Ausländer mit einer Aufenthaltsgestattung aufgrund eines laufenden Asylverfahrens bzw. schon abgelehnte Asylbewerber, die sich aus unterschiedlichen Gründen (meist geduldet) noch tatsächlich im Bundesgebiet aufhalten, beziehen zur Deckung ihres Lebensunterhaltes Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung in Sachsen im Dezember 2005 bis 2014



Datenquelle SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Daten vor Revision 04/2016

(AsylbLG). Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebene, aber auch andere Personen mit einem sozialen Entschädigungsrecht (z. B. Soldaten, Zivildienstleistende, Impfgeschädigte, in der DDR politisch Verfolgte) haben einen Anspruch auf Leistungen der Kriegsopferfürsorge.

Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung in Sachsen im Dezember 2014 nach Leistungsarten

Leistungsart	Anzahl	Anteil in Prozent
Leistungen nach dem SGB II ¹⁾ (Grundsicherung für Arbeitsuchende; "Hartz IV")		
Arbeitslosengeld II ²⁾	375 064	87,5
Sozialgeld ²⁾	279 906	65,3
Sozialgeld ²⁾	95 158	22,2
Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB XII (Sozialhilfe) ³⁾		
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)	36 468	8,5
außerhalb von Einrichtungen (3. Kapitel SGB XII)	30 282	7,1
6 186	1,4	
Regelleistungen nach dem AsylbLG (Asylbewerberleistungsgesetz)		
Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge	16 549	3,9
630	0,1	
Insgesamt	428 711	100

1) Personen in Bedarfsgemeinschaften

2) Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige, Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Hilfebedürftig

3) Empfänger mit sächsischem Leistungsträger am 31. Dezember

Datenquelle SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Daten vor Revision 04/2016

Der Bezug von Mindestsicherungsleistungen ist sowohl in den einzelnen Altersgruppen als auch regional sehr unterschiedlich ausgeprägt, was sich durch bevölkerungsbezogene Quoten gut verdeutlichen lässt. Bei einer Gesamtquote von 10,6 Empfängern je 100 Einwohner in Sachsen am Jahresende 2014 reichte die Quote von 8,6 im Erzgebirgskreis bis 14,3 in der Stadt Leipzig. Fast drei Viertel der Mindestsicherungsempfänger befanden sich im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (dem sogenannten erwerbsfähigen Alter) – ihre bevölkerungsbezogene Quote lag mit 12,6 je 100 Einwohner nur wenig höher als die Gesamtquote. Viel

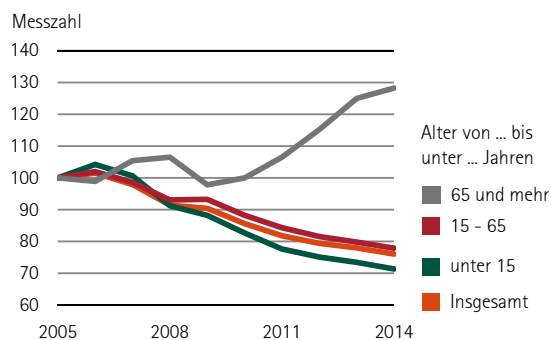
Mindestsicherungsempfänger und -quoten in Sachsen im Dezember 2014 und 2005 nach Altersgruppen

Leistungsart	Insgesamt	Alter (von ... bis unter ... Jahren)		
		unter 15	15 - 65	65 und mehr
SGB II	375 064	91 767	282 759	538
SGB XII	36 468	1 158	24 014	11 296
AsylbLG	16 549	3 760	12 715	74
Kriegsopferfürsorge*	630	.	.	.
Insgesamt	428 711	96 685	319 488	11 908
je 100 Einwohner	10,6	19,2	12,6	1,2
Empfänger 2005	593 971	117 111	465 834	8 752
je 100 Einwohner	13,9	26,8	16,2	0,9

* keine Erfassung nach Alter

Datenquelle SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Daten vor Revision 04/2016

Mindestsicherungsquoten einzelner Altersgruppen in Sachsen im Vergleich zu 2005

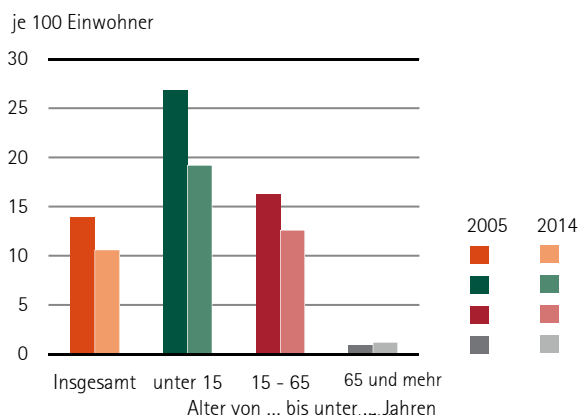


Datenquelle SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Daten vor Revision 04/2016

öfter von Mindestsicherung betroffen sind Kinder – mit 19,2 von 100 unter 15-Jährigen war das zum Jahresende 2014 fast jedes fünfte Kind. Ältere Menschen mussten dagegen sehr selten auf entsprechende Leistungen zurückgreifen (fast ausschließlich Grundsicherung im Alter) – am Jahresende 2014 bezogen etwa 12 000 ab 65-Jährige Mindestsicherungsleistungen – das waren nur 1,2 von 100 Einwohnern dieses Alters.

Ältere Menschen können zwar derzeit im Vergleich zu jüngeren viel häufiger ihren Lebensunterhalt ohne Mindestsicherungsleistungen bestreiten, dennoch ist seit Neuordnung des Sozialleistungssystems 2005 der Anteil der Leistungsbezieher in dieser Bevölkerungsgruppe bis 2014 auf das 1,3-fache angestiegen. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und Kinder waren im gleichen Zeitraum in Sachsen immer seltener auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen. Seit 2006, dem Jahr mit der höchsten Mindestsicherungsquote, ist diese für die Gesamtbevölkerung Sachsens auf dreiviertel ihres damaligen Wertes gesunken.

Mindestsicherungsquoten in Sachsen 2005 und 2014 nach Altersgruppen



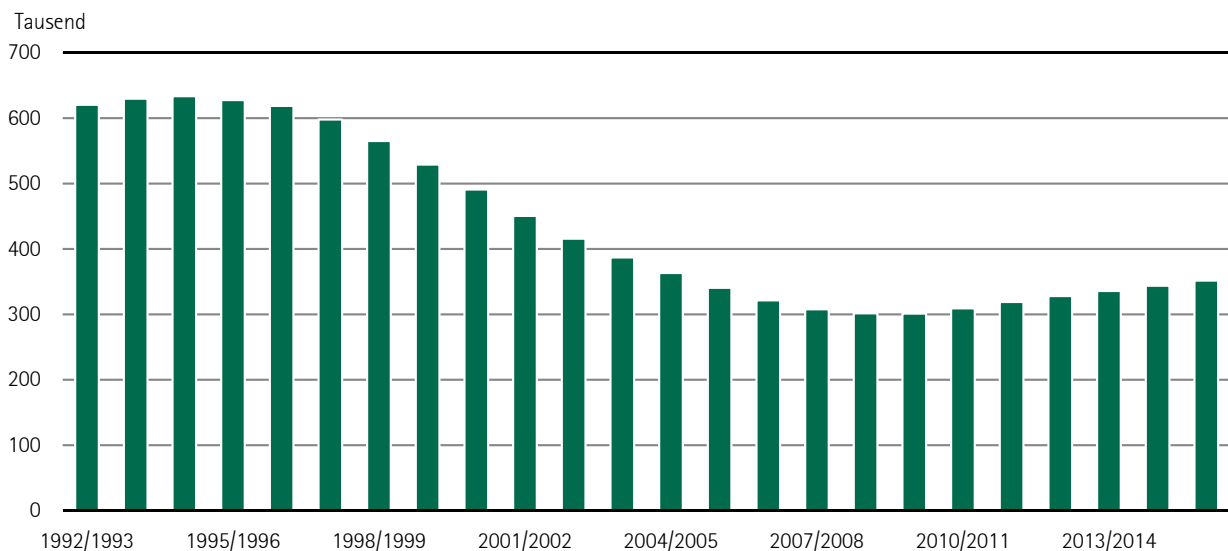
Datenquelle SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Daten vor Revision 04/2016

2006

Neue Rechtschreibung gilt ab 1. August 2006 verbindlich für alle Schulen in der Bundesrepublik Deutschland

Bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts gab es Anweisungen zur Orthografie in Schulen. Ab 1. Januar 1903 galt für die Behörden, ab 1. April 1903 an den Schulen die Orthografie nach Konrad Duden. Der „Duden“ wurde regelmäßig weiterentwickelt, was nach dem 2. Weltkrieg zu einem „Ost-“ und einem „Westduden“ führte. In den 1980er Jahren erfolgte die Koordinierung der Arbeit an der deutschen Orthografie der einzelnen deutschsprachigen Länder durch die Gründung eines internationalen Arbeitskreises. Dieser leitete 1994 einen Vorschlag zur Neuregelung der Orthografie der deutschen Sprache an die politischen Entscheidungsinstanzen weiter. Die Kultusministerkonferenz beschloss für Deutschland die Einführung der neuen Rechtschreibung ab dem 1. August 1998. In der Folgezeit kam es zu massiver Kritik an der Reform und zur Umkehr einzelner Bundesländer und Verlage zur früheren Rechtschreibung. Am 2. März 2006 wurde einer reformierten Rechtschreibreform zugestimmt und am 1. August 2006 verbindlich in den Schulen eingeführt. [49]

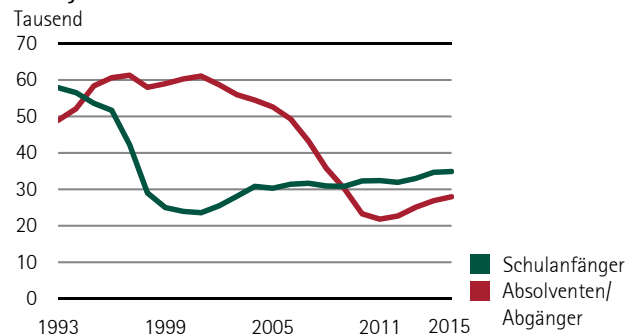
Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Sachsen in den Schuljahren 1992/1993 bis 2015/2016



Datenquelle: Sächsische Schulstatistik

In Sachsen wurde im Schuljahr 2015/16 an 1 483 allgemeinbildenden Schulen unterrichtet. Die Gesamtschülerzahl hatte sich nach einem Rückgang bis zum Schuljahr 2009/10 wieder erhöht und betrug 351 700 im Schuljahr 2015/16. Gegenüber 1992 ging damit die Schülerzahl um 268 800 bzw. etwas über 43 Prozent zurück. 34 903 Kinder wurden 2015 neu eingeschult. Gegenüber 1993 hat sich die Zahl der Schulanfänger um 23 013 bzw. fast 40 Prozent verringert. Die wenigsten Einschulungen wurden im Jahr 2001 mit 23 587 erfasst. Seitdem steigt die Anzahl wieder. Der überwiegende Teil der schulpflichtigen Kinder begann im Schuljahr 2015/16 seine Schullaufbahn an einer Grundschule, knapp 4 Prozent an einer der allgemeinbildenden Förderschulen und 0,6 Prozent an einer Freien Waldorfschule.

Absolventen/Abgänger und Schulanfänger in Sachsen in den Schuljahren 1993 bis 2015



Datenquelle: Sächsische Schulstatistik

Absolventen/Abgänger in Sachsen nach Abschlussarten in ausgewählten Schuljahren

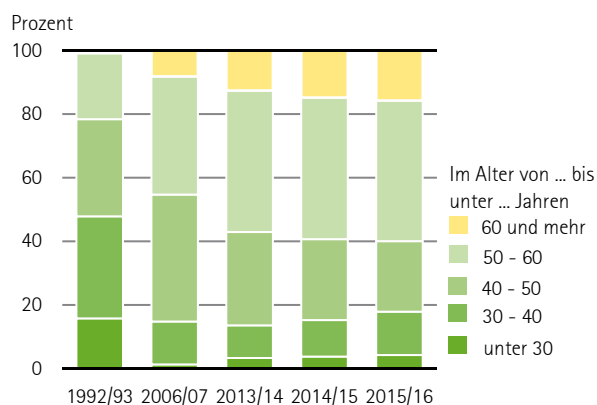
Jahr	Gesamt	Abschlussart							
		ohne Haupt- schulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		allgemeine Hochschulreife	
		absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
1993	48 967	6 139	12,5	4 427	9,0	27 590	56,3	10 811	22,1
1994	52 128	5 370	10,3	6 042	11,6	29 787	57,1	10 929	21,0
1995	58 381	6 286	10,8	6 897	11,8	30 293	51,9	14 905	25,5
2006	49 330	4 316	8,7	5 506	11,2	25 715	52,1	13 793	28,0
2007	43 268	3 744	8,7	4 239	9,8	21 788	50,4	13 497	31,2
2008	35 771	3 134	8,8	3 078	8,6	15 977	44,7	13 582	38,0
2009	30 259	2 690	8,9	2 547	8,4	13 274	43,9	11 748	38,8
2010	23 310	2 341	10,0	2 248	9,6	11 805	50,6	6 916	29,7
2011	21 816	2 259	10,4	2 340	10,7	10 847	49,7	6 370	29,2
2012	22 679	2 288	10,1	2 347	10,3	11 585	51,1	6 459	28,5
2013	25 106	2 599	10,4	2 543	10,1	12 885	51,3	7 079	28,2
2014	26 887	2 348	8,7	2 676	10,0	13 954	51,9	7 909	29,4
2015	27 972	2 354	8,4	2 424	8,7	14 131	50,5	9 063	32,4

Datenquelle: Sächsische Schulstatistik

Schülerinnen und Schüler mit über das normale Maß hinausgehenden Schwierigkeiten können durch zielgerichtete pädagogische und therapeutische Maßnahmen zeitweilig für zwei Jahre überwiegend in Klassenstufe 3 in den dafür eingerichteten Lese- und Rechtschreibklassen (LRS-Klassen) gefördert werden. Im Schuljahr 2015/16 besuchten 2 343 Schüler LRS-Klassen an sächsischen Grundschulen, wobei zwei Drittel Jungen waren. In den letzten 15 Jahren lag der Anteil der Schüler in LRS-Klassen an allen Grundschulern bei rund 2 Prozent.

27 972 Schulentlassene verließen im Jahr 2015 die allgemeinbildenden Schulen im Freistaat Sachsen. Das waren 1 085 mehr als im Vorjahr, aber 20 995 bzw. fast 43 Prozent weniger als im Jahr 1993. Von 1998 bis 2008 überstieg die Zahl der Schulentlassenen die der Schulanfänger. 2009 gab es erstmals wieder mehr Abc-Schützen als Schulabgänger. In den letzten Jahren veränderte sich nicht nur die Anzahl der Absolventen und Abgänger, sondern auch

Voll- bzw. teilzeitbeschäftigte Lehrpersonen Sachsens nach Altersgruppen



Datenquelle: Sächsische Schulstatistik

die Struktur bezüglich der erreichten Abschlüsse. Am Ende des Schuljahres 2014/15 verließ etwas mehr als die Hälfte (51 Prozent bzw. 14 131) aller Absolventen und Abgänger die Schule mit einem Realschulabschluss. 32 Prozent bzw. 9 063 erhielten die allgemeine Hochschulreife, 9 Prozent schlossen die allgemeinbildende Schule mit einem Hauptschulabschluss (2 424) ab und 8 Prozent gingen ohne Hauptschulabschluss von der Schule.

28 754 Lehrpersonen waren an den allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2015/16 voll- bzw. teilzeitbeschäftigt. Das waren 30 Prozent weniger als im Schuljahr 1992/93 (41 182). Vom Lehrerrückgang in den letzten Schuljahren waren fast alle Schularten betroffen, am stärksten die Mittel-/Oberschulen mit einem Rückgang um 43 Prozent. Knapp 62 Prozent der Lehrer an allgemeinbildenden Schulen waren im Schuljahr 2015/16 vollzeitbeschäftigt.

Im Schuljahr 2015/16 betrug das Durchschnittsalter der Lehrpersonen an den allgemeinbildenden Schulen in Sachsen 49,7 Jahre. Mehr als ein Drittel (36 Prozent) aller Lehrer im Schuljahr 2015/16 war 55 Jahre und älter. Auf eine Lehrperson an allgemeinbildenden Schulen entfielen im Schuljahr 2014/15 rechnerisch 13,2 Schüler. Damit lag Sachsen knapp unter dem Bundesdurchschnitt und an 10. Stelle im Vergleich aller Bundesländer (Platz 1 Schleswig-Holstein 14,8). [50]

Schüler-Lehrer-Relation 2014/15

Schulart/ Bildungsbereich	Sachsen	Deutschland
Grundschulen	16,6	16,3
Mittel-/Oberschulen	12,7	x
Gymnasien		
Sekundarbereich I	14,5	15,0
Sekundarbereich II	11,2	12,3
Insgesamt	13,2	13,5

Datenquelle: Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 209 - Dezember 2015

2007

Orkantief „Kyrill“ rast im Januar über Europa und hinterlässt auch in Sachsen schwere Schäden

Er galt als schwerster Orkan seit Jahrzehnten. Das Orkantief „Kyrill“ entwickelte sich am 16. Januar 2007 vor der nordamerikanischen Ostküste. Durch den Jetstream, eine von West nach Ost verlaufende globale Höhenströmung, verlagerte sich das Tief sehr schnell nach Europa, wobei es sich weiter verstärkte. Am Morgen des 18. Januar wuchs das Tief „Kyrill“ über Großbritannien zum Sturmwirbel heran. Der gewaltige Luftdruckunterschied zwischen dem Kern des Tiefs und den das Tief umgebenden Luftmassen führten zur Ausbildung eines Orkanfeldes. [51] Ab 14 Uhr gab es in Sachsen die ersten orkanartigen Böen im Tiefland. Gegen Abend wurden im Bergland Orkanböen von 140 bis 180 km/h gemessen, in den Gipfellen des Erzgebirges sogar noch darüber (Fichtelberg 184 km/h). Neben Starkregen und Hagel gab es auch Tornados. Am Abend des 18. Januar stellte die Bundesbahn den gesamten Zugverkehr in Deutschland ein. [52]

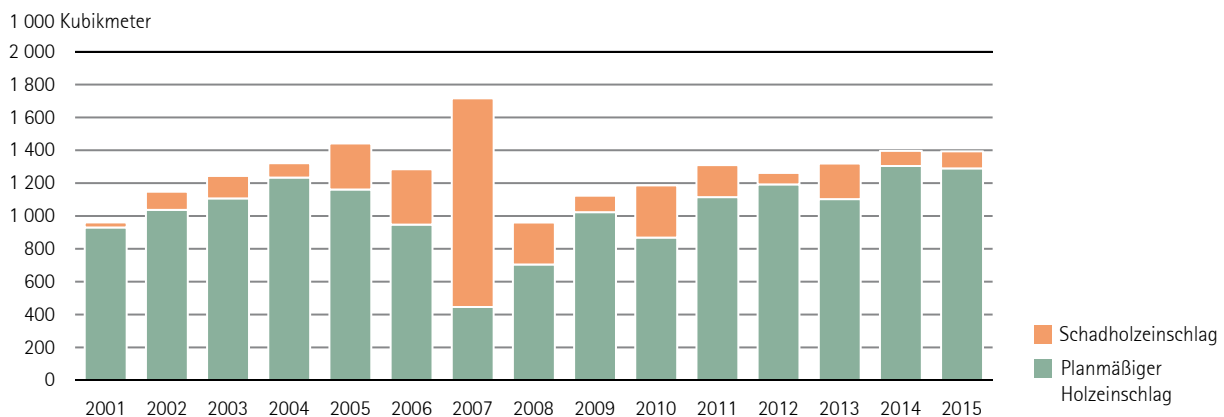
Die extrem starken Stürme führten zu Zerstörungen aller Art, umgestürzte und abgebrochene Bäume, abgedeckte Dächer, zerstörte Häuser und Oberleitungen. Dort, wo es stark geregnet hatte, führte Hochwasser zu weiteren Zerstörungen. Aber auch, wo es relativ trocken geblieben war, wie im Westerzgebirge, gab es beträchtliche Sturmschäden. Am stärksten waren die Sturmschäden dort, wo der Boden auch noch durch den Regen stark aufgeweicht war. [53] Die Sturmschäden in den Wäldern hatten Einfluss auf den Holzeinschlag in Sachsen. 2007 wurde mit 1,7 Millionen Kubikmetern der höchste Holzeinschlag in Sachsen registriert. Darunter waren allein knapp 1,3 Millionen Kubikmeter Schadholzeinschlag und lediglich knapp 450 Millionen Kubikmeter planmäßiger Holzeinschlag. Die Kapazitäten an Personal und Forsttechnik mussten vorrangig auf die Beseitigung des Windbruches konzentriert werden. Zum einen stellten die umgestürzten Bäume Hindernisse dar bzw. bestand an vielen Stellen die Gefahr herabstürzender Baumteile, zum anderen drohte die Gefahr des Befalls mit Borkenkäfern.



Sturmschäden am 20. Januar 2007

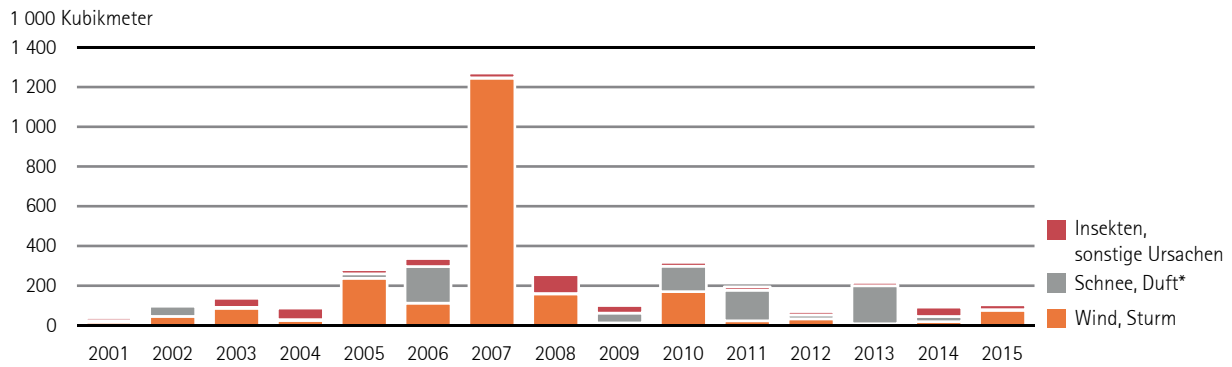
Im Jahr 2008 war der Holzeinschlag insgesamt mit lediglich 960 Millionen Kubikmetern sehr niedrig, der Anteil des Schadholzes war mit reichlich einem Viertel aber noch relativ hoch.

Holzeinschlag in Sachsen 2001 bis 2015



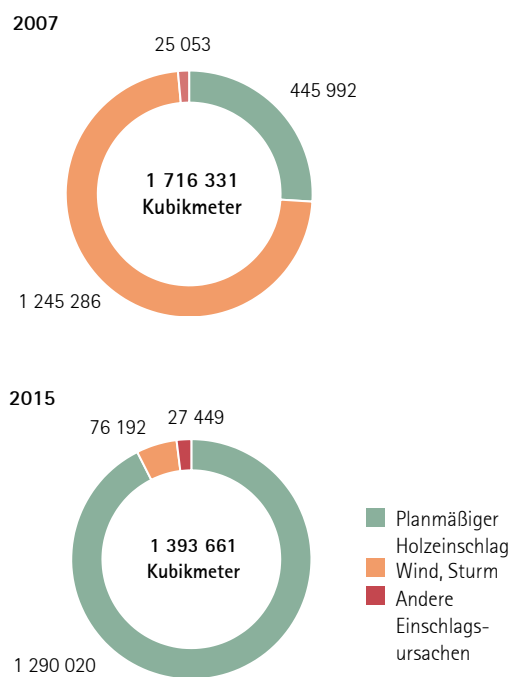
Datenquelle: Agrarstatistiken

Schadholzeinschlag in Sachsen 2001 bis 2015 nach Schadensursachen



* Unter der Einschlagsursache „Duft“ versteht man die auf Bäumen niedergeschlagene Feuchtigkeit in Windrichtung.
 Datenquelle: Agrarstatistiken

Holzeinschlag in Sachsen 2007 und 2015 (in Kubikmetern)



Datenquelle: Agrarstatistiken

Dass sich im Windbruch offensichtlich Insekten, in erster Linie Borkenkäfer, ausgebreitet haben mussten, zeigt die Abbildung oben. 2008 entfielen knapp zwei Drittel des Schadholzeinschlages auf Wind und Sturm und reichlich ein Drittel auf Insekten. Mit rund 95 000 Kubikmetern war der Schadholzeinschlag infolge Insektenbefalls 2008 im Untersuchungszeitraum auch am höchsten.

Nimmt man das letzte Jahr (2015) als ein durchschnittliches Holzeinschlagsjahr, dann zeigen die Kreisdiagramme die Abweichungen in der Struktur des Holzeinschlages für das Jahr 2007. Während im Allgemeinen die Menge des planmäßig eingeschlagenen Holzes dominiert, entfiel auf das Schadholz aus dem Windbruch 2007 der weitaus größte Teil.

Nachdem sich der Holzeinschlag in den Jahren nach 2008 wieder langsam erhöht hat, lässt sich am aktuellen Rand beobachten, dass sich die Menge des eingeschlagenen Holzes für Sachsen auf einem vergleichsweise hohen Niveau stabilisiert hat.

Das in Sachsen geschlagene Holz wird für unterschiedliche Zwecke verwendet, hauptsächlich für die industrielle Weiterverarbeitung, als Bauholz und Brennholz sowie für den Export (Schnittholz, Rundholz). Zur Weiterverarbeitung gelangt natürlich auch importiertes Holz.

Die Ausfuhr von Holz erreichte 2007 mit rund 270 000 Tonnen einen ersten Höchstwert, davon 244 000 Tonnen Schnittholz und 26 000 Tonnen Rundholz. Die Einfuhr bewegte sich mit 276 000 Tonnen auf einem ähnlichen Niveau, davon allerdings 218 000 Tonnen Rundholz und nur 58 000 Tonnen Schnittholz.



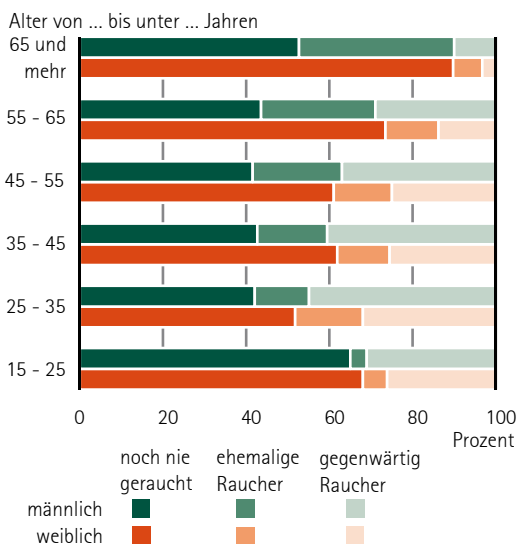
Abtransport von Holz am 30. April 2007

2008

Sächsisches Nichtrauchererschutzgesetz tritt in Kraft

Diesen Satz haben einige sicherlich schon gehört oder gar selbst gesagt: „Ab dem neuen Jahr höre ich auf zu rauchen“. Dass das persönliche Verhalten von Rauchern Auswirkungen auf ihr Umfeld hat, ist unbestritten. Es ist daher gesundheitspolitisches Anliegen, den Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens zu verbessern. Freiwillige Regelungen zur Sicherstellung des Nichtrauchererschutzes sind jedoch im öffentlichen Raum nicht ausreichend. Daher haben in den Jahren 2007 und 2008 sämtliche Bundesländer Nichtrauchererschutzgesetze erlassen. Seit 1. Juli 2008 gilt ein bundesweit flächendeckender Nichtrauchererschutz. Das Sächsische Nichtrauchergesetz trat bereits am 1. Februar 2008 in Kraft. Damit ist grundsätzlich das Rauchen in öffentlichen bzw. öffentlich zugänglichen Gebäuden untersagt. In Gaststätten ist das Rauchen nur dann erlaubt, wenn besonders gekennzeichnete, abgetrennte Räume existieren. [54] Das Rauchen belastet nicht nur die Gesundheit und das Umfeld, sondern auch die private Haushaltskasse. Hierbei erhöhten sich die Preise in den letzten Jahren stark.

Bevölkerung in Sachsen 2013 nach gegenwärtigem und ehemaligem Rauchverhalten, Altersgruppen und Geschlecht



Datenquelle: Mikrozensus

Mehr als drei Viertel (77 Prozent) der sächsischen Bevölkerung ab 15 Jahre bezeichneten sich 2013 als Nichtraucher (bezogen auf Personen mit Angaben zum Rauchverhalten). Weniger als ein Fünftel (19 Prozent) stufen sich als regelmäßige Raucher ein, 4 Prozent rauchten nur gelegentlich. Dabei gab es einen deutlichen Unterschied zwischen den Geschlechtern: 29 Prozent der Männer und nur 17 Prozent der Frauen gaben an, regelmäßig oder gelegentlich zu rauchen.

Am stärksten verbreitet war das Rauchen bei den 25- bis unter 35-Jährigen. Von ihnen griffen 45 Prozent der Männer und 32 Prozent der Frauen zu Zigaretten oder anderen Tabakwaren. Allerdings hatten bereits in diesem Alter 13 Prozent der Männer und 16 Prozent der Frauen diese

Gewohnheit wieder aufgegeben. Bei beiden Geschlechtern sank auch danach mit zunehmendem Alter der Anteil der Raucher, wofür es jedoch unterschiedliche Ursachen gab. Die Mehrzahl der Frauen ab 35 Jahre hatte nie mit dem Rauchen begonnen, in der Altersgruppe ab 65 Jahre galt dies sogar für 90 Prozent. Männer konnten das deutlich seltener von sich sagen. Zwar waren auch hier bei den ab 65-Jährigen die früheren oder gegenwärtigen Raucher leicht in der Minderheit (47 Prozent), von den 35- bis unter 65-jährigen Männern hatten jedoch nur zwischen 42 und 44 Prozent nie geraucht. Bei den älteren Jahrgängen war der Anteil der ehemaligen Raucher wesentlich höher: unter den 35- bis unter 45-jährigen Männern betrug er 17 Prozent, in der Altersgruppe ab 65 Jahre sogar 37 Prozent.

Durchschnittliches Alter bei Rauchbeginn der Raucher in Sachsen 2013 nach Altersgruppen und Geschlecht

Geschlecht	Insgesamt	Alter von ... bis unter ... Jahren					
		15 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65	65 und mehr
Männlich	17,9	16,5	17,0	17,9	18,2	18,6	19,7
Weiblich	18,9	16,3	16,8	18,3	19,5	21,2	25,4
Insgesamt	18,3	16,4	16,9	18,1	18,7	19,5	21,4

Datenquelle: Mikrozensus

Jüngere Männer und Frauen begannen nicht nur häufiger das Rauchen, als es in früheren Generationen der Fall war, sondern auch in einem jüngeren Alter. Wer nach dem 65. Lebensjahr rauchte, hatte mit durchschnittlich 21,4 Jahren erstmals zu Tabakwaren gegriffen. Die 25- bis unter 35-jährigen Raucher waren beim Einstieg 4,5 Jahre jünger gewesen. Wie schon beim Raucheranteil zeigten

Anteil der Raucher 1999, 2003, 2005, 2009 und 2013 in Sachsen nach Geschlecht
(in Prozent)

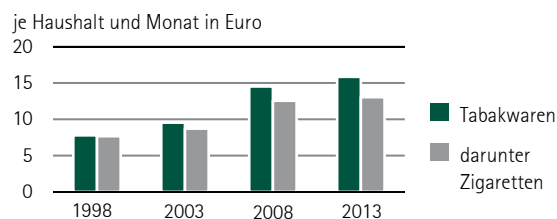
Jahr	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Insgesamt			
1999	24,5	33,6	16,2
2003	24,9	32,9	17,6
2005	24,5	31,7	17,7
2009	23,8	30,9	17,2
2013	22,7	29,3	16,6
Darunter im Alter von 15 bis unter 25 Jahren			
1999	31,5	37,9	24,6
2003	37,0	43,2	30,2
2005	36,4	40,7	31,6
2009	34,4	38,1	30,4
2013	28,6	30,9	26,1

Datenquelle: Mikrozensus

sich auch beim Rauchbeginn der Frauen stärkere Veränderungen zwischen den Altersgruppen.

Das Einstiegsalter der Raucherinnen ab 65 Jahre hatte bei 25,4 Jahren gelegen und damit um fast 6 Jahre über dem der Männer. Bei 25- bis unter 35-jährigen Raucherinnen betrug das durchschnittliche Einstiegsalter nur noch 16,8 Jahre. Sie hatten damit sogar etwas früher zu Tabakwaren gegriffen als die gleichaltrigen männlichen Raucher. Bei den unter 25-Jährigen lag das Alter der Frauen beim Rauchbeginn ebenfalls unter dem der Männer. Jugendliche in dieser Altersgruppe hatten im Durchschnitt wenige Monate nach dem 16. Geburtstag mit dem Rauchen begonnen – seit 2007 verbietet das Jugendschutzgesetz die Abgabe von Tabakprodukten an Minderjährige. In den letzten Jahren ist der Anteil der Raucher in Sachsen rückläufig. Dazu beigetragen haben vor allem die Männer. Der Anteil der Raucherinnen unter den Frauen war hingegen zunächst sogar gestiegen und blieb trotz Rückgangs auch im Jahr 2013 höher als 1999. Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung bei den 15- bis unter 25-Jährigen. Der Tabakkonsum der jungen Männer ließ in den letzten 10 Jahren deutlich nach und lag 2013 nur wenig über dem Durchschnitt aller Männer in Sachsen. Der Raucheranteil unter den jungen Frauen war nach 2005 zwar ebenfalls rückläufig, lag jedoch um fast 10 Prozentpunkte höher als

Durchschnittliche Aufwendungen für Tabakwaren 1998, 2003, 2008 und 2013 in Sachsen



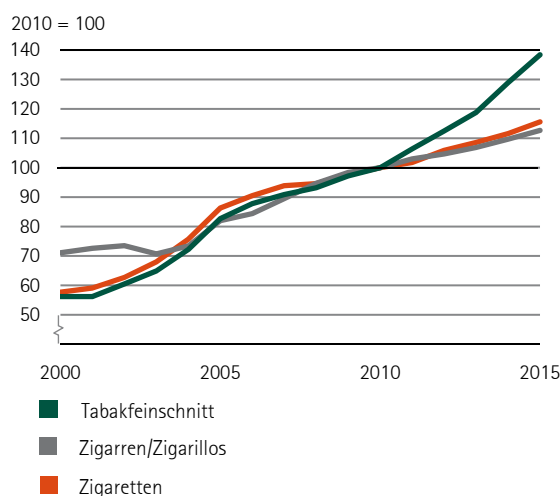
Datenquelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

der Durchschnittswert aller sächsischen Frauen. Die meisten Raucher in Sachsen entschieden sich für die Zigarette (einschl. selbst gedreht), die mit 97 Prozent den Tabakkonsum dominierte. Regelmäßige Zigarettenraucher griffen 2013 täglich überwiegend 5 bis 20 Mal zur Zigarette (85 Prozent). Lediglich 9 Prozent rauchten weniger als 5 Zigaretten pro Tag, 6 Prozent rauchten mehr als 20 Stück. Nicht nur der Anteil der Raucher insgesamt hat sich in den letzten Jahren verringert, sondern auch deren Zigarettenverbrauch. Im Jahr 2005 hatten 8 Prozent weniger als 5 Zigaretten geraucht, während der Anteil derer, die mehr als 20 Zigaretten rauchten, um die Hälfte höher war (9 Prozent) als 2013.

Neben dem Gedanken an die eigene Gesundheit und neuen Regelungen zum Nichtrauchererschutz könnte auch der Blick ins Portemonnaie zum Rückgang des Rauchens beigetragen haben. Die Preise für Tabakwaren haben sich in Sachsen gegenüber 2000 mehr als verdoppelt. Mehrere Erhöhungen der Tabaksteuer in diesem Zeitraum haben daran einen wesentlichen Anteil. Besonders stark war der Preisanstieg für Tabakfeinschnitt.

Im Budget des sächsischen Durchschnittshaushalts schlugen 2013 Tabakwaren mit 15,85 Euro pro Monat zu Buche. Zigaretten machten darunter mit 13,05 Euro den größten Betrag aus. Da jedoch nur in rund 30 Prozent der sächsischen Haushalte tatsächlich geraucht wurde, beliefen sich deren Ausgaben für Tabakwaren auf monatlich mehr als 50 Euro. Rückblickend auf das Jahr 1998 betrug die monatlichen Ausgaben der Privathaushalte für Tabakwaren im Freistaat noch 7,80 Euro, darunter 7,68 Euro für Zigaretten. Obwohl seitdem weniger geraucht wurde, haben sich die Ausgaben für Tabakwaren damit nahezu verdoppelt. Der Ausgabenanteil für Zigaretten war dabei rückläufig. Die Gründe für diese Entwicklungen sind aus den vorliegenden Statistikdaten nicht eindeutig nachweisbar. Sowohl verändertes Kauf- und Konsumverhalten als auch die Preisentwicklung können hierfür ausschlaggebend sein.

Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Zigaretten, Zigarren/Zigarillos und Tabakfeinschnitt 2000 bis 2015



Datenquelle: Verbraucherpreisstatistik

2009

Im März 2009 treten das Konjunkturpaket II und die sog. „Abwrackprämie“ in Kraft

Um die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise abzumildern und die Rezession zu überwinden, trat 2009 das Konjunkturpaket II in Deutschland in Kraft. Neben der Beschäftigungssicherung z. B. durch verstärkte Kurzarbeit wurde damit ein Investitionsprogramm mit dem Schwerpunkt der öffentlichen Infrastruktur ins Leben gerufen. Im Ergebnis der Maßnahmen gab es im Freistaat Sachsen zwar einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts 2009, aber bereits 2010 wurde wieder ein deutliches Wachstum erreicht. Die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen verringerte sich 2009 nur geringfügig. Im Gegensatz dazu nahm 2009 die Zahl der von den Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden deutlich ab. Im Rahmen des Konjunkturpaketes II wurde außerdem die Umweltprämie zur Verschrottung von Kfz gezahlt, die eine staatliche Prämie aus dem Sondervermögen des Bundes war. Sie konnte maximal 2 500 Euro betragen und wurde gewährt, wenn ein altes Kfz verschrottet und ein Neu- oder Jahreswagen zugelassen wurde. [55] Die im Volksmund schnell gebräuchlich gewordene Bezeichnung „Abwrackprämie“ wurde 2009 auch zum „Wort des Jahres“ gewählt. [56]

2015 gab es in Sachsen ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent, d. h. das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) und damit die Summe der in Sachsen produzierten Waren und Dienstleistungen stieg um 1,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2014 an. Das BIP betrug aktuell in jeweiligen Preisen knapp 113 Milliarden Euro – 3,7 Prozent mehr als im Vorjahr – und wurde in rund 2,9 Milliarden Arbeitsstunden von 2,02 Millionen Erwerbstätigen mit einem Arbeitsplatz im Freistaat erzielt. Aktuell erreichte der Freistaat Sachsen ein Wirtschaftswachstum, das nah an das reale Resultat für Deutschland herankam und dem der fünf neuen Länder

entsprach. Im Vergleich zum Jahr 1991 zeigt sich, dass sich das BIP in Sachsen in diesen fast 25 Jahren in jeweiligen Preisen mehr als verdreifacht hat. Mit Ausnahme der Jahre 1997, 2005 und 2009 gab es im Vergleich zum Vorjahr keine Verringerung des realen BIP. Im Jahr 2010 konnte nach der unterstützenden Wirkung des Konjunkturpaketes II bereits wieder ein Wirtschaftswachstum um 3,1 Prozent festgestellt werden und seit dem Jahr 2010 wurde aktuell ein realer Zuwachs des BIP um 8,5 Prozent ermittelt.

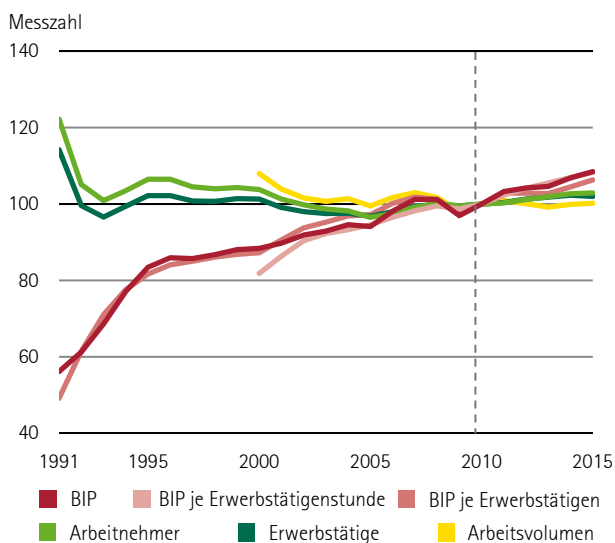
Das preisbereinigte Ergebnis in Sachsen wurde 2015 durch überdurchschnittliche Impulse aus dem Dienstleistungssektor und hier insbesondere aus dem Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation bestimmt. Innerhalb des real nur verhalten wachsenden Produzierenden Gewerbes stand dem Zuwachs der Bruttowertschöpfung (BWS) im Verarbeitenden Gewerbe um 1,5 Prozent ein Rückgang der BWS im Baugewerbe um 1,9 Prozent gegenüber.

Aktuell wurden 68 Prozent der gesamten BWS in den Dienstleistungsbereichen erwirtschaftet. Hier gab es seit 1991 (Anteil rund 62 Prozent) einen deutlichen Strukturwandel, der sich im Anstieg dieses Anteils zeigt. Im Produzierenden Gewerbe wurden im Jahr 2015 reichlich 31 Prozent der gesamten BWS erbracht. 1991 hatte das Produzierende Gewerbe mit knapp 37 Prozent Anteil an der BWS noch ein höheres Gewicht. Die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei hatte einen Anteil von rund einem Prozent an der BWS. Pro Arbeitsstunde wurde aktuell ein BIP in jeweiligen Preisen von 39,14 Euro erwirtschaftet. Das Pro-Kopf-BIP je Erwerbstätigen 2015 betrug 55 891 Euro.

Im Jahr 2015 hatten 2,02 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz im Freistaat Sachsen, das waren rund 4 500 Personen bzw. 0,2 Prozent weniger als im Vorjahr. 2014 wurde der bislang höchste Stand bei der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort nach dem Jahr 1991 festgestellt. Der bisher niedrigste Stand bei der Erwerbstätigkeit war im

Erwerbstätige, Arbeitsvolumen und Bruttoinlandsprodukt (BIP, preisbereinigt, Kettenindex) in Sachsen 1991 bis 2015*

2010 = 100



* Berechnungsstand: bis 2014 - August 2015; Jahr 2015 - Februar 2016
Datenquelle: VGR des Bundes

Jahresdurchschnitt 1993 zu verzeichnen. Aktuell wird die Entwicklung in Sachsen von einem Anstieg der Zahl der Arbeitnehmer ohne marginal Beschäftigte um 1,4 Prozent geprägt. Diesem Anstieg stand ein Rückgang bei den marginal Beschäftigten (dazu gehören geringfügig entlohnte Beschäftigte, kurzfristig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, sog. „Ein-Euro-Jobs“) um 9,1 Prozent gegenüber. Diese Personengruppe repräsentierte zuletzt rund neun Prozent aller Erwerbstätigen.

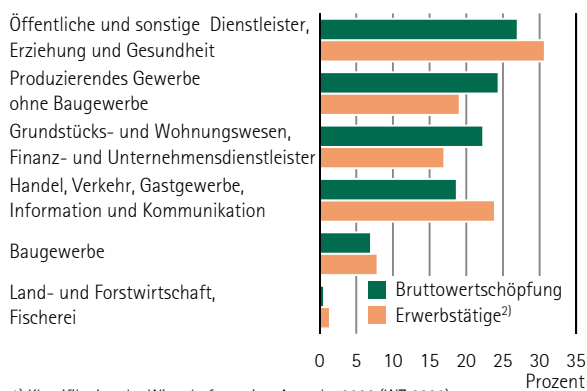
Die Entwicklung 2015 zeigt ein Plus bei den Erwerbstätigen im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation, dass aber innerhalb der Dienstleistungsbereiche durch Rückgänge an anderer Stelle ausgeglichen wird. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes stand dem Zuwachs an Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe um 0,5 Prozent ein Rückgang im Baugewerbe um 2,6 Prozent gegenüber.

Gegenwärtig sind knapp 72 Prozent aller Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen beschäftigt. Auch bei den Erwerbstätigen stellt man einen deutlichen Strukturwandel seit 1991 (Anteil rund 55 Prozent) hin zu einem höheren Gewicht der Dienstleistungsbereiche fest. Im Produzierenden Gewerbe hatten 2015 rund 27 Prozent aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz, 1991 waren es noch reichlich 42 Prozent.

Im Jahr 2015 betrug das durchschnittliche Arbeitspensum eines Erwerbstätigen in Sachsen 1 428 Stunden und war damit sechs Stunden bzw. 0,5 Prozent höher als im Vorjahr. Im Vergleich zum Jahr 2000 reduzierte sich die Pro-Kopf-Arbeitszeit um 7,9 Prozent bzw. 123 Stunden je Person.

Das Baugewerbe ist aktuell mit 1 650 Stunden die Branche mit der längsten Pro-Kopf-Arbeitszeit in Sachsen. Im Gegensatz dazu fiel die durchschnittliche Arbeitszeit im Bereich Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit mit 1 367 Stunden am niedrigsten aus. Die Pro-Kopf-Arbeitszeit in Sachsen lag 2015 um 57 Stunden über der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen in Deutschland. Die momentane Entwicklung resultiert aus

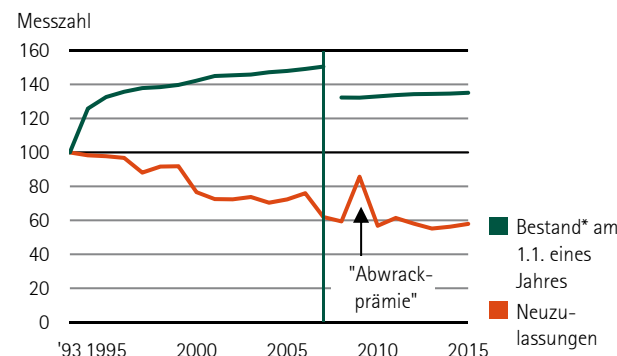
Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in Sachsen 2015 Anteil an der Gesamtwirtschaft nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)
2) vorläufige Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort;
Berechnungsstand: Februar 2016
Datenquelle: VGR des Bundes

der deutlichen Abnahme der marginalen Beschäftigung und der Tatsache, dass es 2015 drei Arbeitstage mehr gab als im Vorjahr. Bei der langfristigen Betrachtung ist die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung die Hauptursache für das geringer gewordene Arbeitsvolumen. Im Jahr 2009 konnte durch die Wirkung des Konjunkturpaketes II ein massiver Abbau von Erwerbstätigen vermieden werden. Beim Arbeitsvolumen, das im Jahr 2009 um 3,4 Prozent zurückging, wurden die Auswirkungen der vermehrten Kurzarbeit bzw. des Abbaus von Arbeitszeitguthaben deutlich.

Bestand und Neuzulassungen von Pkw in Sachsen 1993 bis 2015 1993 = 100



* ab März 2007 nur noch angemeldete Fahrzeuge ohne vorübergehende Stilllegung/ Außerbetriebsetzung und nicht mehr Standort, sondern Wohnort des Zulassers
Datenquelle: Kraftfahrt-Bundesamt

Die Umweltprämie als Bestandteil des Konjunkturpaketes II sollte die Nachfrage nach Kfz fördern und der in Folge der Finanzkrise geschwächten Automobilindustrie helfen. Dies konnte in Sachsen nicht erreicht werden.

Bis Mitte der 90er stieg der Pkw-Bestand zunächst stark, danach kontinuierlich an. Der Bruch in der Zeitreihe zwischen 2007 und 2008 in der obigen Abbildung ist lediglich methodisch bedingt. Am 1. Januar 2015 waren in Sachsen 2 094 414 Pkw zugelassen. Von 1993 bis 2014 ist der Pkw-Bestand um rund ein Drittel gestiegen. Zusammen mit dem Rückgang der Bevölkerung hat sich die Zahl der Pkw je 1 000 Einwohner von 334 (1993) auf 516 (2014) um gut die Hälfte erhöht.

Die Zahl der jährlichen Neuzulassungen bei Pkw lag im Beobachtungszeitraum bereits 1993 mit 197 518 Kfz am höchsten. Seither ist die Zahl tendenziell gesunken. Im Jahr 2015 waren es 114 441 Pkw. Die Zahl der neu zugelassenen Pkws stieg 2009 sprunghaft um 44 Prozent auf 169 206, 2010 ging sie aber auch wieder um ein Drittel auf 112 282 PKW zurück.

Im Jahr vor der Abwrackprämie war noch nicht ganz die Hälfte (47,6 Prozent) der Pkws acht Jahre und älter, zuletzt (2014) war es bereits deutlich mehr als die Hälfte (51,6 Prozent). Betrachtet man die Entwicklung der Pkw-Neuzulassungen vor und nach 2009, so wird deutlich, dass zumindest ein Teil der 2009 getätigten Autokäufe einerseits aufgeschobene oder andererseits vorgezogene Käufe waren. 2008 und 2010 waren die absoluten Zahlen der neu zugelassenen Pkw besonders niedrig.

2010

Mit Jahresbeginn ist die Haltung von Legehennen in konventionellen Batterie-Käfigen beendet

Die Haltungsformen für Legehennen haben sich in den vergangenen Jahren in Deutschland grundlegend verändert. Ein maßgeblicher Grund ist das seit 1. Januar 2012 europaweit gültige Verbot der Haltung in konventionellen Käfigen. Das Käfigverbot geht dabei auf eine EU-Richtlinie [57] zurück. In Deutschland war bereits zum 1. Januar 2010 das endgültige Aus der herkömmlichen Käfighaltung in Geflügelbetrieben mit Legehennen besiegelt – zwei Jahre früher, als nach EU-Recht erforderlich gewesen wäre. Als Haltungsformen erlaubt sind seitdem nur noch die Kleingruppen-, die Boden- und die Freilandhaltung sowie die ökologischer Erzeugung. Damit ging eine gewaltige Strukturänderung in den Eier produzierenden Betrieben einher. [58] Die Entwicklung hin zu besseren Haltungsbedingungen von Tieren setzt sich auch künftig fort. Der Bundesrat beschloss am 6. November 2015 die Beendigung der Haltung von Legehennen in Kleingruppen in sogenannten ausgestalteten Käfigen. Hierfür ist eine Auslaufzeit für bestehende Betriebe bis Ende 2025 vorgesehen. [59]

Die Haltung von Legehennen und die Erzeugung von Konsumeiern werden statistisch durch eine monatliche Erhebung in Unternehmen mit mindestens 3 000 Legehennenplätzen (ohne Geflügelzucht und Vermehrungsbetriebe) erfasst. Anfang der 1990er Jahre gab es in Sachsen rund 3,5 Millionen Haltungsplätze, davon die meisten in Form der Käfighaltung. Ein erster Einschnitt war im Jahr 1997 zu beobachten. Der einzelnen Henne musste mehr Platz im Käfig zugestanden werden. Die Zahl der Legehennenplätze sank in Folge dessen um acht Prozent. Bereits 1998 wurde die frühere Größenordnung wieder erreicht. Ab 2005 lag die Zahl der Haltungsplätze bei über vier Millionen. Mit dem Aus für die Käfighaltung in Deutschland im Jahr 2010 sank die Zahl der Haltungsplätze auf rund 3,4 Millionen und blieb in den Folgejahren in der Größenordnung von 3,6 bis 3,7 Millionen. Die Marke von vier Millionen wurde nicht mehr überschritten.

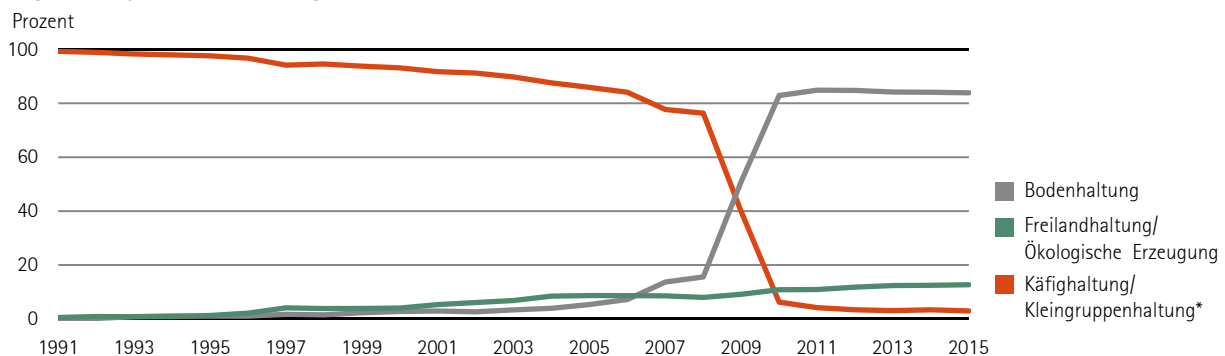
Die Struktur der Legehennenhaltung wandelte sich im Zeitverlauf. Ende der 1990er Jahre ging der Anteil der Käfighaltung zurück. Von 2008 zu 2009 halbierte sich die Zahl der Käfighaltungsplätze von 3,2 Millionen auf



Henne

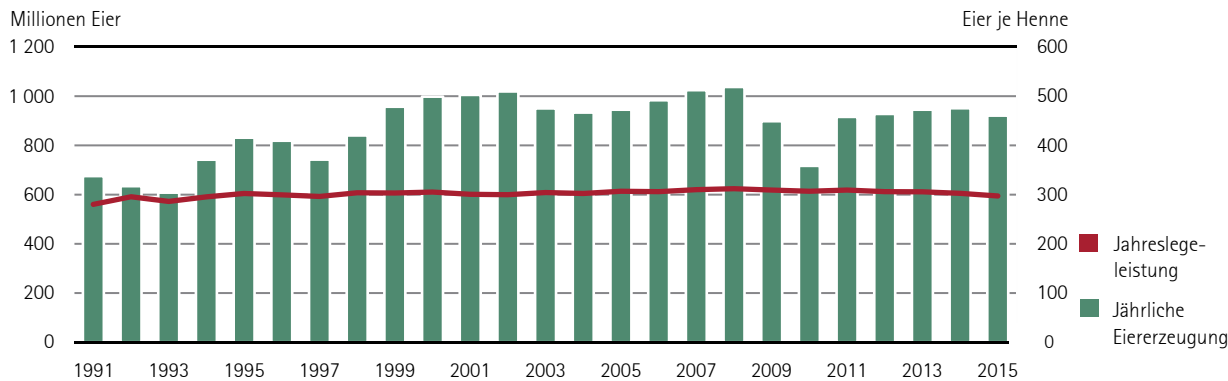
1,6 Millionen. 2010 waren alle herkömmlichen Käfigplätze aus der Produktion genommen. Die rund 220 000 Plätze in der Kleingruppenhaltung wurden entsprechend der EU-Richtlinie neu errichtet. Im Gegenzug erhöhten sich die Zahl und die Anteile der anderen Haltungsformen.

Legehennenplätze nach Haltungsformen in Sachsen am 1. Dezember 1991 bis 2015



* ab 2010 nur noch Kleingruppenhaltung
Datenquelle: Agrarstatistiken

Eierzeugung und Legeleistung in Sachsen 1991 bis 2015



Datenquelle: Agrarstatistiken

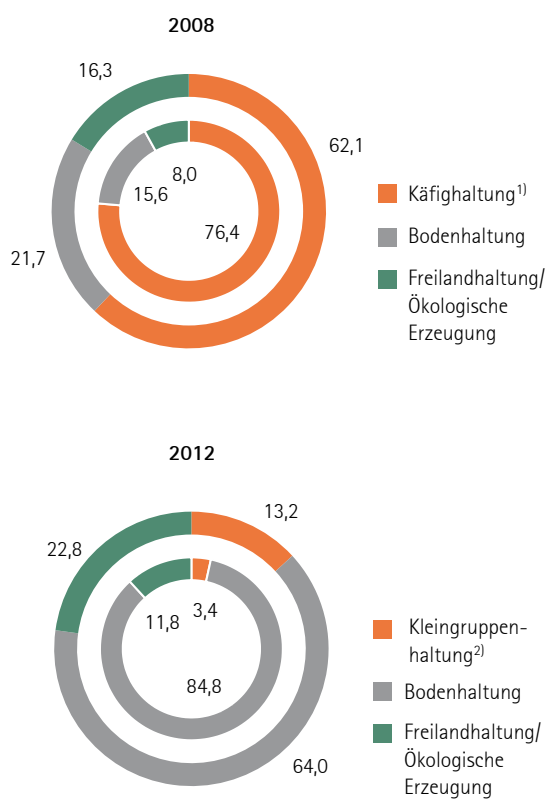
Die Bodenhaltung entwickelte sich in Sachsen zur vorherrschenden Haltungform. Hierbei werden die Hennen in geschlossenen Ställen gehalten, in denen sich die Tiere frei bewegen können. In den Ställen sind Gestelle mit Laufflächen und Sitzstangen in bis zu vier Ebenen angeordnet.

Daneben werden die Freilandhaltung und die ökologische Erzeugung als Haltungsformen unterschieden. Anfang der 1990er Jahre gab es dafür in Sachsen weniger als 100 000 Haltungsplätze, 2004 wurde die Marke von 300 000 überschritten. Zuletzt (2015) waren es rund 470 000 Legehennenplätze, davon 330 000 in Freilandhaltung und 140 000 in Ökologischer Erzeugung.

Die Struktur bei den Haltungsformen zwischen Sachsen und Deutschland ist unterschiedlich. Während die Bodenhaltung 2012 im deutschen Mittel knapp zwei Drittel (64 Prozent) ausmacht, sind es in Sachsen rund 85 Prozent. Die Legehennen in Sachsen erzeugten Anfang der 1990er Jahre rund 600 Millionen Eier jährlich. Ab dem Jahr 2000 hatte sich die Eierzeugung auf zum Teil mehr als eine Milliarde erhöht, wobei es zwischen den Jahren durchaus Schwankungen gab. Mit dem Abbau der Käfighaltungskapazitäten im Jahr 2009 sank auch die Eierzeugung auf rund 900 Millionen Stück und 2010 schließlich auf gut 700 Millionen Stück. Der Rückgang ist damit zu erklären, dass der Umbau der bestehenden Ställe mit herkömmlichen Käfigen zu Bodenhaltungsplätzen einen beachtlichen Aufwand an finanziellen Mitteln und Zeit erforderte. Ab 2011 hat sich die Eierzeugung in Sachsen auf einem Niveau von reichlich 900 Millionen Stück stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt legt eine Henne rund 300 Eier. In den frühen 1990er Jahren hatte sich die sog. Legeleistung zwar noch etwas erhöht, seither ist sie aber nahezu konstant.

Die im Jahr 2015 statistisch erfasste Jahresmenge von gut 921 Millionen Eiern entspricht 227 Eiern je sächsischen Einwohner. Der durchschnittliche Eiverbrauch pro Kopf lag 2015 deutschlandweit (vorläufig) bei 233 Stück. [60]

Haltungsplätze in Deutschland (außen) und Sachsen (innen) 2008 und 2012 nach Haltungsformen (in Prozent)



1) und Kleingruppenhaltung
2) und ausgestaltete Käfige

Datenquelle: Agrarstatistiken

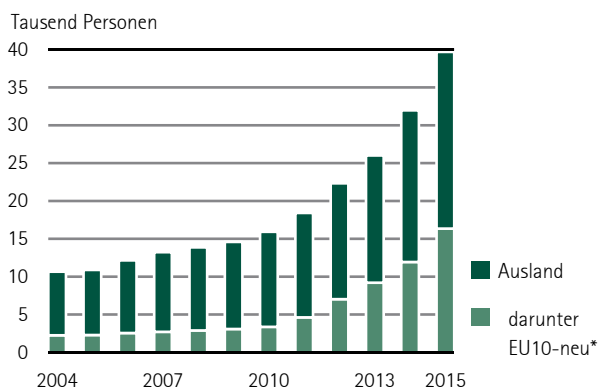
2011

Für Mitgliedsstaaten der EU-Erweiterung von 2004 tritt das Arbeitnehmerfreizügigkeitsrecht in Kraft

Die Freizügigkeit von Arbeitnehmern ermöglicht EU-Bürgern grundsätzlich, in einem anderen EU-Land zu arbeiten. Die Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit wurden sehr unterschiedlich angewendet. Deutschland schöpfte die maximal siebenjährige Übergangsfrist aus. Als letzter der alten EU-15-Staaten öffnete Deutschland den Arbeitsmarkt für osteuropäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ab dem 1. Mai 2011 erhielten Bürgerinnen und Bürger aus den acht mittel- und osteuropäischen Staaten Malta, Zypern, Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn uningeschränkten Zugang zum deutschen bzw. sächsischen Arbeitsmarkt. So benötigen Bürger der o. g. Länder für eine (sozialversicherungspflichtige) Beschäftigung in Deutschland keine Arbeitserlaubnis mehr und dürfen sich nun bis zu drei Monate zur Arbeitssuche hier aufhalten, während ihrer Betätigung hier wohnen und auch nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses weiter bleiben. Darüber hinaus trat für die entsprechenden Personengruppen mit dem 1. Mai 2011 auch die volle Dienstleistungsfreiheit in Kraft. [61, 62]

Zur Jahresmitte 2015 verfügten EU-Bürger aus den oben genannten Staaten bereits seit vier Jahren über einen uningeschränkten Zugang zum bundesdeutschen Arbeitsmarkt. Wie aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit hervorgeht, waren zum 30. Juni 2015 am Arbeitsort Sachsen insgesamt 1 529 978 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Im Vorjahresvergleich stieg die Zahl um 1,2 Prozent bereits das sechste Jahr in Folge an. Abgesehen von 2005 und 2009 galt dies auch für alle übrigen Jahre des Beobachtungszeitraums seit 2004, sodass das damalige Ausgangsniveau jüngst um gut ein Zehntel (11,6 Prozent) übertroffen wurde. Die Zahl der Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit lag zur Jahresmitte 2015 in Sachsen bei 39 700 Personen, ein Viertel (24,2 Prozent) höher als 2014. Einen stärkeren Zuwachs hatte es hier in der seit 2004 ununterbrochen aufwärtsgerichteten Entwicklung noch

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort in Sachsen am 30. Juni 2004 bis 2015 nach ausgewählter Staatsangehörigkeit



* EU-Beitrittsländer zum 1. Mai 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern)
Datenquelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Neuverfahren

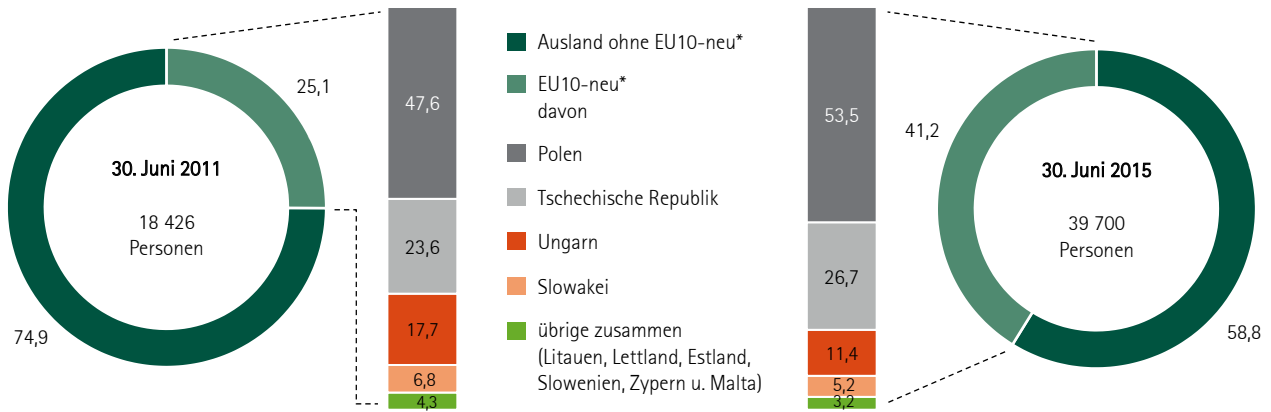


Eingang der Agentur für Arbeit Hoyerswerda

nicht gegeben. Damit waren am aktuellen Rand mehr als doppelt so viele ausländische Beschäftigte wie 2011 und annähernd vier Mal so viele wie 2004 zu verzeichnen. Entsprechend erhöhte sich der Anteil der ausländischen an allen Beschäftigten in Sachsen von 0,8 Prozent 2004 bis auf 2,6 Prozent 2015. Der Anteil der Ausländer an der sächsischen Bevölkerung lag zuletzt bei 3,2 Prozent. Bedeutend höher lagen auf gesamtdeutscher Ebene die Ausländeranteile am 30. Juni 2015 mit 9,2 Prozent bei den Beschäftigten und 9,7 Prozent bei den Einwohnern.¹⁾ Die Zahl der Beschäftigten in Sachsen, die eine estnische, lettische, litauische, polnische, slowakische, slowenische, tschechische, ungarische, maltesische oder zyprische Staatsangehörigkeit besitzen, erreichte am 30. Juni 2015 mit 16 353 Personen einen neuen Höchststand. Das Vorjahresniveau wurde hier um mehr als ein Drittel (37,0 Prozent) übertroffen. Damit setzte sich die seit 2011 bei dieser Personengruppe durchweg mit Steigerungsraten von mindestens 30 Prozent dynamisch voranschreitende Beschäftigungsentwicklung weiter fort. Das Ergebnis von 2011 wurde Mitte 2014 um das Dreieinhalbfache, jenes von 2004 um mehr als das Siebenfache übertroffen.

1) Aktuellere Angaben waren zu Redaktionsschluss nicht verfügbar

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort in Sachsen am 30. Juni 2011 und 2015 nach ausgewählter Staatsangehörigkeit (in Prozent)



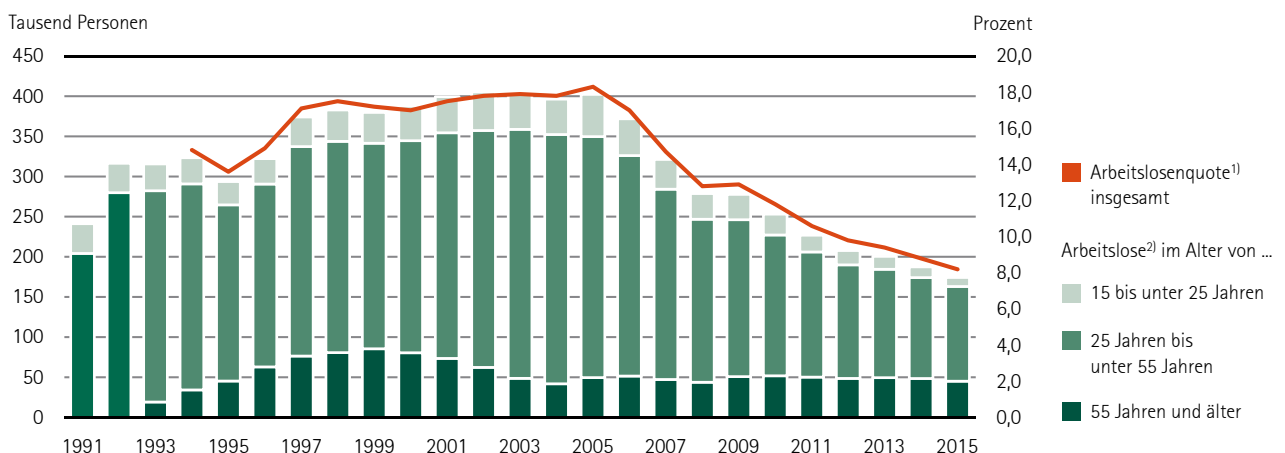
* EU-Beitrittsländer zum 1. Mai 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern)
 Datenquelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Neuverfahren

Schließlich entfielen am 30. Juni 2015 bereits gut zwei von fünf Beschäftigten in Sachsen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit auf ein EU-Breitrittsland von 2004, nachdem es 2011 nur jeder Vierte gewesen war.²⁾ Neun von zehn Beschäftigten in Sachsen aus den EU-Breitrittsländern von 2004 besaßen am 30. Juni 2015 die polnische (8 741), tschechische (4 367) oder ungarische (1 866) Staatsangehörigkeit. Zu den bevorzugten Betätigungsfeldern dieser Beschäftigten zählen die Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen („Zeitarbeit“), das Gesundheits- und Sozialwesen, das Baugewerbe sowie das Gastgewerbe. Seit Aufhebung der Zutrittsbeschränkungen zum deutschen Arbeitsmarkt für Staatsangehörige der EU-Breitrittsländer von 2004 zur Jahresmitte 2011 ist die Zahl der ausländischen Beschäftigten in Sachsen anhaltend dynamischer angestiegen als in den Jahren zuvor mit „beschränkter Arbeitnehmerfreizügigkeit“.²⁾ Gleichwohl ist die von mancher Seite befürchtete Belastung des sächsischen Arbeitsmarktes ausgeblieben.

So haben in Sachsen 2015 sowohl die Arbeitslosenzahl mit 174 319 Personen als auch die Arbeitslosenquote mit 8,2 Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ihren vorläufigen Tiefststand seit Beginn der Arbeitslosenstatistik in den neuen Ländern 1991 erreicht. Im Vergleich zum Höchstniveau von rund 400 000 Arbeitslosen in den Jahren 2001 bis 2005 hat sich die Zahl seitdem kontinuierlich um mehr als die Hälfte reduziert. Während die Größenordnung der älteren Arbeitslosen relativ stabil blieb, nahm die Anzahl der jüngeren Arbeitslosen tendenziell überdurchschnittlich ab. Insofern erreichte der Arbeitslosenanteil der letztgenannten im Jahr 2015 mit 6,4 Prozent den niedrigsten Wert in Sachsen seit der Wiedervereinigung. Zehn Jahre zuvor – 2005 – hatte der entsprechende Anteil mit 13,1 Prozent noch mehr als doppelt so hoch gelegen.

2) Zu berücksichtigen sind bei diesen Entwicklungs- und Strukturaussagen allerdings auch die niedrigen Absolutwerte und die damit in Verbindung stehenden Basiseffekte.

Arbeitslose und Arbeitslosenquote in Sachsen 1991 bis 2015 nach Altersgruppen



1) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

2) Jahresdurchschnittsangaben

Datenquelle: Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Datenstand: Dezember 2015

2012

Internationales Jahr der erneuerbaren Energien für alle

Im Jahr 2010 hat die UN-Vollversammlung das Jahr 2012 als „Internationales Jahr der erneuerbaren Energien für alle“ deklariert. Sowohl private Unternehmen als auch nationale Regierungen sollten auf die Wichtigkeit der Energieversorgung für die weltweite Entwicklung hingewiesen werden. Die drei Hauptziele waren die Sicherung des globalen Zuganges zu einer modernen Energieversorgung, die Verdopplung der Entwicklungsrate der Energieeffizienz und die Verdopplung des Anteils der erneuerbaren Energien in der weltweiten Energieverwendung. Der globale Zugang zu moderner Energie soll bis spätestens 2030 gewährleistet werden. Das betrifft vor allem die Entwicklungsländer. [63, 64] Aber auch die entwickelten Länder haben sich Ziele für die Weiterentwicklung ihrer Energiesektoren gestellt. In Deutschland kann man sie unter dem Schirm der „Energiewende“ zusammenfassen. Eine Säule ist der Ausbau der erneuerbaren Energien, deren Energieanteil an der Stromerzeugung aus Sonne, Wind & Co. auf 55 bis 60 Prozent ausgebaut werden soll. [65]

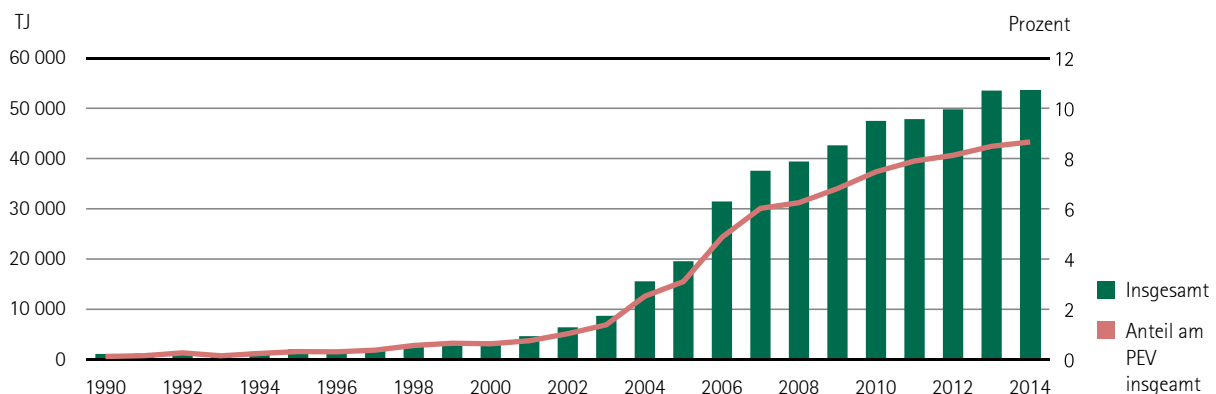
Der Primärenergieverbrauch (PEV) von erneuerbaren Energien war anfangs noch sehr gering. Anfang der 1990er Jahre lag er bei rund 1 000 Terajoule. Das entsprach einem Anteil am PEV insgesamt von nicht mehr als 0,3 Prozent. In den folgenden Jahren erhöhte sich der Anteil nur sehr gering. 2002 wurde die Ein-Prozent-Marke erreicht. In den darauf folgenden fünf Jahren erhöhte sich der Anteil der erneuerbaren Energien am PEV schneller und 2007 wurde die Fünf-Prozent-Marke überschritten. Bis 2014 erhöhte sich der Anteil auf 8,7 Prozent. Der PEV aus erneuerbaren Energien erreichte 2014 eine Größenordnung von über 50 000 Terajoule. Um sich eine Vorstellung von der Größe dieser Energiemenge zu machen: gut doppelt so viel Energie wurde 2012 in den Haushalten Sachsens verbraucht. Die Bruttostromerzeugung in Sachsen schwankte im Zeitraum seit 1990 um eine Größe von 35 000 GWh. Der Zuwachs der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien führte zur wichtigsten Strukturverschiebung bei der Stromerzeugung. Die aus erneuerbaren Energien gewonnene Strommenge



Windräder bei Radeberg

erreichte 2014 eine Größenordnung von rund 5 000 GWh. Deren Anteil an der Bruttostromerzeugung Sachsens lag 2014 bei 11,8 Prozent, in Deutschland insgesamt waren es 25,9 Prozent. Dabei sind Windenergie und Biomasse die bedeutendsten erneuerbaren Energieträger in Sachsen und im deutschen Mittel.

Primärenergieverbrauch (PEV) der erneuerbaren Energien insgesamt und Anteil am PEV insgesamt in Sachsen 1990 bis 2014



Datenquelle: Energiebilanzen Sachsen, 2014 - vorläufige Daten



Biogasanlage und Photovoltaik Haßlau (Stadt Roßwein)

Im Jahr 2014 gab es in Sachsen 314 Wasserkraftanlagen, die in das Netz von Energieversorgungsunternehmen einspeisen. Zwölf Anlagen haben eine Kapazität von 1 MW und mehr. Bis 1994 lag die Bruttostromerzeugung aus Wasserkraft in Sachsen unter 100 GWh, die höchste Strommenge wurde 2010 mit 325 GWh erzeugt.

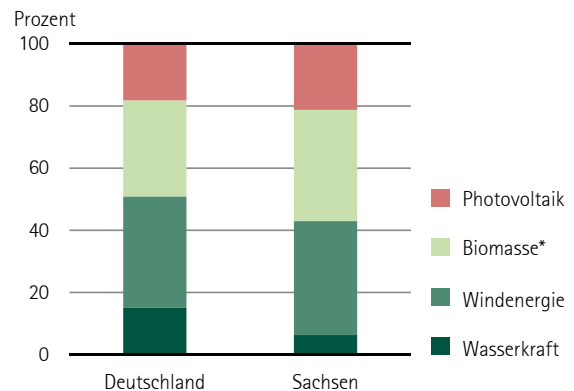
Die Einspeisung von Strom aus Windkraftanlagen wird in Sachsen seit 1994 bilanzmäßig erfasst. 2014 gab es in Sachsen 899 Windkraftanlagen mit einer Leistung von 1 102 MW. Bereits 1996 entfiel ein Viertel der Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf die Windenergie. 2003 wurde der höchste Anteil mit gut zwei Dritteln (67,2 Prozent) erreicht. Seither ist die Strommenge aus Windenergie zwar tendenziell steigend, der Anteil an der Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist dagegen sinkend.

Die Photovoltaik wird in Sachsen seit 2001 in der Energiebilanzierung erfasst. 2014 wurden 32 250 Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 1 452 MW gezählt. 2008 wurde die Marke von 100 GWh Bruttostromerzeugung überschritten. Im Jahr 2014 betrug die Bruttostromerzeugung durch Photovoltaik 1 418 GWh.

Biomasse dient sowohl der Strom- als auch der Wärmeherzeugung. Biodiesel und Bioethanol werden auch den Kraftstoffen beigemischt. 54 Prozent des PEV an Biomasse entfiel

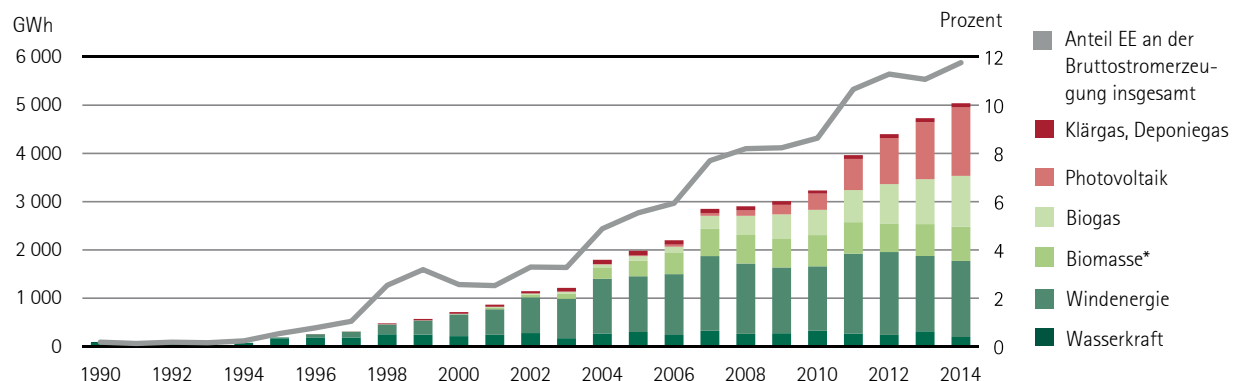
2014 auf feste Biomasse, 27 Prozent auf Biogas und rund 12 Prozent auf biogene Kraftstoffe, der Rest verteilt sich auf die anderen Biomassearten.

Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Deutschland und Sachsen im Mittel der Jahre 2010 bis 2014



* einschl. Biogas, Klär- und Deponiegas, Klärschlamm, biogene Abfälle und sonstige erneuerbare Energien
 Datenquelle: Energiebilanzen Sachsen, Daten für Deutschland - AG Energiebilanzen, Stand 12/2015

Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien (EE) und Anteil an der Bruttostromerzeugung insgesamt in Sachsen 1990 bis 2014



* ab 2006 einschließlich Klärschlamm und biogene Abfälle
 Datenquelle: Energiebilanzen Sachsen

2013

Ab 1. August 2013 Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege

Das Kinderförderungsgesetz (KiföG) von 2008 war ein zentraler Baustein beim Ausbau der Kindertagesbetreuung in der Bundesrepublik. Dieses sah ab 1. August 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab vollendetem erstem Lebensjahr bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres vor. Damit wurde eine weitere Möglichkeit für Eltern geschaffen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren und die frühkindliche Förderung ihres Kindes in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege zu gewährleisten. Bereits seit 1996 gilt in Deutschland der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind im Alter vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt. Dadurch können die Kinder in Kindertageseinrichtungen, insbesondere im letzten Jahr vor Schulbeginn, besser auf den Übergang in das Schulleben vorbereitet werden. Gesetzlich verankert wurde der Anspruch auf Kindertagesbetreuung im Achten Sozialgesetzbuch – SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), § 24. [66]

Kinder in Kindertagesbetreuung, Pädagogisches Personal und Tagespflegepersonen in Sachsen

Merkmal	2006	2013	2014	2015
Kinder in der Kindertagesbetreuung	216 656	279 692	289 071	295 784
darunter in Kindertagespflege ¹⁾	2 295	6 906	7 438	7 500
Im Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 1	1 238	1 124	1 159	1 185
1 - 3	31 542	48 403	51 138	52 874
3 - 6	89 013	98 674	100 510	101 727
6 - 11	93 437	129 083	133 936	137 450
11 - 14	1 426	2 408	2 328	2 548
Pädagogisches Personal²⁾ und Tagespflegepersonen	20 602	28 842	30 160	30 733
darunter in Kindertagespflege	777	1 619	1 761	1 718

1) Kinder in Kindertagespflege ohne andere Betreuung

2) ohne freigestellte Einrichtungsleitung, Verwaltung, Hauswirtschaft und Technik

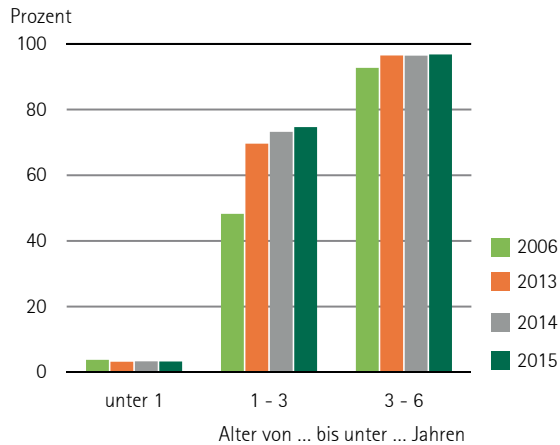
Datenquelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

Am 1. März 2015 wurden in Sachsen insgesamt 295 784 Kinder unter 14 Jahren in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege betreut. Das waren 5,8 Prozent mehr Kinder als im Jahr 2013, dem Jahr, in dem der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung ab dem 1. Lebensjahr eingeführt wurde. Bei den 1- bis unter 3-jährigen Kindern wurden 2015 gegenüber 2013 über 9 Prozent und bei den 3- bis unter 6-Jährigen 3 Prozent mehr Kinder betreut. Bereits 2013 war im Vergleich zu 2006 (dem ersten Jahr mit vergleichbaren Daten) die Zahl der betreuten Kinder unter 14 Jahren um 63 000 bzw. 29 Prozent gestiegen. Bei den 1- bis unter 3-Jährigen war ein Anstieg um über die Hälfte und bei den 3- bis unter 6-Jährigen um über ein Zehntel zu verzeichnen. 97,5 Prozent der betreuten Kinder unter 14 Jahren waren 2015 in einer Kindertageseinrichtung und 2,5 Prozent in der Kindertagespflege zur Betreuung untergebracht.

Kinder der Altersgruppe der 1- bis unter 3-Jährigen wurden zu 13 Prozent in der Kindertagespflege versorgt. Tagesmutter oder Tagesvater kümmerten sich vor allem um Kinder im Alter von unter 3 Jahren. Rund 96 Prozent der Kinder in Kindertagespflege waren jünger als 3 Jahre, darunter waren etwas über 91 Prozent zwischen 1- bis unter 3 Jahren. Im Alter von 3 bis unter 6 Jahren wurden lediglich 293 Kinder (0,3 Prozent) von ihnen betreut. Die Betreuungsquote sagt aus, wieviel Prozent der Bevölkerung eines entsprechenden Alters in den Kindertageseinrichtungen sowie in der Kindertagespflege betreut werden. Wurden in Sachsen im März 2006 noch ein Drittel der unter 3-Jährigen in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege betreut, war es am 1. März 2015 die Hälfte der Kinder dieser Altersgruppe. Bei den 3- bis unter 6-Jährigen stieg die Betreuungsquote im gleichen Zeitraum von rund 93 Prozent auf 97 Prozent. Damit lag

der Freistaat 2015 in beiden Altersgruppen über dem bundesweiten Durchschnitt von rund 33 bzw. 95 Prozent. Ohne die Kinder, die jünger als ein Jahr waren (deren Betreuungsquote lag bei 3,3 Prozent), wurden sogar drei Viertel der Kinder unter 3 Jahren in Sachsen 2015 betreut.

Betreuungsquote in Sachsen 2006, 2013 bis 2015

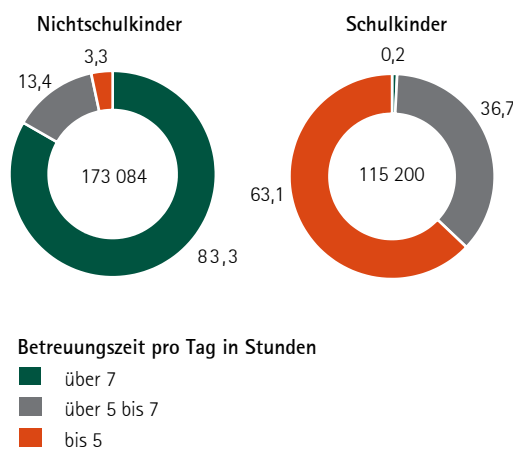


Datenquelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

Von den 288 284 Kindern, die im März 2015 eine Kindertageseinrichtung besuchten, waren 173 084 Nichtschulkinder (60 Prozent) und 115 200 Schulkinder (40 Prozent), die neben der Schule auch den Hort besuchten. An der Mittagsversorgung in den Tageseinrichtungen nahmen 91 Prozent der Kinder teil. Bei den Nichtschulkindern betrug dieser Anteil 99 Prozent, von den Schulkindern, die den Hort besuchen, nahmen 79 Prozent am Mittagessen teil. Im Jahr 2006 waren es noch 89 Prozent der Schulkinder.

Kinder in Kindertageseinrichtungen in Sachsen 2015 nach Betreuungszeiten

(in Prozent)



Datenquelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

Die Hälfte der Kinder in Kindertageseinrichtungen wurde mehr als 7 Stunden am Tag betreut. Das waren fast ausschließlich Kinder, die noch nicht die Schule besuchten. Bei den Kindern, die bis zu 5 Stunden betreut wurden, lag der Anteil der Schulkinder bei fast 93 Prozent. Nahezu alle Kinder wurden an 5 Tagen in der Woche betreut. 90 Prozent der Einrichtungen waren bereits vor 7.00 Uhr und 89 Prozent der Einrichtungen bis 18.00 Uhr geöffnet.

Kindertageseinrichtungen und genehmigte Plätze in Sachsen nach Trägerschaft

Merkmal	2006	2013	2014	2015
Insgesamt	2 622	2 815	2 860	2 894
öffentliche Träger	1 365	1 231	1 245	1 251
freie Träger	1 257	1 584	1 615	1 643
genehmigte Plätze	236 757	302 837	314 807	325 040
öffentliche Träger	122 498	140 254	146 505	151 860
freie Träger	114 259	162 583	168 302	173 180

Datenquelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

Für die gestiegene Zahl an Kindern in der Kindertagesbetreuung war auch mehr Personal erforderlich. Die Zahl der Tagesmutter und Tagesvater hat sich von 2006 bis 2015 mehr als verdoppelt (von 777 auf 1 718) und das pädagogische Personal in Kindertageseinrichtungen stieg um die Hälfte (von 19 825 auf 29 015 Personen).

Gab es 2006 über 2 600 Kindertageseinrichtungen mit fast 236 800 genehmigten Plätzen, waren es 2013 über 2 800 Einrichtungen mit mehr als 302 800 Plätzen. Bis 2015 erhöhte sich die Zahl der Einrichtungen um weitere 79 und die Zahl der genehmigten Plätze um rund 22 200. Über die Hälfte der Kindertageseinrichtungen (56,8 Prozent) hatte 2015 einen freien Träger. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband überlag bei den freien Trägern. Er betrieb fast ein Drittel der Einrichtungen. Das Diakonische Werk und sonstige der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossene Träger wiesen einen Anteil von 18 Prozent sowie die Arbeiterwohlfahrt von 12,5 Prozent auf. 43 Prozent der Einrichtungen befanden sich in öffentlicher Trägerschaft.

Im Vergleich zu 2006 erhöhte sich der Anteil der Einrichtungen in freier Trägerschaft um fast 9 Prozentpunkte und der bei den genehmigten Plätzen um 5 Prozentpunkte.

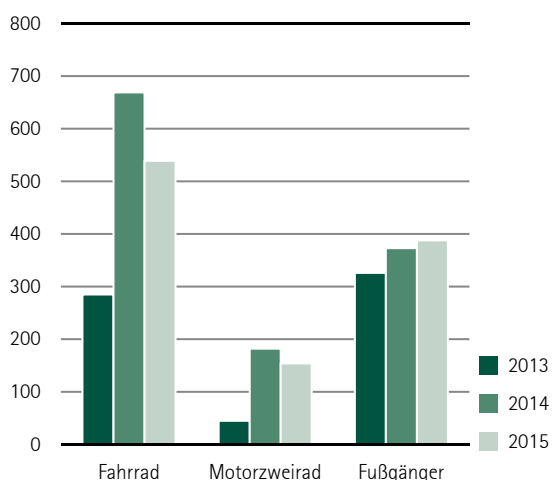
2014

Trockenster Winter seit 18 Jahren ist im März 2014 vorbei

In der Meteorologie beginnen die Jahreszeiten mit Beginn der Monate März, Juni, September und Dezember. Der meteorologische Winter dauert demnach in unseren Breiten vom 1. Dezember bis 28./29. Februar. Ein normaler mitteleuropäischer Winter bietet mit Schneefällen, Tauwetter und eisig kalten Nächten viel Abwechslung. Der Winter 2013/2014 war jedoch der trockenste Winter seit 1996. In Leipzig und Dresden fiel in den 3 Wintermonaten nur die Hälfte des durchschnittlichen Niederschlages. Auf dem Fichtelberg wurden in diesem Zeitraum nur 89 mm Durchschnittsniederschlag gemessen. Im Vgl. dazu waren es 338 mm im Winter 2012/2013 und 397 mm 2011/2012. Selbst im Jahrhundertssommer 2003 fiel mehr Niederschlag als in diesem Winter. Aufgrund der geringen Niederschläge fehlte im Frühjahr das in anderen Jahren übliche Schmelzwasser. Gleichzeitig war der Winter einer der mildesten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881. Das Hochdruckgebiet „Benjamin“ bescherte jedoch Nord- und Osteuropa Mitte/Ende Januar 2014 noch fast drei Wochen Kälte mit Nachttemperaturen von bis zu -21 Grad Celsius. [67, 68]

Die Anzahl und Schwere von Straßenverkehrsunfällen in einem Jahr hängt nicht unwesentlich von den Witterungsverhältnissen ab. Dabei ist natürlich das gesamte Jahr zu betrachten. Wenn aber im Frühjahr relativ zeitig milde Temperaturen und wenig Niederschlag den Aufenthalt im Freien angenehm machen, sind häufiger die witterungsabhängigen Fortbewegungsmittel – Motorzweiräder und Fahrräder – sowie mehr Fußgänger auf den Straßen zu beobachten. Die verstärkte Verkehrsteilnahme hat in der Regel einen Anstieg an Straßenverkehrsunfällen zur Folge, an denen diese Fahrzeuge bzw. die Fußgänger beteiligt sind. Im ersten Quartal 2014 stieg die Zahl der verunglückten Fahrradnutzer auf 669 und damit auf einen Wert, der seit 1995 noch nie in den ersten drei Monaten eines Jahres registriert werden musste. Auch bei den Fahrern und

Verunglückte Nutzer von Fahrrädern und Motorzweirädern sowie verunglückte Fußgänger in Sachsen jeweils im 1. Quartal 2013, 2014 und 2015



Datenquelle: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

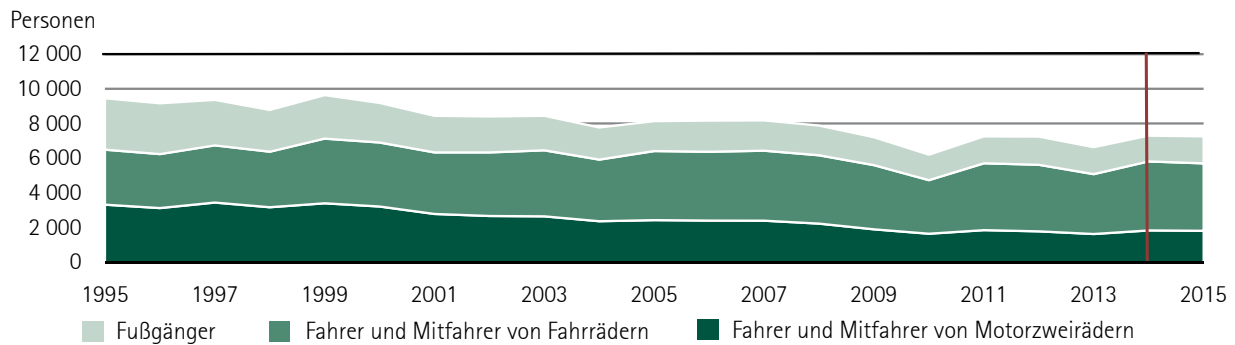


Motivfoto Fahrradunfall

Mitfahrern von Motorzweirädern bedeuteten die 182 Verunglückten im ersten Quartal 2014 den höchsten Wert in einem ersten Quartal seit dem Jahr 2008.

Besonders deutlich wird der Einfluss der Witterung im ausgehenden Winter auf die Zahl der verunglückten – von der Witterung ungeschützten – Verkehrsteilnehmer bei einem Vergleich der Monate Januar bis März 2014 mit den entsprechenden Vorjahresmonaten mit einem langen relativ schneereichen Winter. So hatte sich die Zahl der verunglückten Fahrradnutzer im ersten Quartal 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum weit mehr als verdoppelt, bei den Fahrern und Mitfahrern von Motorzweirädern sogar vervierfacht. Auch bei den Fußgängern lag die Anzahl der Verunglückten um 14 Prozent über dem Wert vom Jahresbeginn 2013. Sehr tragisch waren sieben getötete Fahrer oder Mitfahrer von Motorzweirädern im ersten Quartal 2014, von Januar bis März 2013 gab es einen. Langfristig ist die Zahl der Verkehrsunfälle und der Verunglückten seit Beginn der Erhebung in dieser Form Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich zurückgegangen. Mussten 1995 von der Polizei noch rund 20 500 Unfälle mit Personenschaden mit 26 200 Verletzten und 649 getöteten Personen auf-

Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Nutzer von Fahrrädern und Motorzweirädern sowie Fußgänger in Sachsen 1995 bis 2015



Datenquelle: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

genommen werden, so waren es 2014 nur noch etwa zwei Drittel der Unfälle und Verletzten und 30 Prozent der Getöteten. Das trifft im Wesentlichen auch auf die verunglückten Nutzer von Motorzweirädern und Fußgänger zu. Bei den Fahrern und Mitfahrern von Fahrrädern ist die Zahl der Verletzten gegenüber 1995 dagegen gestiegen, wobei es sich bei dem Anstieg ausschließlich um Leichtverletzte handelt. Die Zahl der getöteten Fahrradnutzer ist auf weniger als die Hälfte gesunken. Die gestiegenen Zahlen der leichtverletzten Fahrradnutzer dürften damit zusammenhängen, dass Fahrradfahren aus unterschiedlichen Gründen sehr beliebt geworden ist. Es gibt aber keine Zahlen in der amtlichen Statistik, mit denen man die verstärkte Fahrradnutzung belegen könnte.

Im Straßenverkehr sind Nutzer von Zweirädern sowie Fußgänger – anders als Insassen von Pkw – nicht von einer Karosserie geschützt. Insbesondere bei den Nutzern von Motorzweirädern, bei denen zusätzlich hohe Geschwindigkeiten eine Rolle spielen, sind die Folgen von Straßenverkehrsunfällen oft schwerwiegend. So starben in den letzten zwei Jahren zwei von 100 verunglückten Fahrer und Mitfahrer von Motorzweirädern, während diese Kennziffer bei Pkw-Insassen nur halb so hoch war.

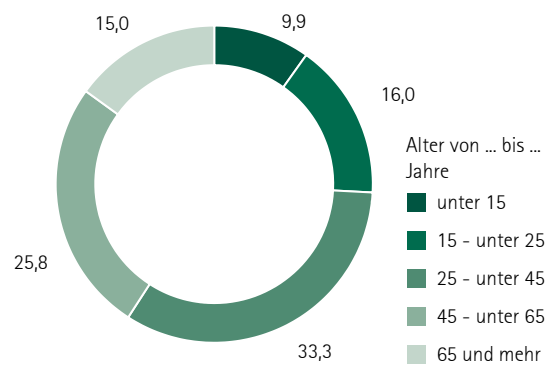
Auch bei den Fußgängern verloren zwei von 100 Verunglückten ihr Leben. Hier spielte das Alter der Fußgänger noch eine besondere Rolle. Im Jahr 2014 war fast die Hälfte aller getöteten und ein Drittel aller schwerverletzten Fußgänger 65 Jahre oder älter. Ähnliche Anteile gab es regelmäßig in den letzten Jahren. Ältere Verkehrsteilnehmer erleiden aufgrund ihrer körperlichen Verfassung bei Verkehrsunfällen – besonders als ungeschützte Fußgänger – oft schwerere Verletzungen. Das trifft auch für Fahrradfahrer zu. 15 Prozent aller an einem Verkehrsunfall beteiligten Fahrradnutzer im Jahr 2014 hatte den 65. Geburtstag bereits hinter sich. Der Anteil dieser Altersgruppe an den getöteten und schwerverletzten Fahrradnutzern betrug jedoch 23 Prozent.

Dagegen war mehr als jeder Fünfte an Unfällen beteiligte Fahrradfahrer im Jahr 2014 von 25 bis unter 35 Jahre alt, bei den Schwerverletzten und getöteten Fahrradnutzern zählte etwas mehr als jeder Siebente zu dieser Altersgruppe. Aber nicht nur die Witterung und das Alter der Verkehrsteil-

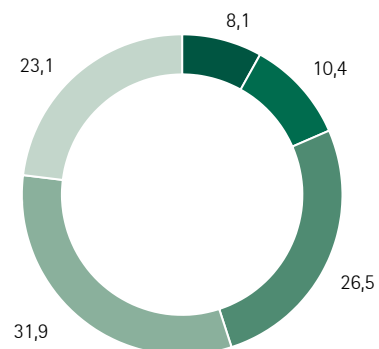
nehmer haben einen wichtigen Einfluss auf die Zahl und die Schwere der Verletzungen bei Nutzern von Motorzweirädern und Fahrrädern. Auch regionale Gegebenheiten spielen eine wichtige Rolle. Der Landkreis Zwickau ist traditionell mit Motorrädern eng verbunden. Dort gab es im Jahr 2014 nach der Stadt Dresden die meisten verunglückten Kraftfahradnutzer. In den Städten Dresden und Leipzig verunglückte in den letzten Jahren etwa die Hälfte aller Fahrradnutzer. Aber auch im Landkreis Bautzen mit vorwiegend flachem Gelände gibt es viele verunglückte Fahrradnutzer.

Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern bei Straßenverkehrsunfällen in Sachsen 2014 nach Altersgruppen

Beteiligte an Straßenverkehrsunfällen



Getötete und Schwerverletzte



Datenquelle: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

2015

Gesundheitskarte wird alleiniger Nachweis zur Leistungsanspruchnahme der gesetzlichen Krankenversicherung

Die elektronische Gesundheitskarte, die in der Regel mit einem Lichtbild der versicherten Person versehen ist, wurde ab 2014 schrittweise eingeführt. Sie löste die am 1. Januar 1995 eingeführte, traditionelle Krankenversichertenkarte ab. Seit 1. Januar 2015 muss in der Regel jeder gesetzlich Krankenversicherte in der Bundesrepublik Deutschland über eine elektronische Gesundheitskarte verfügen. Die grundlegenden Zielstellungen für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte waren die Stärkung der Patientenrechte, eine bessere administrative Kommunikation zwischen den verschiedenen Leistungserbringern (Haus- und Fachärzte, Labore, Krankenhäuser u. a.) sowie eine höhere Effizienz im Gesundheitswesen und damit verbunden eine Kostenersparnis. Auf Wunsch können alle relevanten Daten des Versicherten, z. B. über Allergien oder bedeutsame Vorerkrankungen auf der Gesundheitskarte gespeichert werden. Im Notfall können diese Daten von Ärzten bzw. Notfallsanitätern ausgelesen werden. [69]

Das Gesundheitswesen umfasste ursprünglich die Einrichtungen, von denen im Krankheitsfall die notwendige Hilfe geleistet wurde. Mit der Bismarckschen Sozialgesetzgebung (1883-1889) wurde die Versicherungspflicht eingeführt, als erstes am 31. März 1883 die Krankenversicherung. Sie galt nur für Arbeiter bis zu einer bestimmten Einkommensobergrenze sowie sehr geringverdienende Angestellte. Dieser Personenkreis hatte dadurch einen Rechtsanspruch auf freie und medikamentöse ärztliche Behandlung im Krankheitsfall für maximal 13 Wochen. [70] Die Organisationsformen der Hilfgewährung und der Leistungskatalog haben sich im Laufe der Zeit systembedingt geändert, das Gesundheitswesen wurde jedoch als verlässlicher Partner im Krankheitsfall wahrgenommen.

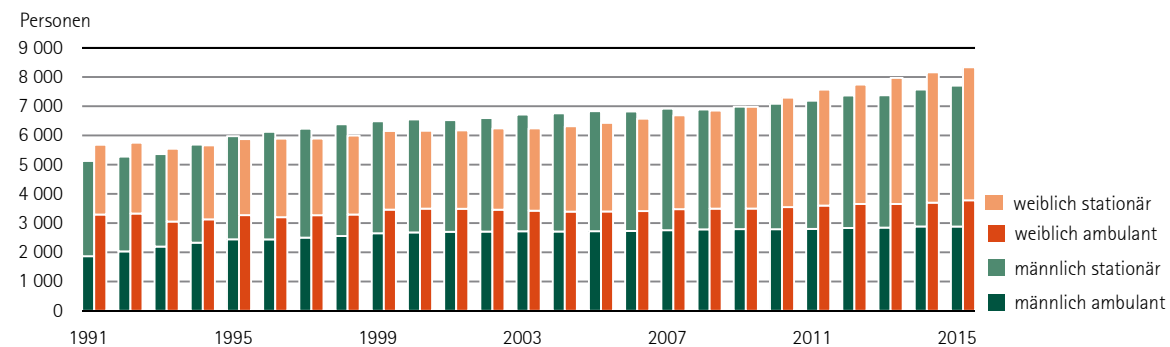
In den letzten drei Jahrzehnten wurde das Gesundheitswesen infolge der steigenden Ausgaben gesellschaftlich sehr stark als Kostenfaktor wahrgenommen (gestiegene Verbraucherpreise für medizinische Dienstleistungen). In jüngerer Zeit hat sich diese Wahrnehmung dahingehend gewandelt, dass die Gesundheitswirtschaft sowohl ein Beschäftigungspotenzial als auch ein wirtschaftliches Potenzial darstellt. Ein maßgeblicher Indikator zur Beschreibung der gesundheitswirtschaftlichen Situation ist



Elektronische Gesundheitskarte im Portemonnaie

die Ärztezah bzw. der sog. Ärztebesatz. Im Jahr 2015 gab es in Sachsen insgesamt 16 930 Ärztinnen und Ärzte, 30 Prozent mehr als 1995. Knapp 40 Prozent waren in ambulanten und 55 Prozent in stationären bzw. teilstationären Einrichtungen beschäftigt. Der Rest von gut fünf Prozent verteilt sich auf andere Einrichtungen (z. B. Verwaltung, Rettungsdienste, Gesundheitsschutz). Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte in stationären/teilstationären Einrichtungen hat sich in diesem Zeitraum stärker

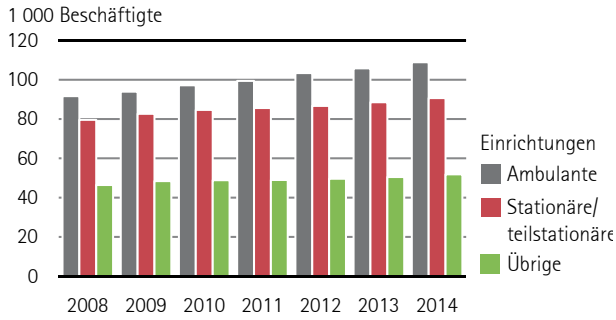
Ärztinnen und Ärzte in Sachsen am 31. Dezember 1991 bis 2015 nach ausgewählten Einrichtungen und Geschlecht



* einschließlich Ärzte in Einrichtungen gemäß § 311 SGB V und Angestellte, Teilzeitangestellte, Praxisassistenten
Datenquelle: Bundesärztekammer (vor 1993); Sächsische Landesärztekammer (ab 1993)

erhöht als im ambulanten Bereich. Auch die Geschlechterproportion hat sich verändert. 1995 arbeiteten im stationären/teilstationären Bereich knapp 58 Prozent Ärzte und 42 Prozent Ärztinnen. 2015 war das Verhältnis nahezu ausgeglichen (51 Prozent Ärzte). Die Zahl der Ärztinnen in stationären/teilstationären Einrichtungen ist deutlich stärker gestiegen als die der Ärzte. Im ambulanten Bereich gibt es mehr Ärztinnen als Ärzte. Hier liegt der Frauenanteil im gesamten Betrachtungszeitraum bei 55 bis 57 Prozent.

Gesundheitspersonal in Sachsen 2008 bis 2014 nach Art der Einrichtung



Berechnungsstand: Januar 2016
 Datenquelle: Gesundheitspersonalrechnung der Länder

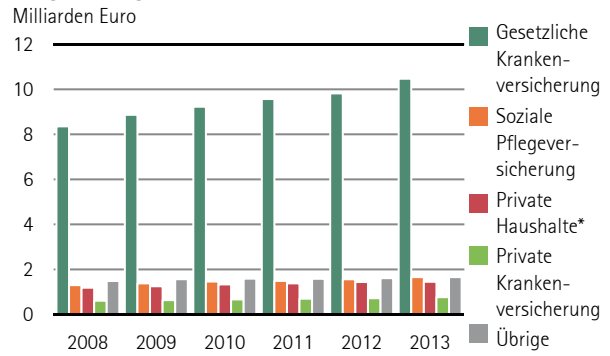
Neben der Berufsgruppe der Ärztinnen/Ärzte umfasst das Gesundheitspersonal weitere medizinische Gesundheitsberufe, Berufe in der Pflege und Altenpflege sowie Berufe in der Medizin-, Orthopädie- und Rehathechnik. Daten zum gesamten Gesundheitspersonal Sachsens werden seit dem Jahr 2008 in vergleichbarer Weise durch das Statistische Landesamt ermittelt. [71] Der größte Teil des Gesundheitspersonals* entfällt auf die ambulanten Einrichtungen. Hier ist auch von 2008 bis 2014 mit 19 Prozent der größte Zuwachs zu verzeichnen. Auch die Praxen sonstiger medizinischer Berufe stockten ihr Personal um ein Drittel auf. Dagegen erhöhte sich das Personal in den „klassischen Einrichtungen“ (Arzt- und Zahnarztpraxen, Apotheken) nur leicht (bis 6 Prozent).

Gesundheitspersonal in Sachsen 2014 nach ausgewählten Einrichtungen und Geschlecht



Berechnungsstand: Januar 2016
 Datenquelle: Gesundheitspersonalrechnung der Länder

Gesundheitsausgaben in Sachsen 2008 bis 2013 nach Ausgabenträgern



* einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck
 Berechnungsstand: April 2015
 Datenquelle: Gesundheitsausgabenrechnung der Länder

Die Gesundheitsausgaben verteilen sich auf eine Reihe von Ausgabenträgern (insbesondere Kranken-, Pflege-, Renten-, Unfallversicherungen, private und öffentliche Haushalte). Von 2008 bis 2013 stiegen die Ausgaben in Sachsen von knapp 13 Milliarden EUR um knapp ein Viertel auf gut 16 Milliarden EUR. Der wichtigste Träger ist die gesetzliche Krankenversicherung. Hier entfielen 2013 auf jeden Einwohner im statistischen Mittel Ausgaben von 2 586 EUR. Die soziale Pflegeversicherung folgte nach den absoluten und relativen Ausgaben auf Platz 2 mit knapp 1,7 Milliarden EUR (2013), das entspricht 410 EUR pro Einwohner.

* Ermittelt werden Beschäftigungsverhältnisse, d. h. Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen können mehrfach gezählt sein.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Richter, M.: Die Bildung des Freistaates Sachsen, Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/1990, aus Besier, G (Hg.): Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitätsforschung Bd. 24, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2004, 69-70
- [2] Uhlmann, F.: Die Gründung des Landes Sachsen (o. J.)
www.infoseiten.slpb.de/geschichte/sachsen/ueberblick/1989-90/die-gruendung-des-landes-sachsen/
(Stand: 31.08.2016)
- [3] Richter, M., a. a. O., 737-738
- [4] SLpB: Sachsen Überblick, 1900 bis heute (o. J.),
<http://www.infoseiten.slpb.de/geschichte/sachsen/ueberblick/1990-heute/> (Stand: 31.08.2016)
- [5] Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen gemeinnützige GmbH (Hg.): Geschichte, Die Wiege Sachsens (o. J.) <http://www.albrechtsburg-meissen.de/de/albrechtsburg-meissen/geschichte/> (Stand: 31.08.2016)
- [6] (ohne Autor, o. J.), http://www.trabant-original.de/otdbx/ColorDB_view.php (Stand: 31.08.2016)
- [7] (ohne Autor), Automobilbaustadt Zwickau (o. J.),
<https://www.zwickau.de/de/tourismus/stadtgeschichte/sutomobilbaustadt.php> (Stand: 31.08.2016)
- [8] (ohne Autor) Die Geschichte des Trabant (o. J.),
<http://www.ddr-museum.de/de/ausstellung/highlights/trabi.html> (Stand: 31.08.2016)
- [9] Böhme, H.: 30.4.1991: Letzter Trabi rollt vom Band (o. J.),
http://www.kalenderblatt.de/index.php?what=thmanu&page=1&manu_id=504&tag=30&monat=4&year=2016&dayisset=1&lang=de (Stand: 31.08.2016)
- [10] Judt, M.: Aufstieg und Niedergang der Trabi-Wirtschaft, in Judt, M. (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten: Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1998 (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), 87-88
- [11] (ohne Autor, o. J.), [https://de.wikipedia.org/wiki/Trabant_\(Pkw\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Trabant_(Pkw)) (Stand: 31.08.2016)
- [12] Datenquelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg
- [13] StLA Sachsen: Statistischer Bericht Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern im Freistaat Sachsen 1. Januar 2015, Kamenz 2015
- [14] StLA Sachsen: 10 Jahre Statistisches Landesamt 1992 - 2001, Kamenz 2002, 15
- [15] ebd., 15
- [16] ebd., 16
- [17] BMWi (Hg.): Solidarpakt II von 2005 bis 2019, http://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Standardartikel/solidarpakt_2_von_2005_bis_2019.html (Stand 31.08.2016)
- [18] BMF (Hg.): Länderfinanzausgleich, Grundprinzip des Länderfinanzausgleichs, http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/laenderfinanzausgleich.html (Abruf 12. August 2016)
- [19] Vgl. auch weiterführend BMF (Hg.) http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Kommunalfinzen/Beteiligung-Gemeinden-Umsatzsteuer-Januar-2016.pdf?__blob=publicationFile&tv=3 (Stand: 12. August 2016)
- [20] Retschke, G.: Neue Kreisstruktur in Sachsen - Auswirkungen auf regionale Bezugssysteme, in StLA Sachsen: Statistik in Sachsen, Nr. 4/2007, Kamenz 2007, 71-73
- [21] BMG (Hg.): Pflegeversicherung, Geschichte, Entwicklung und Finanzierung (o. J.),
<http://www.bmg.bund.de/themen/pflege/pflegeversicherung/geschichte-entwicklung-und-finanzierung.html>
(Stand: 31.08.2016)
- [22] TÜV Rheinland (Hg.): Arbeitsschutz gestern und heute - Die Geschichte des Arbeitsschutzes in Deutschland (o. J.), http://www.tuv.com/de/deutschland/aktuelles/arbeitschutzgesetz/geschichte_des_arbeitsschutzes_in_deutschland/diegeschichtedesarbeitsschutzesindeutschland.html (Stand: 31.08.2016)
- [23] (ohne Autor): Ladenschluß in Deutschland - Eine Chronologie (o. J.), <http://www.bockenheim-aktiv.de/forum/ladenschluss/ladenschlusseinechronologie.php> (Stand: 31.08.2016)
- [24] TÜV Rheinland (Hg.), a. a. O.
- [25] ebd.
- [26] Hellmut Marschall/Land Nordrhein-Westfalen, Abteilung Presse und Information, PM NR. 74/97, 11. November 1997, Urteil des Gerichtshofes der EG in dem Vorabentscheidungsverfahren C-409/95
- [27] Sächsisches Frauenförderungsgesetz - SächsFFG vom 31. März 1994 (SächsGVBl. S. 684)
- [28] ebd. zu Zielen der Förderung

- [29] Auswärtiges Amt: Schengener Übereinkommen (04.08.2016) <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/EinreiseUndAufenthalt/Schengen.html> (Stand: 31.08.2016)
- [30] www.migration-info.de/artikel/1998-05-05/deutschland-oesterreich-italien-umsetzung-des-schengener-abkommens (Stand: 31.08.2016)
- [31] Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Der Bologna-Prozess (o. J.), www.kmk.org/themen/hochschulen/internationale-hochschulangelegenheiten.html (Stand: 31.08.2016)
- [32] „Deutschland Online: Vernetzte Statistik“ in Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 9/2005, unter <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Service/Veroeff/Monatshefte/20050910.mha>
- [33] Blang, D.: Meldungen zur Intrahandelsstatistik mit „w3stat“ über Internet, in Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik 2/2001, Wiesbaden 2001, 102-104
- [34] interne Aufzeichnungen
- [35] interne Aufzeichnungen und Berichte
- [36] Destatis: Datenerhebung (o. J.), https://www.destatis.de/DE/UeberUns/UnsereZiele/Buerokratieabbau/eStatistik/Datenerhebung_IDEV_eStatcore.html
- [37] Chmura, N./Haunhorst, R.: Jahreschronik 2001, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (o. J.), <http://www.hdg.de/lemo/jahreschronik/2001.html> (Stand 31.08.2016)
- [38] forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH: Bedeutung und Nutzung des Autos (2014), <https://www.cosmosdirekt.de/CosmosCAE/S/linkableblob/home/84782-9999/data/studie-bedeutung-und-nutzung-auto-nonindex-data.pdf> (Stand: 31.08.2016)
- [39] MWV Mineralölwirtschaftsverband e. V., DM-Beträge wurden zum offiziellen EZB-Referenzkurs (1 Euro = 1,95583 DM) umgerechnet.
- [40] Wagner, A./Laps, S.: Entwicklung und Vorhersage der Elbe-Hochwasserkatastrophe (2005), www.unwetterzentrale.de/uwz/226.html (Stand: 31.08.2016)
- [41] Reimer, N.: Als der Regen kam, Ein Fotosebuch zur Flut in Sachsen, Dresden 2002, 11-13
- [42] Meteomedia GmbH: Witterungsregelfälle/Singularitäten, Hundstage (o. J.), www.unwetterzentrale.de/uwz/383.html (Stand: 31.08.2016)
- [43] WetterOnline GmbH (Hg.): Vor zehn Jahren 40 Grad heiß, Rückblick, Hitzesommer 2003 (09.08.2013), <http://www.wetteronline.de/extremwetter/2013-08-09-ex> (Stand: 31.08.2016)
- [44] Küchler, W.: Die Dürreperiode 2003 in Sachsen (o. J.), https://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/download/klima/duerrebericht_2003_2.pdf (Stand: 31.08.2016)
- [45] Dr. Blumöhr, T./Walsemann, U.: Landwirtschaft in Deutschland 2003, in Statistisches Bundesamt (Hg.): Wirtschaft und Statistik 2/2004, Wiesbaden 2004, 176
- [46] Bundesagentur für Arbeit (Hg.): Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland, Ergebnisbericht 2004, Nürnberg/Berlin 2005
- [47] BMWi (Hg.): Allianz für Aus- und Weiterbildung (2016), <http://www.aus-und-weiterbildungsallianz.de/AAW/Navigation/DE/Home/home.html> (Stand: 31.08.2016)
- [48] Zimmermann, K. F.: Eine Zeitenwende am Arbeitsmarkt, in BPB (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, Heft 16/2005, Bonn 2005, 3-5
- [49] Bibliographisches Institut GmbH Dudenverlag (o. J.): Geschichte der Rechtschreibung, Von heute bis zur Teilung in Ausgabe Ost und Ausgabe West nach 1945, http://www.duden.de/ueber_duden/geschichte-der-rechtschreibung (Stand: 31.08.2016)
- [50] KMK (Hg.): Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 209 (2015), http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok_209_SKL_2014.pdf (Stand: 31.08.2016)
- [51] Spatzierer, M./Sävert, T./Laps, S. (2007): Orkantief KYRILL - 18., 19.01.2007 (Tief Nr. 33) - Der schwerste Orkan seit Jahrzehnten, www.unwetterzentrale.de/uwz/348.html (Stand: 31.08.2016)
- [52] Oelschlägel, M. (o. J.): Analyse des Orkans Kyrill (16.1.07-20.1.07), www.frontgewitter.de/Kyrill5.html (Stand: 31.08.2016)
- [53] ebd.
- [54] SMS (2010): Sächsisches Nichtraucherschutzgesetz (SächsNSG), www.gesunde.sachsen.de/download/Download_Gesundheit/Saechs._Nichtraucherschutzgesetz_Fragen_und_Antworten.pdf (Stand: 31.08.2016)
- [55] BAfA (Hg.): Abschlussbericht – Umweltprämie, Wirtschaftsförderung (2010), http://www.bafa.de/bafa/de/wirtschaftsfoerderung/umweltpraemie/publikationen/ump_abschlussbericht.pdf (Stand: 31.08.2016)
- [56] GfdS: Abwrackprämie zum Wort des Jahres 2009 gewählt, Pressemitteilung vom 18.12.2009, <http://gfds.de/wort-des-jahres-2009-abwrackpraemie/> (Stand: 31.08.2016)

- [57] Richtlinie 1999/74/EG des Rates vom 19. Juli 1999 zur Festlegung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 03.08.1999, L 203/53
- [58] BMEL (Hg.): Fragen und Antworten zur Legehennenhaltung in Deutschland (o. J.), https://www.bmel.de/DE/Tier/Nutztierhaltung/_texte/HaltungLegehennen-Bioeier_FAQ_Tierschutz.html (Stand: 31.08.2016)
- [59] Bundesratsdrucksache 112/15 (B) vom 06.11.2015: Entwurf einer Sechsten Verordnung zur Änderung der Tier-schutz-Nutztierhaltungsverordnung
- [60] BLE (Bonn): Deutschland isst mehr Eier – 233 Stück pro Person, Pressemeldung vom 18.03.2016
- [61] Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004, Kapitel III, Artikel 6, Absatz (1), in: Amtsblatt der Europäischen Union, L 158/92
- [62] BPB (Hg.): Freizügigkeit für osteuropäische Arbeitnehmer (29.04.2011), <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68819/arbeitnehmerfreizuegigkeit-29-04-2011> (Stand: 31.08.2016)
- [63] Kamp, C./DGVN (Hg.): Zugang zu Energie – ein fehlendes Entwicklungsziel (13.09.2011), <http://www.dgvn.de/meldung/zugang-zu-energie-ein-fehlendes-entwicklungsziel/> (Stand: 31.08.2016)
- [64] IHK Nürnberg/Mittelfranken (Hg.): Internationales Jahr der erneuerbaren Energie für alle 2012 (29.09.2015) https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/2012_internationales_jahr_der_erneuerbaren_energ_1677.htm (Stand 31.08.2016)
- [65] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Erneuerbare Energien - Ein neues Zeitalter hat begonnen (o. J.), https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Energiewende/EnergieErzeugen/ErneuerbareEnergien-Zeitalter/_node.html (Stand: 31.08.2016)
- [66] BMFSFJ (Hg.): Gesetzliche Grundlagen für den Ausbau der Kinderbetreuung (17.12.2014), <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/kinderbetreuung/ausbau-kinderbetreuung/gesetzliche-grundlagen-fuer-den-ausbau-der-kinderbetreuung/86386?view=DEFAULT> (Stand: 31.08.2016)]
- [67] Institut für Meteorologie des Fachbereichs Geowissenschaften an der Freien Universität Berlin (Hg.): Lebensgeschichte - Hochdruckgebiet BENJAMIN (o. J.), http://www.met.fu-berlin.de/wetterpate/Lebensgeschichten/Hoch_BENJAMIN_15_01_14.htm (Stand: 31.08.2016)
- [68] StLa Sachsen (Hg.): Statistisches Jahrbuch 2015, Kamenz 2015, 32
- [69] BMG (Hg.): Die elektronische Gesundheitskarte (19.02.2016), <http://www.bmg.bund.de/themen/krankenversicherung/e-health-initiative-und-telemedizin/allgemeine-informationen-egk.html> (Stand: 31.08.2016)
- [70] Stiftung Jugend und Bildung in Zusammenarbeit mit dem BMAS: Sozialgeschichte, Infoblatt für die Jahrgangsstufen 9 bis 12 unter www.bmas.de (Bundesministerium für Arbeit und Soziales] http://www.sozialpolitik.com/public-files/Infoblatt_Sozialgeschichte_Bismarck.pdf
- [71] Weiterführende Informationen zur Methodik siehe StLa Sachsen: Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen (2016), <https://www.statistik.sachsen.de/html/654.htm> (Stand: 31.08.2016)

Abkürzungen

a. a. O.	am angegebenen Ort
Abb.	Abbildung
BAfA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BPB	Bundeszentrale für politische Bildung
BStatG	Bundesstatistikgesetz
BWS	Bruttowertschöpfung
bzw.	beziehungsweise
DGVN	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V.
dt	Dezitonnen
ebd.	ebenda
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
Ew	Einwohner
GeStAL	Gemeinsames Statistische Amt der neuen Länder
GfdS	Gesellschaft für deutsche Sprache e. V.
Gv.	Gemeindeverbände
GWh	Gigawattstunde/n
ha	Hektar
IHK	Industrie- und Handelskammer
Kfz	Kraftfahrzeug/e
KMK	Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz)
LRÄ	Landratsämter
MW	Megawatt
o. J.	ohne Jahresangabe
ö.-r.	öffentlich-rechtlich
öffentl.	öffentlich/e
PEV	Primärenergieverbrauch
Pkw	Personenkraftwagen
SächsFFG	Sächsisches Frauenförderungsgesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SMS	Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz
sog.	sogenannt/e/er/es
sonst.	sonstige
StLa	Statistisches Landesamt
SV	Sozialversicherung
Tab.	Tabelle
u. a.	unter anderem
UN	(engl.) United Nations/(dt.) Vereinte Nationen
z. B.	zum Beispiel

Fotonachweis/Copyright

	Seite
Vorwort Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	3
1990 Ostkreuz Berlin © Schlösserland Sachsen	4
1991 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	6
1991 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	7
1992 unten links: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen/Archivfoto	8
1992 unten rechts: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	8
1992 oben rechts: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen/Archivfoto	9
1992 unten rechts: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen/Archivfoto	9
1996 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	16
1996 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	17
1998 S. Kaasche	21
2001 S. Kaasche	27
2002 D. Roth	28
2002 D. Roth	29
2003 unten links: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen/H. Schwede	31
2003 unten rechts: J. Klaua	31
2007 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen/H. Schwede	38
2007 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen/H. Schwede	39
2010 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	44
2011 S. Kaasche	46
2012 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	48
2012 © DREWAG	49
2014 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	52
2015 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	54



Herausgeber, Redaktion, Gestaltung, Satz:
Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Druck:
Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

Redaktionsschluss:
September 2016

Bezug:
Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:
Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen
Macherstraße 63, 01917 Kamenz
Telefon: +49 3578 33-1245
Fax: +49 3578 33- 55 1245
E-Mail: vertrieb@statistik.sachsen.de
www.statistik.sachsen.de/shop

Verteilerhinweis
Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von politischen Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Copyright
Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2016
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: Luftaufnahme vom 13. September 2016/D. Roth